

Presseexemplar

LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

Ergebnisse des Mikrozensus 2002



Presseexemplar

LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

Ergebnisse des Mikrozensus 2002

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt – Pressestelle, Wiesbaden

Der Bericht „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2002“ wurde verfasst von Holger Breiholz, Dr. Klaus-Jürgen Duschek, Hans-Joachim Heidenreich und Manuela Nöthen in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe IX B.



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:
Gruppe IX B „Mikrozensus“
Telefon: 0 18 88 / 6 44 - 89 55
Telefax: 0 18 88 / 6 44 - 89 62
E-Mail: mikrozensus@destatis.de

oder an die Pressestelle:
Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Publikation sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 12. Juni 2003 in Berlin veröffentlichten Daten.



Einen kostenfreien Download des Berichtes im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation werden in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ veröffentlicht.

Weitere Informationen zum Thema „Mikrozensus“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 - 34 44
- Telefax: 06 11 / 75 - 39 76
- E-Mail: presse@destatis.de

Bestellnummer: 0140112-02700

© Fotoquellen Titelseite:

- 1.) FontShop, Bild-Nr. PAA 113000015
- 2.) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bild-Nr. 116 822/16

Gedruckt auf Recycling-Papier.

Erschienen im Juni 2003.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen 5

Textteil

1.	Der Mikrozensus – Spiegel der Lebensverhältnisse in Deutschland.....	7
2.	Haushalte und ihre Struktur.....	9
3.	Lebensformen der Bevölkerung	13
3.1	Das Zusammenleben als Paar	15
3.1.1	Ehepaare.....	15
3.1.2	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	19
3.1.3	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	24
3.2	Allein erziehende Elternteile	26
3.3	Allein Lebende.....	29
4.	Wie leben unsere Kinder?	33
5.	Erwerbsarbeit und Elternschaft – Wie beteiligen sich Mütter und Väter am Erwerbsleben?	39
6.	Erwerbstätige und Wandel der Erwerbsformen	51
7.	Strukturen der Erwerbslosigkeit	61

Anhang

A	Was beschreibt der Mikrozensus?.....	71
B	Glossar.....	73

Gebietsstand

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 03.10.1990.

Die Angaben für das „**frühere Bundesgebiet**“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 03.10.1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „**neuen Länder und Berlin-Ost**“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Zeichenerklärung

/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
—	=	nichts vorhanden

Abkürzungen

bzw.	=	beziehungsweise
Mill.	=	Millionen
s.	=	siehe
vgl.	=	vergleiche
z. B.	=	zum Beispiel
z.T.	=	zum Teil

Auf- und Ausgliederungen

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **d a v o n** kenntlich gemacht, die teilweise Ausgliederung durch das Wort **d a r u n t e r**. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen, nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **u n d z w a r** gebraucht worden. Auf die Bezeichnung „davon“ bzw. „darunter“ ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Schaubilder

**Verzeichnis der
Schaubilder
und Tabellen**

Schaubild 1: Durchschnittliche Haushaltsgröße	9
Schaubild 2: Privathaushalte nach Haushaltsgröße	11
Schaubild 3: Bevölkerung im April 2002 nach Lebensformtypen	13
Schaubild 4: Eltern-Kind-Gemeinschaften im April 2002 nach Lebensformtypen	15
Schaubild 5: Paare im April 2002 nach Paartypen	16
Schaubild 6: Ehepaare ohne Kinder und mit Kindern	16
Schaubild 7: Ehepaare mit Kindern nach Minder-/Volljährigkeit des jüngsten Kindes	17
Schaubild 8: Deutsch-ausländische Ehepaare im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Ehegatten	19
Schaubild 9: Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder und mit Kindern	20
Schaubild 10: Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern nach Minder-/Volljährigkeit des jüngsten Kindes	21
Schaubild 11: Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern nach Herkunft der Kinder	22
Schaubild 12: Deutsch-ausländische nichteheliche Lebensgemeinschaften im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Lebenspartner	24
Schaubild 13: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	26
Schaubild 14: Allein erziehende Elternteile im April 2002 nach Familienstand	27
Schaubild 15: Sozialhilfequoten der allein Erziehenden mit Kindern unter 18 Jahren im April 2002 nach Zahl der Kinder	29
Schaubild 16: Allein Lebende im April 2002 nach Alter und Geschlecht	30
Schaubild 17: Allein Lebende nach Alter	31
Schaubild 18: Ledige Kinder im April 2002 nach Lebensformtypen der Eltern/-teile	33
Schaubild 19: Ledige Kinder im April 2002 nach Zahl der ledigen Geschwister	35
Schaubild 20: Bei Ehepaaren aufwachsende 17- und 18-jährige Schüler/innen der gymnasialen Oberstufe im April 2002 nach beruflicher Stellung der Eltern	36
Schaubild 21: Ledige Kinder im elterlichen Haushalt im April 2002 nach Alter	37
Schaubild 22: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern im April 2002	39
Schaubild 23: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Männern ohne Kinder und mit Kindern im April 2002	40
Schaubild 24: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im April 2002 nach Lebensformtypen	41
Schaubild 25: Erwerbstätigenquoten von Männern mit Kindern im April 2002 nach Lebensformtypen	42
Schaubild 26: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im April 2002 nach Zahl der Kinder und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit	44
Schaubild 27: Erwerbstätigenquoten von Männern mit Kindern im April 2002 nach Zahl der Kinder und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit	45
Schaubild 28: Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im April 2002 nach Alter des jüngsten Kindes und Vollzeit-/ Teilzeittätigkeit	47
Schaubild 29: Teilzeittätige mit Kindern im April 2002 nach Geschlecht und Gründen für die Teilzeittätigkeit	48

Schaubild 30: Teilzeittätige Frauen mit Kindern im April 2002 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit	49
Schaubild 31: Bevölkerung im April 2002 nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben	51
Schaubild 32: Erwerbstätigenquoten der 20- bis 29-Jährigen	52
Schaubild 33: Erwerbstätige mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss nach Geschlecht	53
Schaubild 34: Befristet abhängig Beschäftigte im April 2002 nach Altersgruppen	54
Schaubild 35: Teilzeitquoten der abhängig Beschäftigten	55
Schaubild 36: Erwerbstätige im April 2002 nach Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit und Wirtschaftsunterbereichen	57
Schaubild 37: Erwerbstätige - darunter Selbstständige - im April 2002 nach Geschlecht und Wirtschaftsbereichen	59
Schaubild 38: Nicht sofort verfügbare Arbeit suchende Nichterwerbstätige im April 2002 nach Geschlecht und Gründen der Nichtverfügbarkeit	61
Schaubild 39: Altersspezifische Erwerbslosenquoten im April 2002	62
Schaubild 40: Erwerbslose im April 2002 nach Wegen der Arbeitsuche	63
Schaubild 41: Erwerbslose nach Dauer der Arbeitsuche	64
Schaubild 42: Erwerbslose und Erwerbstätige im April 2002 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss	66
Schaubild 43: Erwerbslose im April 2002 nach Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts	69

Tabellen

Tabelle 1: Bevölkerung im April 2002 nach Lebensformtypen	14
Tabelle 2: Deutsch-ausländische Ehepaare im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Ehegatten	18
Tabelle 3: Deutsch-ausländische nichteheliche Lebensgemeinschaften im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Lebenspartner	23
Tabelle 4: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	25
Tabelle 5: Ledige Kinder im Alter von 17 und 18 Jahren im April 2002 nach Besuch der gymnasialen Oberstufe und höchstem allgemeinen Schulabschluss der Eltern/-teile	37
Tabelle 6: Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Erwerbstätige – nach Lebensformtypen	43
Tabelle 7: Männern und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – nach Zahl der Kinder	46
Tabelle 8: Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern im April 2002 nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Alter des jüngsten Kindes	48
Tabelle 9: Selbstständige ohne und mit Beschäftigte(n)	58
Tabelle 10: Erwerbslose im April 2002 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss und ausgewählten Altersgruppen	67

Leben und Arbeiten in Deutschland

Mikrozensus 2002

1. Der Mikrozensus – Spiegel der Lebensverhältnisse in Deutschland

Wie entwickelte sich die Zahl der Haushalte und wie veränderte sich dabei ihre Struktur? Welche Lebensformen sind für die Bevölkerung in Deutschland kennzeichnend? Wie ist die Lebenssituation der Kinder in Deutschland? Wie vereinbaren Mütter und Väter in Deutschland Familie und Beruf? Wie ist es um den beruflichen Bildungsstand von Erwerbstätigen und Erwerbslosen bestellt? Aus welchen Quellen bestreiten Erwerbslose überwiegend ihren Lebensunterhalt? Für die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen bietet der Mikrozensus zuverlässige statistische Daten. Der Mikrozensus wird seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt. Einmal jährlich werden dabei rund 1% der in Deutschland lebenden Bevölkerung nach ihren Lebens- und Familienformen, ihrem Erwerbsverhalten, ihrer Ausbildung sowie in mehrjährigen Abständen beispielsweise nach ihrem Gesundheitszustand oder ihrer Wohnsituation befragt. Mit rund 830 000 befragten Personen ist der Mikrozensus die größte jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung in Europa und ein wesentlicher Teil des Systems „amtliche Statistik“ in Deutschland.

Die Grundidee des Mikrozensus ist, dass sich mit einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe, d.h. mit der Befragung eines Teils der Bevölkerung – einer nach festgelegten mathematisch-statistischen Verfahren gezogenen Stichprobe – ein annähernd wirklichkeitstreu Abbild der gesamten Bevölkerung darstellen lässt.

Wie für jede Erhebung der amtlichen Statistik in Deutschland sind Inhalte und Durchführung des Mikrozensus gesetzlich geregelt. Das Mikrozensusgesetz vom 17. Januar 1996 legt fest, wie viele Personen wie häufig und nach welchen Angaben befragt werden und welche Erhebungsmethode anzuwenden ist. Um ein möglichst vollständiges und zuverlässiges Spiegelbild der Bevölkerung zu gewinnen, sind die ausgewählten Personen bei den meisten im Mikrozensus gestellten Fragen zur Auskunft verpflichtet.

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wird der Mikrozensus von den Statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam durchgeführt. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt. Für die Befragung und die Aufbereitung der Daten sind die Statistischen Landesämter zuständig.

Der Mikrozensus bildet zugleich den Rahmen für die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU), die seit ihrer ersten Durchführung im Jahr 1968 gemeinsam mit dem Mikrozensus erhoben wird und für alle Mitgliedstaaten vergleichbare jährliche Daten über den Arbeitsmarkt und die sozioökonomischen Strukturen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen liefert. Die EU betrachtet ihre Arbeitskräfteerhebung als wichtigste erwerbsstatistische Quelle und als unverzichtbares Werkzeug für Vorbereitung und Bewertung gemeinschaftlicher Aktionsprogramme in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Berufsausbildung.

Nach dem gegenwärtigen Erhebungskonzept des Mikrozensus beziehen sich die meisten Fragen auf die Gegebenheiten in einer festen Berichtswoche. In der Regel handelt es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April eines Jahres. Die

Befragung der Haushalte findet dann überwiegend in den Monaten Mai und Juni statt. Die Ergebnisse des Mikrozensus liefern somit eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr.

Für die Mikrozensususerhebungen ab 2005 ist geplant, auf eine unterjährige, kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche überzugehen. Mit der neuen Erhebungsform, bei der das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wird, sollen Durchschnittsergebnisse nicht nur auf der Jahres-, sondern auch auf der Quartalsebene ausgewiesen werden.

2. Haushalte und ihre Struktur

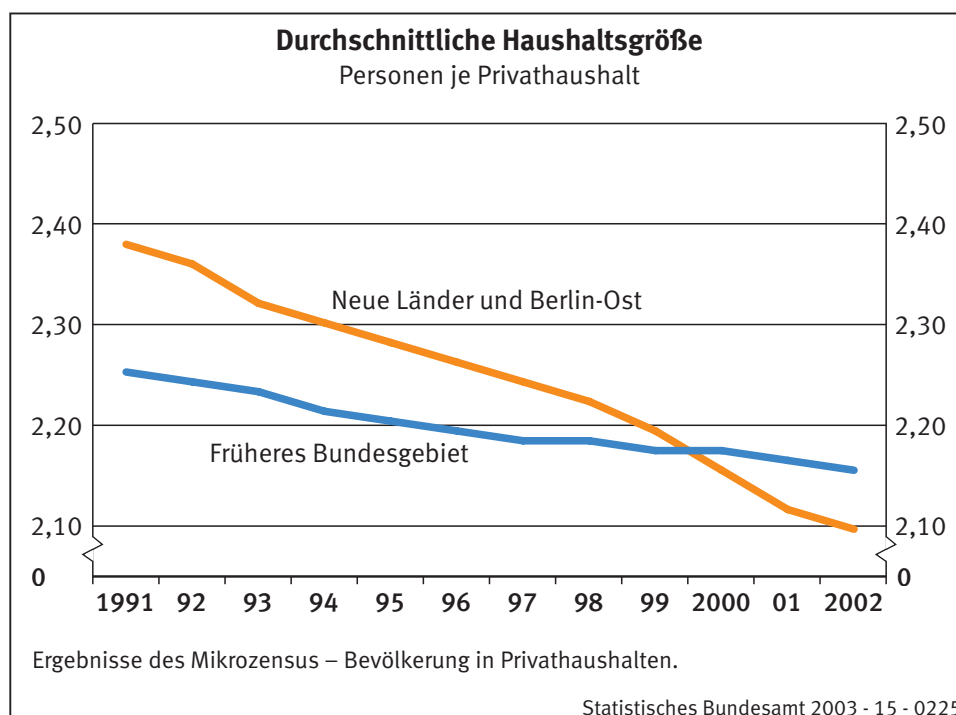
Im April 2002 zählten in Deutschland 83,6 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung. Davon lebten rund 800 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften und 82,8 Mill. Menschen als Haushaltsmitglieder in 38,7 Mill. Privathaushalten. Seit April 1991 stieg die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3%, die Zahl der Privathaushalte um 10%. Im Jahr 2002 lebten durchschnittlich 2,14 Menschen in einem Haushalt, während die durchschnittliche Haushaltsgröße 1991 noch bei 2,27 Personen gelegen hatte.

Immer mehr Haushalte, in denen durchschnittlich immer weniger Menschen leben.

Im früheren Bundesgebiet hat die in Privathaushalten lebende Bevölkerung seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1998 – kontinuierlich zugenommen. So lebten dort im April 2002 67,8 Mill. Menschen in Privathaushalten, 6% mehr als im April 1991. Mit der Bevölkerung in Privathaushalten ist auch die Zahl der Privathaushalte stetig gestiegen. 2002 gab es in Westdeutschland 31,5 Mill. Privathaushalte, 10% mehr als 1991. Da die Zahl der Privathaushalte schneller wuchs als die Zahl der in ihnen lebenden Menschen, wurden die westdeutschen Haushalte immer kleiner. Lebten 1991 durchschnittlich 2,25 Personen in einem Haushalt, waren es elf Jahre später 2,15 Personen.

Im Gegensatz zu Westdeutschland schrumpfte die in Privathaushalten lebende Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991 um 6% auf 15,0 Mill. Personen im April 2002. Wie im Westen erhöhte sich auch im Osten Deutschlands die Zahl der Privathaushalte zwischen 1991 und 2002 – mit Ausnahme des Jahres 1992 – kontinuierlich. Im April 2002 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost 7,2 Mill. Privathaushalte gezählt, 8% mehr als 1991. Die gegenläufige Entwicklung der Privathaushalte und ihrer Mitglieder führte dazu, dass neben den westdeutschen auch und insbesondere die ostdeutschen Haushalte immer kleiner wurden. So sank dort die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt zwischen 1991 und 2002 von 2,38 Personen auf 2,09 Personen. Im Jahr 2000 lag die durchschnittliche Haushaltsgröße im Osten Deutschlands erstmals seit 1991 unter dem entsprechenden Wert für Westdeutschland, eine Entwicklung die sich in den Jahren 2001 und 2002 fortgesetzt hat (vgl. Schaubild 1).

Schaubild 1



Als Mehrzweckstichprobe liefert der Mikrozensus ein breites Spektrum an Informationen auf der Personen-, Haushalts- und Familien- bzw. Lebensformebene. In Abhängigkeit vom Themenschwerpunkt und der Betrachtungsebene werden unterschiedlich abgegrenzte Bevölkerungsgruppen verwendet. Die Grundlage für die im Abschnitt 2 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Haushaltsebene ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz, im Nachfolgenden kurz "Bevölkerung in Privathaushalten" oder "Haushaltsmitglieder" genannt. Dazu gehören alle in einem Privathaushalt lebenden Personen. Hierzu zählt im Mikrozensus jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Personen, die an verschiedenen Wohnsitzen Mitglied mehrerer Haushalte sind, werden mehrfach gezählt, weil Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde nutzen.

Anteile der Haushalte mit einer und zwei Personen nehmen weiter zu.

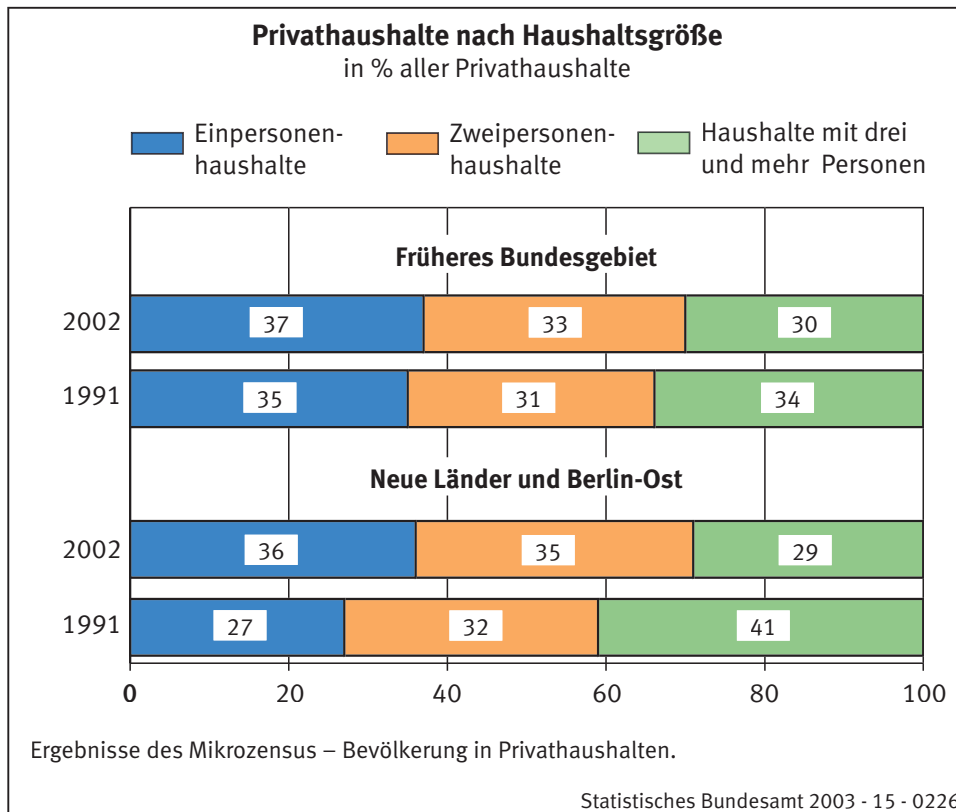
Die unterschiedlich schnelle Entwicklung der Zahl der Haushalte und der in ihr lebenden Bevölkerung spiegelt sich in einer veränderten Struktur kleiner und großer Haushalte wider. Während die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten weiter stiegen, verringerte sich der Anteil der Haushalte, in denen drei und mehr Personen zusammen wohnen und wirtschaften.

Im April 2002 waren von den 31,5 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet 37% Einpersonenhaushalte, 33% Zweipersonenhaushalte und in 30% aller Haushalte wohnten drei und mehr Personen. Gegenüber April 1991 legten die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte jeweils um zwei Prozentpunkte zu. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten nahm entsprechend um vier Prozentpunkte ab.

Während im April 1991 noch deutliche Unterschiede zwischen den Haushaltsstrukturen in West- und Ostdeutschland existierten, zeigen sich die Verhältnisse im April 2002 weitgehend angeglichen. So sind im Osten Deutschlands die Anteile der Zwei- und insbesondere der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten stark gestiegen. Entsprechend deutlich reduzierte sich der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen. Im April 2002 waren von den 7,2 Mill. Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 36% Ein- und 35% Zweipersonenhaushalte. In 29% aller Haushalte lebten drei und mehr Personen. Im Vergleich zu April 1991 stiegen die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte um neun Prozentpunkte bzw. um drei Prozentpunkte. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten verringerte sich entsprechend um zwölf Prozentpunkte (vgl. Schaubild 2).

In Deutschland lag der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen 38,7 Mill. Haushalten im April 2002 bei 37%. Die entsprechenden Anteile der Haushalte mit zwei Personen und mit drei und mehr Personen lagen bei 34% bzw. 29%. Damit waren die Einpersonenhaushalte im April 2002 sowohl in Westdeutschland wie in Ostdeutschland der häufigste Haushaltstyp. Im Osten Deutschlands waren dabei die Ein- und Zweipersonenhaushalte im April 2002 mit einem Anteil von 36% bzw. 35% fast gleich stark vertreten.

Schaubild 2

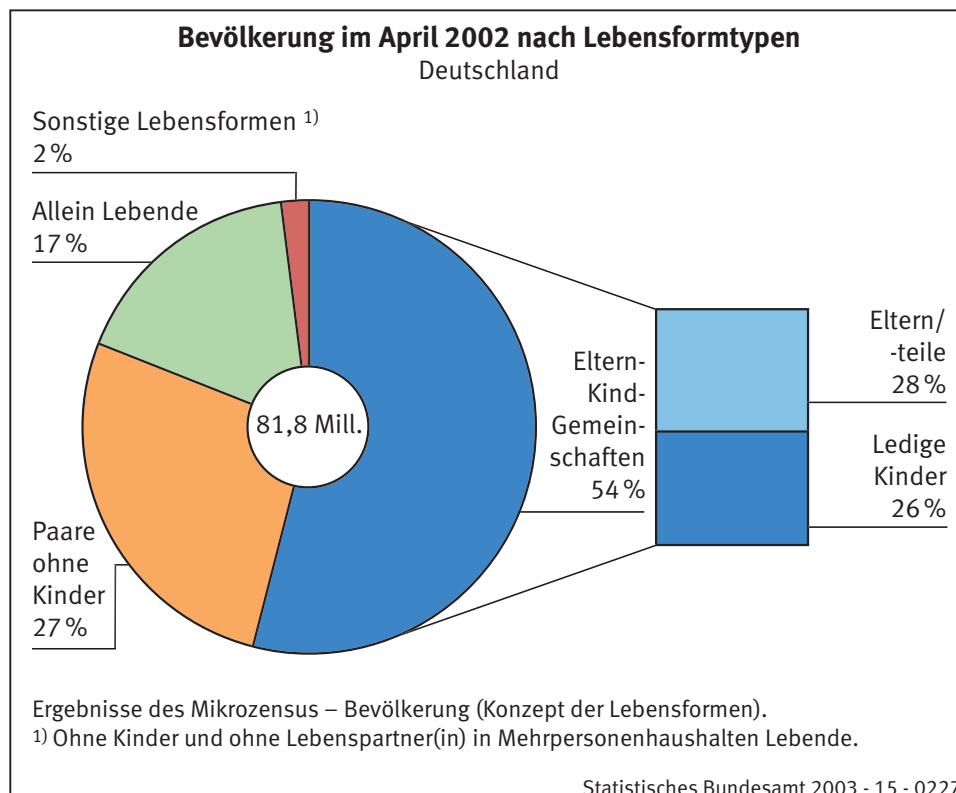


3. Lebensformen der Bevölkerung

Im April 2002 umfasste die wohnberechtigte Bevölkerung in Deutschland 83,6 Mill. Menschen. Davon wohnten rund 800 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. 82,8 Mill. Personen waren Mitglieder von Privathaushalten. Von diesen Haushaltsmitgliedern lebten 81,8 Mill. Personen in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, einer Paargemeinschaft ohne Kinder, allein in einem Einpersonenhaushalt oder in einer sonstigen Lebensform mit Wohnsitz am Ort der Hauptwohnung. Etwas über ein Viertel (26%) dieser 81,8 Mill. Menschen waren Kinder, d.h. ledige Personen ohne Altersbegrenzung, die gemeinsam mit ihren Stief-, Adoptiv- oder leiblichen Eltern in einem Haushalt lebten. Ein weiteres gutes Viertel (28%) dieser Bevölkerung waren Eltern, die diese minder- und volljährigen Kinder versorgten. Damit lebte über die Hälfte (54%) der Menschen in Deutschland in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, also als Ehepaar, als Lebensgemeinschaft oder als allein erziehender Elternteil ohne Lebenspartner(in) mit mindestens einem Kind zusammen. Gut ein weiteres Viertel (27%) der Bevölkerung lebte in einer Paargemeinschaft, d.h. es wohnte als Ehepaar oder als nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, versorgte in diesem zum Zeitpunkt der Befragung jedoch keine Kinder. Da der Mikrozensus den aktuellen Haushalts- und Familienzusammenhang wiedergibt, gehören zu diesen Paaren ohne Kinder sowohl dauerhaft kinderlose Paare, als auch Paare, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Allein in einem Einpersonenhaushalt lebten 17% der Bevölkerung. In einem Mehrpersonenhaushalt, aber ohne eigene Kinder und ohne Lebenspartner(in) wohnten nur 2% der Bevölkerung (vgl. Schaubild 3 und Tabelle 1).

Über die Hälfte der Bevölkerung lebt in Eltern-Kind-Gemeinschaften.

Schaubild 3



Im April 2002 war der Anteil der in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerung im Vergleich zu 1996 deutschlandweit um drei Prozentpunkte zurückgegangen, während die Anteile der in Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Bevölkerung und der allein lebenden Bevölkerung im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte bzw. um einen Prozentpunkt gestiegen waren. Besonders deutlich war der Rückgang des in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerungsanteils in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort ging er seit 1996 um sieben Prozentpunkte auf 53% im Jahr 2002 zurück.

Die in den Abschnitten 3, 4 und 5 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Ebene der Lebensformen basieren auf der Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Lebensform, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ genannt. Sie wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet. Zu ihr gehören alle in Eltern-Kind-Gemeinschaften und Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Personen mit Wohnsitz der Gemeinschaft am Ort der Hauptwohnung. Ferner zählen zu ihr alle ohne Partner(in) und ohne ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten lebende Person sowie allein in Einpersonenhaushalten lebende Personen am Hauptwohnsitz. Lebensformen am Nebenwohnsitz und die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Im Vordergrund steht die Darstellung der Lebensformen als zusammengehörige Einheiten ohne Mehrfachzählungen.

**Tabelle 1: Bevölkerung im April 2002 nach Lebensformtypen
Deutschland**

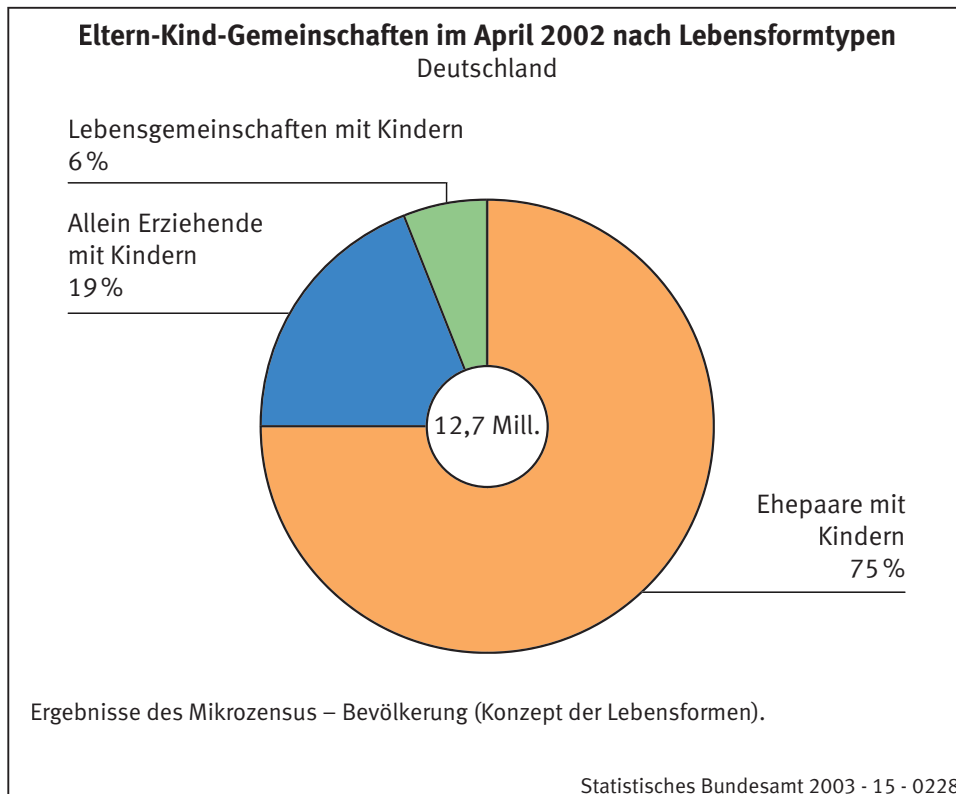
Lebensformtypen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	1 000	
Insgesamt	66 923	14 861
Eltern-Kind-Gemeinschaften	36 126	7 879
Eltern/-teile	18 671	4 268
Ledige Kinder	17 455	3 611
Paare ohne Kinder.....	18 412	4 251
Allein Lebende	11 172	2 486
Sonstige Personen ¹⁾	1 213	245

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).
1) Ohne Kinder und ohne Lebenspartner(in) in Mehrpersonenhaushalten Lebende.

Drei Viertel der Eltern-Kind-Gemeinschaften sind Ehepaare.

Im April 2002 überwogen in Deutschland unter den 12,7 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften nach wie vor die Ehepaare mit Kindern mit einem Anteil von 75%. Allein erziehende Mütter und Väter machten mit 19% knapp ein Fünftel aller Eltern-Kind-Gemeinschaften aus. 6% der Eltern-Kind-Gemeinschaften waren eine nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft. Gegenüber 1996 ist der deutschlandweite Anteil der Ehepaare an den Eltern-Kind-Gemeinschaften um vier Prozentpunkte zurückgegangen, während die Anteile der Lebensgemeinschaften und der allein Erziehenden an den Eltern-Kind-Gemeinschaften jeweils um zwei Prozentpunkte anstiegen (vgl. Schaubild 4).

Schaubild 4



3.1 Das Zusammenleben als Paar

Das unverheiratete Zusammenleben hat merklich an Bedeutung gewonnen, gleichwohl überwiegen unter den Paaren immer noch die Ehepaare. Fast neun von zehn (89%) der 21,6 Mill. Paare führten im April 2002 in Deutschland ihren gemeinsamen Haushalt als Ehepaar. Lediglich etwa jedes zehnte Paar (11%) lebte in nichtehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft. Im Vergleich zu 1996 nahm der Anteil der Ehepaare an allen Paaren in Deutschland um zwei Prozentpunkte ab, während der Anteil der Lebensgemeinschaften entsprechend anstieg (vgl. Schaubild 5).

Neun von zehn Paaren sind Ehepaare.

3.1.1 Ehepaare

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt seit 1991 um 18% auf 7,9 Mill. im April 2002 gestiegen. Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost nahm die Zahl der Ehepaare ohne Kinder zu. Dort lebten im April 2002 1,8 Mill. Ehepaare ohne Kinder, 10% mehr als im Jahr 1991. Gleichzeitig ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern im Westen und insbesondere im Osten Deutschlands gegenüber 1991 zurück: in Westdeutschland um 10% auf 8,0 Mill. und in Ostdeutschland um 30% auf 1,6 Mill. Ehepaare mit Kindern im Jahr 2002. Seit 1999 leben im Osten Deutschlands mehr Ehepaare ohne Kinder als Ehepaare mit Kindern im Haushalt (vgl. Schaubild 6).

Zahl und Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt steigt.

Damit gab es in Deutschland im April 2002 19,3 Mill. Ehepaare, 1% weniger als im April 1991. Bei etwas über der Hälfte (51%) dieser Ehepaare lebten im April 2002 keine ledigen Kinder im Haushalt. Dies bedeutet im Vergleich zu 1991 eine Zunahme des Anteils der Ehepaare ohne Kinder (an allen Ehepaaren) um acht Prozentpunkte. In Ostdeutschland nahm er seit 1991 um elf Prozentpunkte auf 54% im Jahr 2002 zu. In Westdeutschland wuchs der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im betrachteten Zeitraum vergleichsweise gering um sieben Prozentpunkte auf 50% im April 2002.

Schaubild 5

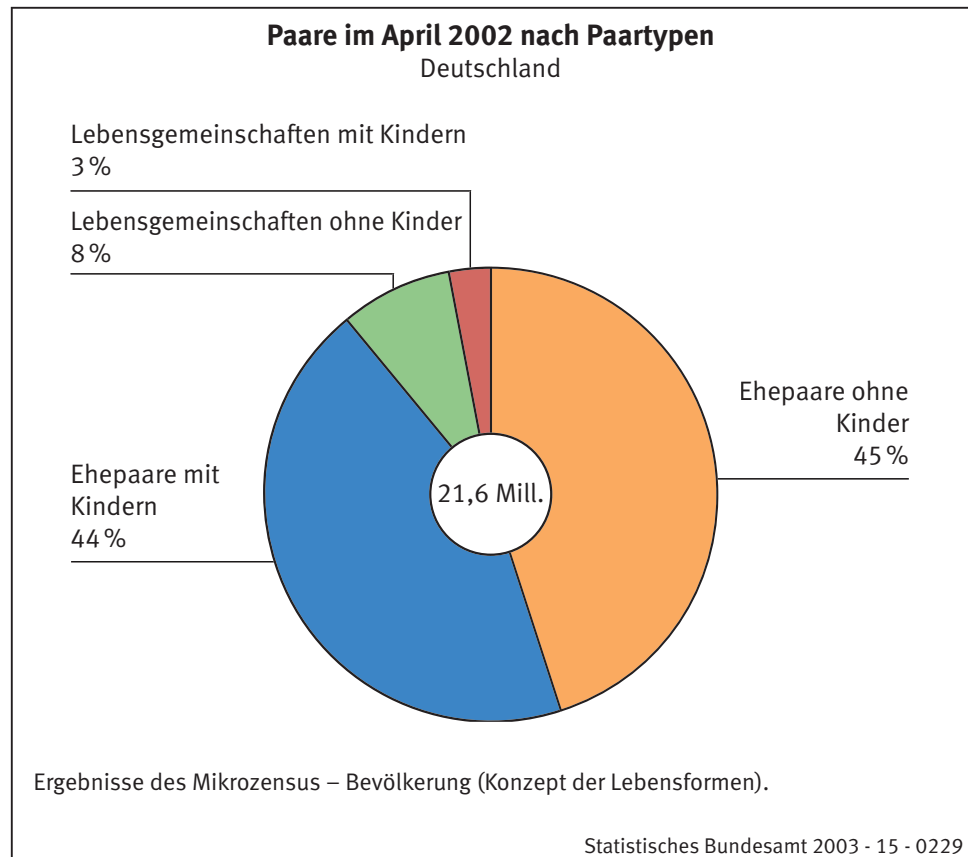
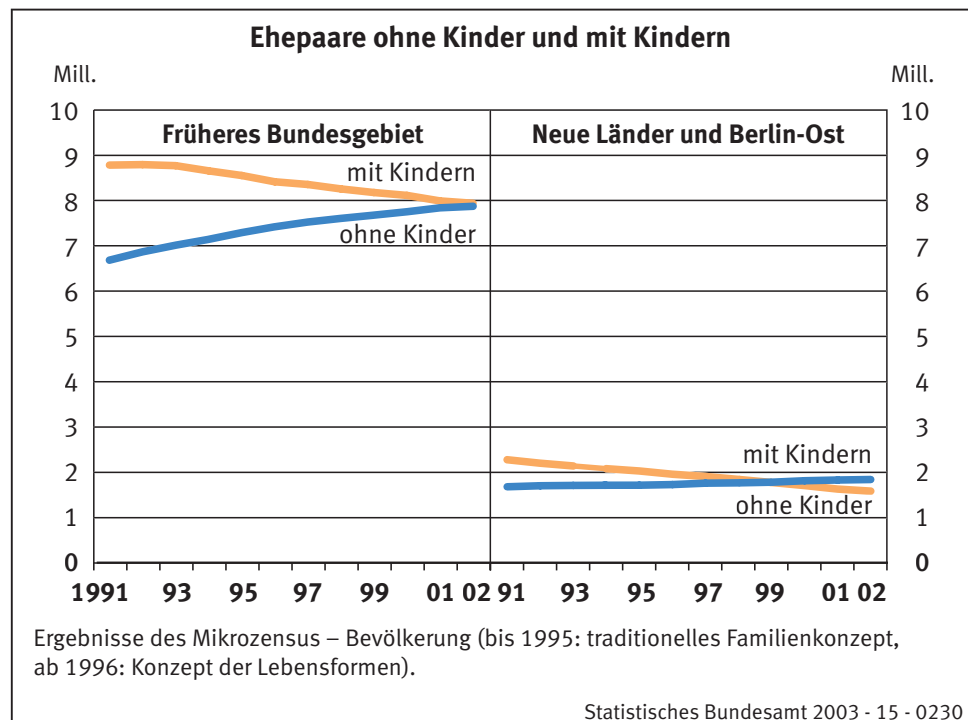


Schaubild 6

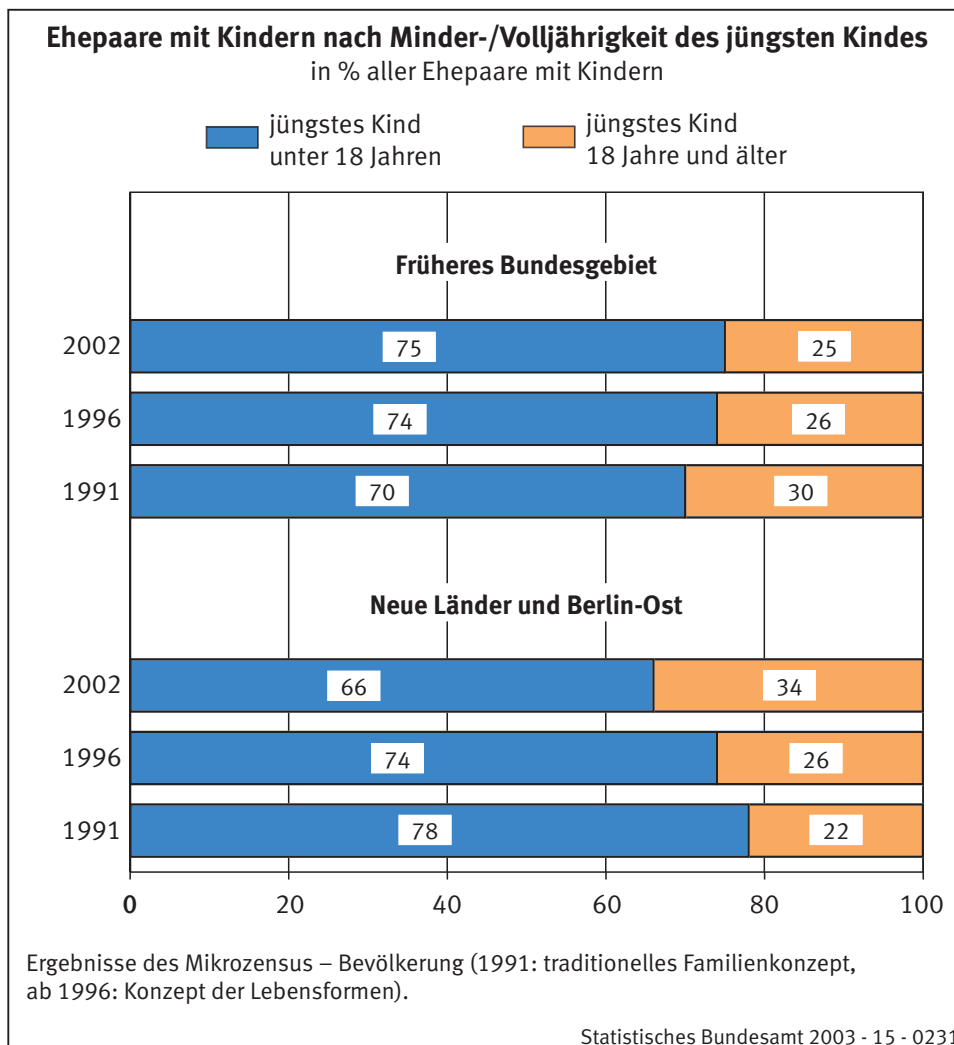


Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Mikrozensusergebnisse zwei Gruppen von Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt umfassen. Zum einen Ehepaare, die niemals Kinder versorgt haben, d.h. dauerhaft kinderlos waren. Zum anderen Ehepaare, die zwar Kinder aufgezogen haben, deren Kinder aber bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sind. Ein Anstieg der Ehepaare ohne Kinder ist daher nicht automatisch mit einer Zunahme von dauerhaft kinderlosen Ehepaaren gleichzusetzen.

Bei zwei von drei (66%) der 1,6 Mill. ostdeutschen Ehepaare mit Kindern und drei von vier (75%) der entsprechenden 8,0 Mill. westdeutschen Ehepaare wuchsen im April 2002 minderjährige Kinder auf. Gegenüber 1991 ging der Anteil der Ehepaare mit minderjährigen Kindern (an allen Ehepaaren mit Kindern) im Osten Deutschlands um zwölf Prozentpunkte zurück, während er im Westen Deutschlands um fünf Prozentpunkte zunahm. In Deutschland stieg er damit im Vergleich zu 1991 um drei Prozentpunkte auf 74% im April 2002 (vgl. Schaubild 7).

Bei drei Vierteln der Ehepaare mit Kindern im Haushalt wuchsen Minderjährige auf.

Schaubild 7



Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen um ein Zuwanderungsgesetz sind in Deutschland auch die Staatsangehörigkeiten der Ehegatten von besonderem Interesse. Im April 2002 dominierten in Deutschland unter den 19,3 Mill. Ehepaaren mit 89% die deutsch-deutschen Ehepaare. Der Anteil der ausländisch-außenländischen Ehepaare an allen Ehepaaren lag in Deutschland bei 6%. Die deutsch-außenländischen Ehepaare machten im April 2002 einen Anteil von 5% an allen Ehepaaren aus (vgl. Tabelle 2).

Deutsche Ehemänner sind am häufigsten mit Asiatinnen, deutsche Ehefrauen am häufigsten mit Türken verheiratet.

Tabelle 2: Deutsch-ausländische Ehepaare im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Ehegatten Deutschland

Staatsangehörigkeit des ausländischen Ehegatten	Insgesamt	Ohne Kinder	Mit Kindern		
			zusammen	jüngstes Kind unter 18 Jahren	jüngstes Kind 18 Jahre und älter
1 000					
mit deutschem Ehemann und ausländischer Ehefrau					
Zusammen	449	181	268	237	31
EU-Staaten	114	50	64	50	14
Nicht-EU-Staaten	335	131	204	187	17
Europäische Nicht-EU-Staaten	215	80	135	126	9
Afrika	15	5	10	8	/
Amerika	34	14	20	18	/
Asien	63	28	35	32	/
Übrige Welt ¹⁾	8	/	/	/	/
nachrichtlich:					
Fünf häufigste Staatsangehörigkeiten					
Asien	63	28	35	32	/
Polen	48	18	31	29	/
Türkei	39	10	29	28	/
GUS	37	11	25	24	/
Amerika	34	14	20	18	/
mit ausländischem Ehemann und deutscher Ehefrau					
Zusammen	415	163	252	216	36
EU-Staaten	168	70	98	78	20
Nicht-EU-Staaten	247	93	154	138	16
Europäische Nicht-EU-Staaten	163	58	105	93	12
Afrika	23	10	13	12	/
Amerika	28	12	16	14	/
Asien	25	9	16	15	/
Übrige Welt ¹⁾	8	/	/	/	/
nachrichtlich:					
Fünf häufigste Staatsangehörigkeiten					
Türkei	62	19	43	40	/
Italien	53	18	35	27	8
Österreich	29	15	14	10	/
Amerika	28	12	16	14	/
Asien	25	9	16	15	/
nachrichtlich: Ehepaare					
Zusammen	19 306	9 748	9 558	7 036	2 522
beide Ehegatten deutsch	17 193	9 044	8 149	5 868	2 281
beide Ehegatten ausländisch	1 249	360	889	715	174
beide Ehegatten aus EU-Staaten	276	91	185	132	53
ein Ehegatte aus EU-Staaten	29	11	18	16	/
Ehemann aus Nicht-EU-Staaten	19	7	12	11	/
Ehefrau aus Nicht-EU-Staaten	10	/	6	5	/
beide Ehegatten aus Nicht-EU-Staaten	944	258	686	567	119
deutsch-ausländische Ehepaare	864	344	520	453	67

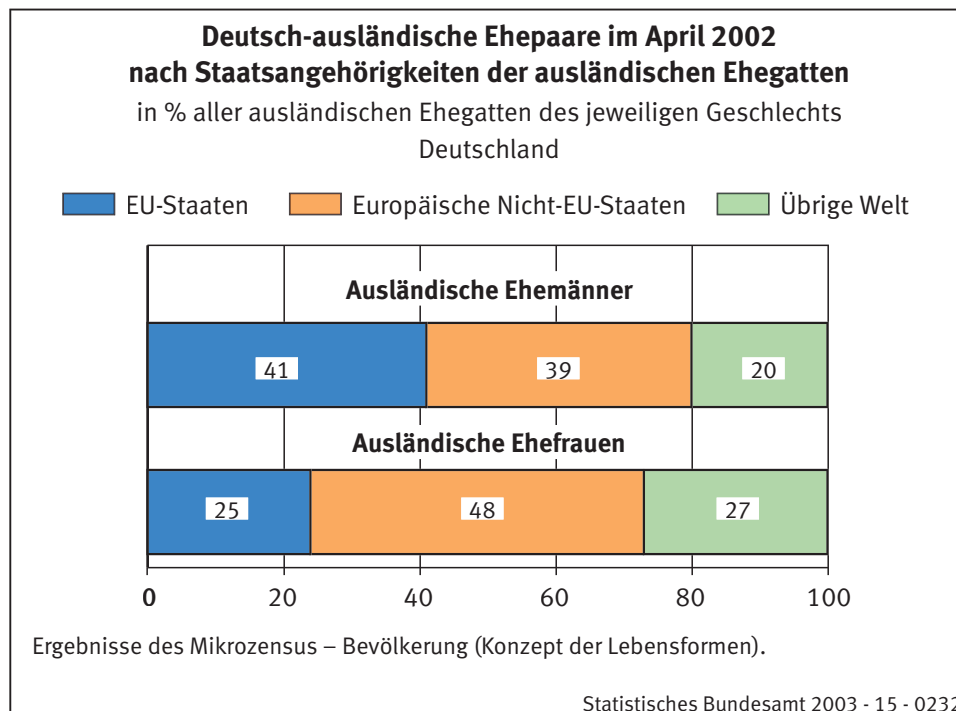
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).
1) Australien und Ozeanien, Staatenlos.

Unter den gut 1,2 Mill. ausländisch-ausländischen Ehepaaren überwogen im April 2002 in Deutschland mit rund drei Vierteln (76%) die Ehepaare, bei denen beide Ehegatten nicht Angehörige eines Staates der Europäischen Union (EU) waren. Bei rund einem Viertel (24%) der ausländisch-ausländischen Ehepaare besaß mindestens einer der Ehegatten einen Pass eines EU-Staates. Besonders häufig waren unter ihnen die Ehepaare, bei denen beide Ehegatten aus einem EU-Staat kamen. Ihr Anteil an allen ausländisch-ausländischen Ehepaaren lag im April 2002 bei 22%.

Unter den 864 000 deutsch-ausländischen Ehepaaren gehörte ein Drittel (33%) der ausländischen Ehegatten einem EU-Staat an, mehr als zwei weitere Fünftel (44%) einem europäischen Nicht-EU-Staat. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeiten der ausländischen Ehegatten waren deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu beobachten. Während von den ausländischen Ehefrauen ein Viertel (25%) aus einem EU-Staat und rund die Hälfte (48%) aus einem europäischen Nicht-EU-Staat stammten, kamen von den ausländischen Ehemännern jeweils rund zwei Fünftel aus einem EU-Staat (41%) bzw. aus einem europäischen Nicht-EU-Staat (39%) (vgl. Schaubild 8).

Die mit deutschen Männern verheirateten Ehefrauen ausländischer Staatsangehörigkeit stammten am häufigsten aus Asien (14%), Polen (11%) und der Türkei (9%). Die mit deutschen Frauen verheirateten ausländischen Ehemänner waren am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (15%) und Italiens (13%); an dritter Stelle folgten gleichauf Ehemänner aus Österreich (7%) und Amerika (7%).

Schaubild 8

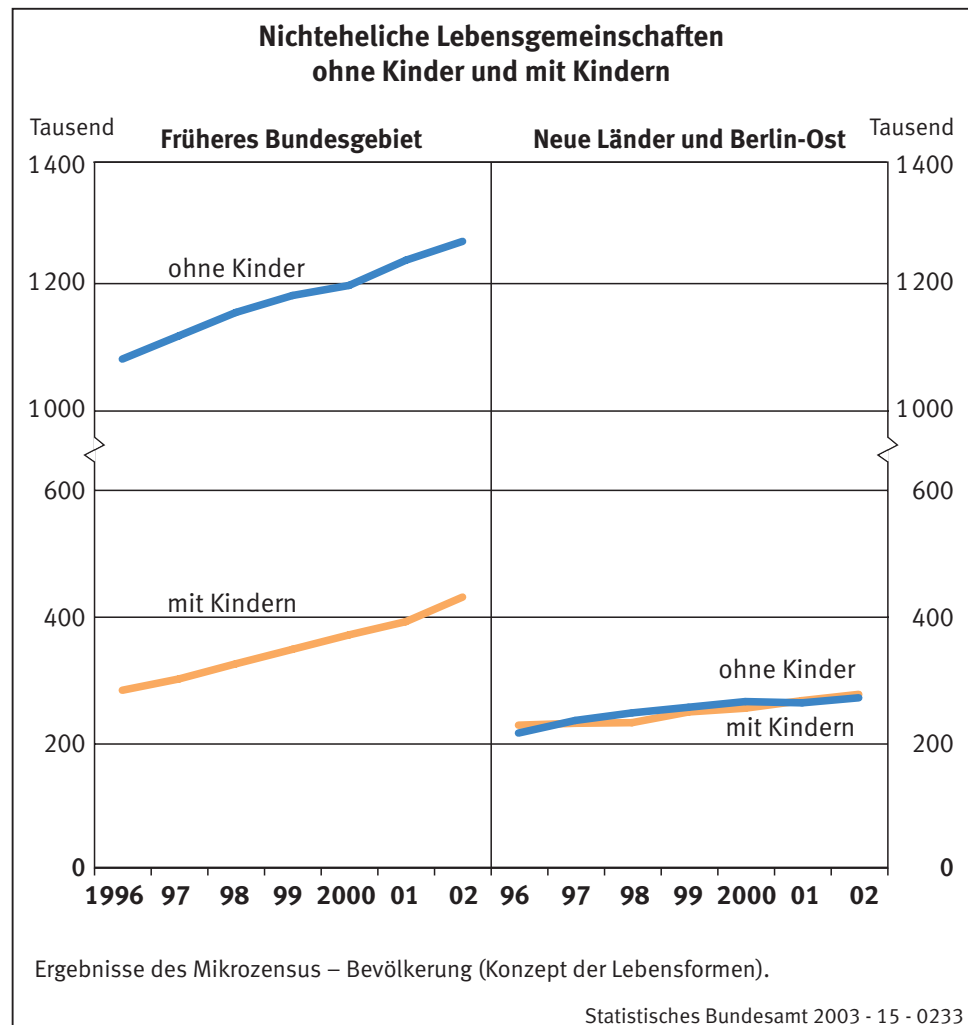


3.1.2 Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften seit 1996 um ein Viertel (25%) auf 1,7 Mill. nichteheliche Lebensgemeinschaften im April 2002 gestiegen. In diesem Zeitraum hat sich insbesondere die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern um mehr als die Hälfte (52%) auf 430 000 im April 2002 erhöht. Auch die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder hat seit 1996 um mehr als ein Sechstel (17%) auf 1,3 Mill. im April 2002 zugenommen (vgl. Schaubild 9).

Immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften.

Schaubild 9



Auch im Osten Deutschlands ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gestiegen. Mit 543 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften gab es dort im April 2002 knapp ein Viertel (24%) mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften als im April 1996. Dabei hat sich die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern seit 1996 um ein gutes Fünftel (22%) auf 273 000 im Jahr 2002 und die der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder um etwas mehr als ein Viertel (26%) auf 270 000 im Jahr 2002 erhöht.

In den letzten Jahren hat in Deutschland – neben dem Zusammenleben als Ehepaar – das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften ohne kirchliche oder staatliche Eintragung an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen des Mikrozensus wird zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterschieden. Unter einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft versteht die amtliche Statistik ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischt geschlechtliches Paar. Entscheidend für die Klassifizierung als Lebensgemeinschaft ist dabei die Einstufung durch die Befragten selbst. Eine diesbezügliche Frage wird im Mikrozensus seit 1996 gestellt. Auch wenn sie nicht der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt, ihre Beantwortung den befragten Personen also freigestellt wird, sind die diesbezüglichen Antwortausfälle inzwischen relativ gering.

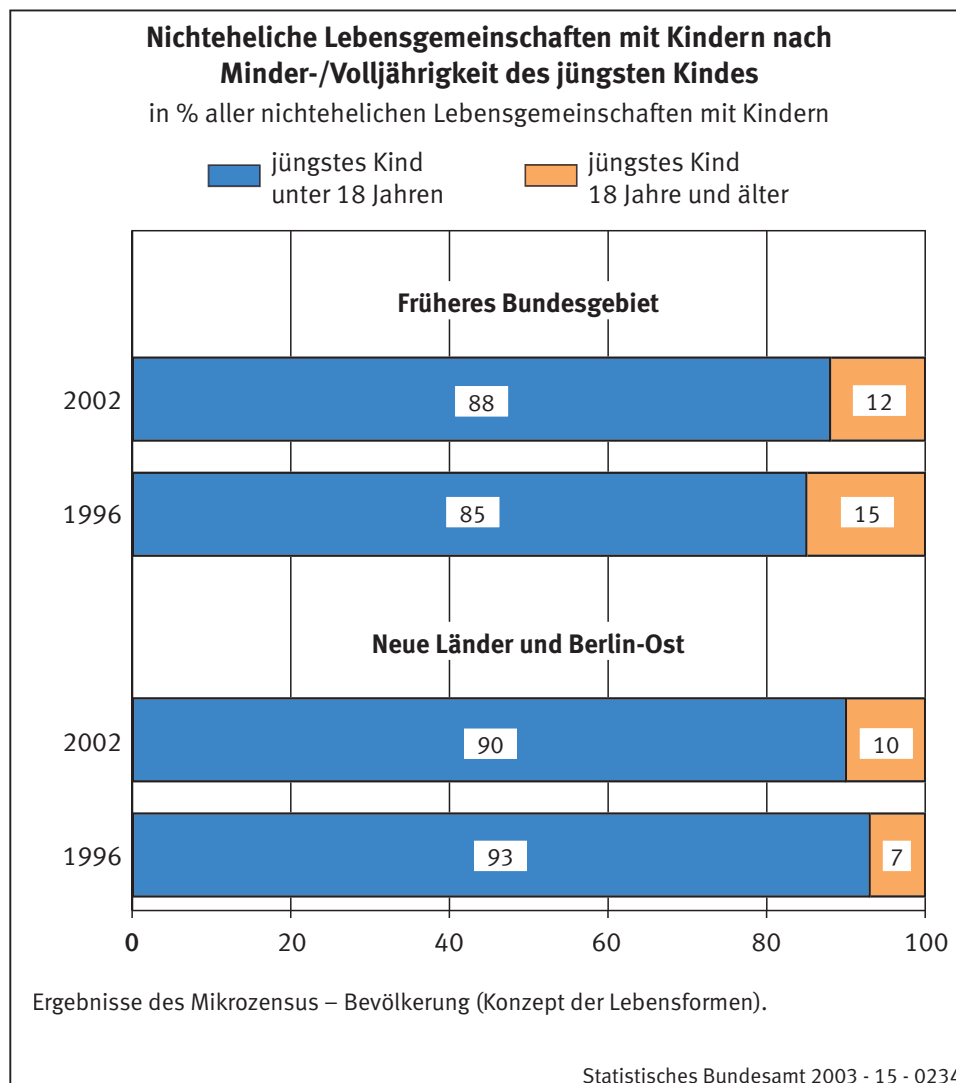
Zwischen den nichtehelichen Lebensgemeinschaften in West- und Ostdeutschland zeigen sich beim Zusammenleben mit Kindern deutliche Unterschiede. So variiert der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern (an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften) im Osten Deutschlands seit 1996 ohne deutliche Tendenz zwischen 48% (April 1998) und 51% (April 1996). Im Westen Deutschlands lag er im April 2002 mit 25% auf halbem Niveau des ostdeutschen Wertes (50%). Der westdeutsche Anteil stieg seit 1996 kontinuierlich an; 2002 war er vier Prozentpunkte höher als im Jahr 1996 (21%).

Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt in Ostdeutschland deutlich höher.

90% der 273 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in Ostdeutschland und 88% der entsprechenden 430 000 Lebensgemeinschaften in Westdeutschland zogen im April 2002 minderjährige Kinder groß. Damit hat sich der Ost-West-Unterschied dieser Anteile von acht Prozentpunkten im April 1996 (Ost: 93%, West: 85%) auf zwei Prozentpunkte im April 2002 verringert (vgl. Schaubild 10).

Neun von zehn nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt ziehen Minderjährige groß.

Schaubild 10



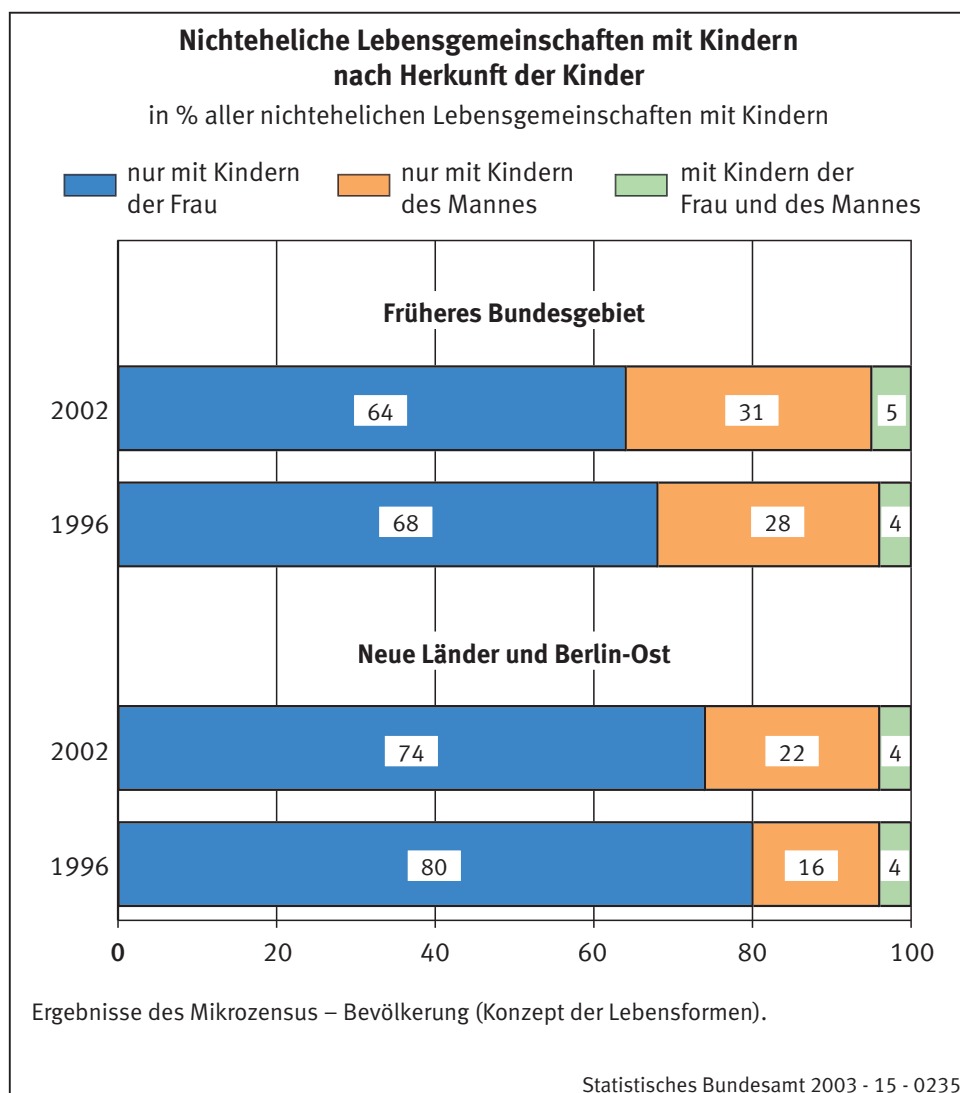
In Deutschland ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften seit 1996 um ein knappes Viertel (24%) auf 2,2 Mill. im Jahr 2002 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt lebten dort bei ungefähr einem Drittel (31%) aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften ledige Kinder. Rund neun von zehn (89%) dieser 703 000 Lebensgemeinschaften zogen minderjährige Kinder groß.

Bei zwei Dritteln der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt leben ausschließlich Kinder der Frau.

Nach wie vor sind es überwiegend Frauen, die Kinder in die nichteheliche Lebensgemeinschaft mitbringen. In Deutschland wuchsen im April 2002 in 68% der 703 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern ausschließlich Kinder der Frau auf, in weiteren 28% dieser Lebensgemeinschaften ausschließlich Kinder des Mannes. In 4% aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern lebten Kinder der Frau und des Mannes, wobei der Mikrozensus keine Rückschlüsse zulässt, ob es sich hierbei um gemeinsame Kinder der nichtehelichen Lebenspartner handelt. Während sich der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nur mit Kindern der Frau (an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern) in Deutschland seit 1996 um fünf Prozentpunkte verringert hat, nahm der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nur mit Kindern des Mannes im gleichen Zeitraum um fünf Prozentpunkte zu.

Im Westen Deutschlands wuchsen im April 2002 in 64% aller 430 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausschließlich Kinder der Frau auf und in weiteren 31% dieser Lebensgemeinschaften wurden ausschließlich Kinder des Mannes groß. Dies bedeutet gegenüber 1996 eine Verringerung des Anteils der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern nur der Frau um vier Prozentpunkte bei einer Erhöhung des Anteils der Lebensgemeinschaften nur mit Kindern des Mannes um drei Prozentpunkte. Die westdeutschen Verhältnisse unterscheiden sich damit deutlich vom Osten Deutschlands. Dort lebten im April 2002 in 74% aller 273 000 nichtehelichen

Schaubild 11



chen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausschließlich Kinder der Frau, in weiteren 22% dieser Lebensgemeinschaften wuchsen ausschließlich Kinder des Mannes auf. Gegenüber 1996 ging der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nur mit Kindern der Frau um sechs Prozentpunkte zu Gunsten des Anteils nichtehelicher Lebensgemeinschaften nur mit Kindern des Mannes zurück (vgl. Schaubild 11).

Noch stärker als bei den Ehepaaren dominierten im April 2002 unter den 2,2 Mill. nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit 92% die deutsch-deutschen Lebensgemeinschaften. Der Anteil der ausländisch-australischen Lebensgemeinschaften an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften lag in Deutschland bei 2%. Die deutsch-australischen Lebensgemeinschaften machten im April 2002 einen Anteil von 6% an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften aus (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Deutsch-australische nichteheliche Lebensgemeinschaften im April 2002 nach Staatsangehörigkeiten der ausländischen Lebenspartner
Deutschland

Staatsangehörigkeit des ausländischen Lebenspartners	Insgesamt	Ohne Kinder	Mit Kindern		
			zusammen	jüngstes Kind unter 18 Jahren	jüngstes Kind 18 Jahre und älter
1 000					
mit deutschem Lebenspartner und ausländischer Lebenspartnerin					
Zusammen	58	43	15	13	/
EU-Staaten	25	19	6	5	/
Nicht-EU-Staaten	33	24	9	8	/
Europäische Nicht-EU-Staaten	23	18	5	/	/
Übrige Welt ¹⁾	10	6	/	/	/
nachrichtlich:					
Häufigste Staatsangehörigkeit					
Italien	5	/	/	/	/
mit ausländischem Lebenspartner und deutscher Lebenspartnerin					
Zusammen	77	50	27	25	/
EU-Staaten	45	30	15	14	/
Nicht-EU-Staaten	32	20	12	11	/
Europäische Nicht-EU-Staaten	20	12	8	7	/
Übrige Welt ¹⁾	12	8	/	/	/
nachrichtlich:					
Drei häufigste Staatsangehörigkeiten					
Italien	14	9	/	/	/
Türkei	9	/	/	/	/
Österreich	6	/	/	/	/
nachrichtlich: Nichteheliche Lebensgemeinschaften (NELG)					
Zusammen	2 241	1 538	703	625	78
beide Lebenspartner (LP) deutsch	2 065	1 420	645	572	73
beide LP ausländisch	41	25	16	15	/
beide LP aus EU-Staaten	14	9	5	/	/
ein LP aus EU-Staaten	6	/	/	/	/
beide LP aus Nicht-EU Staaten	21	12	9	9	/
deutsch-australische NELG	135	93	42	38	/

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

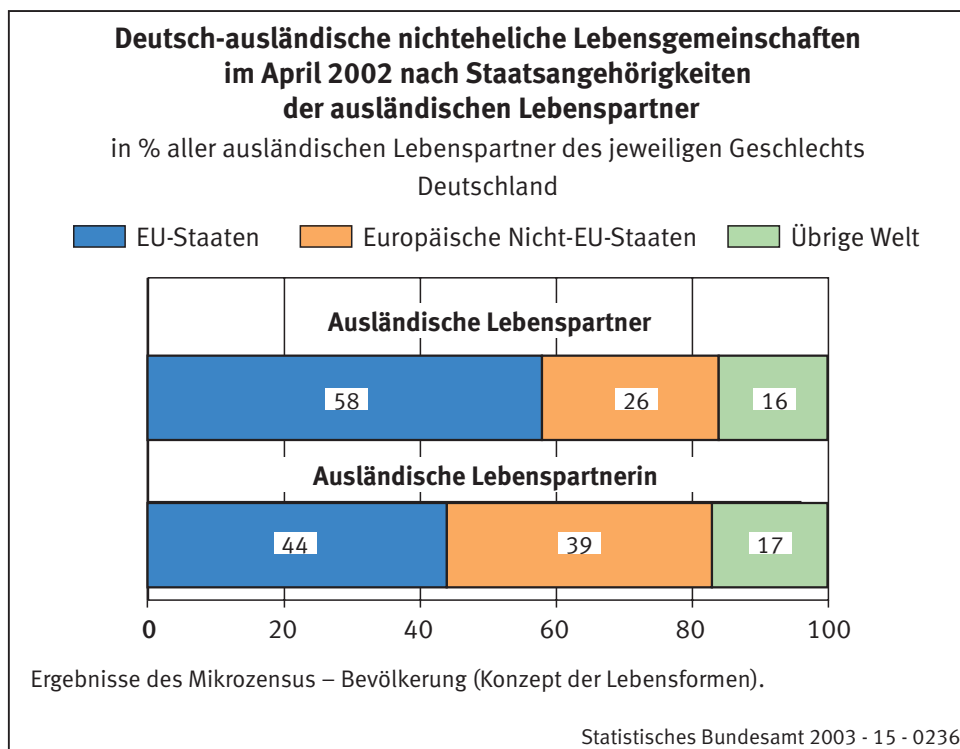
1) Afrika, Amerika, Asien, Australien und Ozeanien, Staatenlos.

Deutsche Männer leben am häufigsten mit Italienerinnen, deutsche Frauen am häufigsten mit Italienern in nichtehelicher Lebensgemeinschaft.

Unter den 41 000 ausländisch-ausländischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften überwogen im April 2002 in Deutschland mit 51 % knapp die Lebensgemeinschaften, bei denen beide Partner nicht Angehörige eines Staates der EU waren. Bei rund einem weiteren Drittel (34 %) dieser Lebensgemeinschaften kamen beide Partner aus einem EU-Staat.

Unter den 135 000 deutsch-ausländischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften gehörte mehr als die Hälfte (52%) der ausländischen Partner einem EU-Staat an, nahezu ein weiteres Drittel (32%) einem europäischen Nicht-EU-Staat. Wie bei den Ehepaaren waren hinsichtlich der Staatsangehörigkeiten der ausländischen Partner deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu beobachten. Während von den ausländischen Partnerinnen jeweils rund zwei Fünftel aus einem EU-Staat (44%) bzw. aus einem europäischen Nicht-EU-Staat (39%) stammten, kamen von den ausländischen Partnern fast drei Fünftel aus einem EU-Staat (58%) und etwas über ein Viertel aus einem europäischen Nicht-EU-Staat (26%) (vgl. Schaubild 12).

Schaubild 12



Die mit deutschen Männern in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebenden Frauen ausländischer Staatsangehörigkeit stammten am häufigsten aus Italien (9%). Die mit deutschen Frauen in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebenden ausländischen Männer waren ebenfalls am häufigsten Staatsangehörige Italiens (18%). An zweiter und dritter Stelle folgten Partner aus der Türkei (12%) und aus Österreich (8%).

3.1.3 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

In Deutschland leben rund 50 000 - 150 000 – vorwiegend von Männern geführte – gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Seit 1996 wird im Mikrozensus allen nicht mit der Haushalts Bezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die folgende freiwillig zu beantwortende Frage gestellt: „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“. Diese Frage ist neutral formuliert und ignoriert das Geschlecht der Befragten. Sie ermöglicht daher auch gleichgeschlechtlichen Paaren, ihre Lebensgemeinschaft anzugeben. Voraussetzung für die Einstufung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ist vor allem die gemeinsame Haushaltsführung. Unerheblich ist dabei, ob die Partnerschaft als eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem im Jahr 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsge-

setz (LpartG) registriert wurde. Auf Grundlage der Frage zur Lebenspartnerschaft – im folgenden als Fragekonzept bezeichnet – weist der Mikrozensus für das Jahr 2002 rund 53 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus (vgl. Tabelle 4). Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse des Fragekonzepts mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben.

Etwa drei Fünftel (58%) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurden im April 2002 von Männern geführt. Bei weniger als jedem siebten gleichgeschlechtlichen Paar (13%) wuchsen im April 2002 ledige Kinder auf. Insgesamt zogen die gleichgeschlechtlichen Paare 10 600 Kinder groß, darunter 8 700 Kinder unter 18 Jahren.

**Tabelle 4: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften
Deutschland**

Zeitpunkt	Schätzkonzept ¹⁾	Fragekonzept ^{2), 3)}		
		zusammen	männlich	weiblich
1 000				
April 1996	124	38	23	15
April 1997	114	39	22	17
April 1998	134	44	25	19
April 1999	128	41	25	16
Mai 2000	142	47	27	20
April 2001	147	50	29	21
April 2002	148	53	31	22

Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Bevölkerung in Privathaushalten.

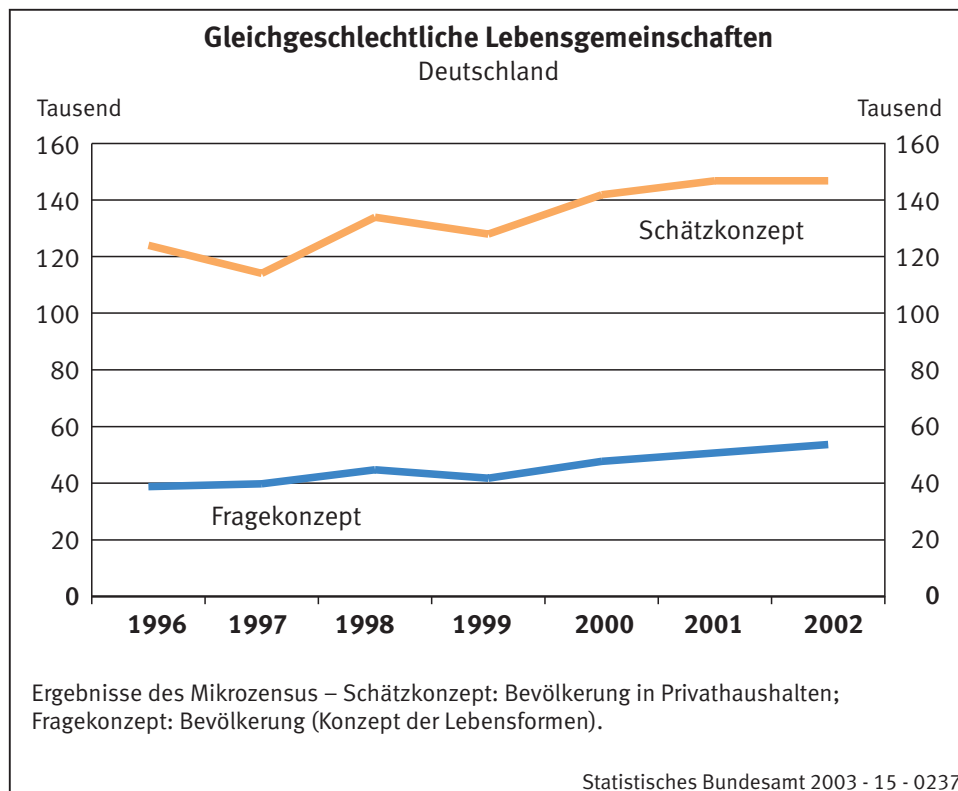
2) Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

3) Die den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern ab dem Mikrozensus 1996 gestellte Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist freiwillig zu beantworten.

Eine obere Grenze für die Anzahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit Hilfe eines Schätzverfahrens bestimmt werden. Hierbei werden alle Haushaltsbezugspersonen von Zweifamilienhaushalten mit familienfremden Personen gezählt. In diesen Zweifamilienhaushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte Personen gleichen Geschlechts im Alter von 16 Jahren und mehr leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach den Ergebnissen des Schätzkonzepts gab es im April 2002 in Deutschland 148 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also ungefähr drei Mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach den Ergebnissen des Fragekonzepts. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften insofern eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben, als in diese Ergebnisse beispielsweise auch Wohngemeinschaften von zwei Studenten ohne partnerschaftlichen Hintergrund einfließen (vgl. Schaubild 13).

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare nur vorsichtig interpretiert werden können, ist seit 1996 nach beiden Konzepten ein Anstieg der Anzahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu beobachten.

Schaubild 13



3.2 Allein erziehende Elternteile

Jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft ist allein erziehend.

Im April 2002 lebten in Deutschland 2,4 Mill. allein Erziehende mit Kindern. Dies bedeutet, dass im April 2002 in Deutschland von allen 12,7 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften – seien es Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder allein erziehende Elternteile – bereits etwa jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft (19%) allein Erziehende waren. Im April 1996 zählte nur etwa jede sechste (17%) der 13,2 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland zu den allein erziehenden Elternteilen mit Kindern. Das Niveau und das Wachstum dieses Anteils lagen im Osten Deutschlands über den entsprechenden Werten für den Westen, d.h. die Unterschiede zwischen Ost und West nahmen zu. So erhöhte sich der Anteil der allein Erziehenden mit Kindern an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1996 um drei Prozentpunkte auf 22%. Im früheren Bundesgebiet stieg er im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 18% im April 2002.

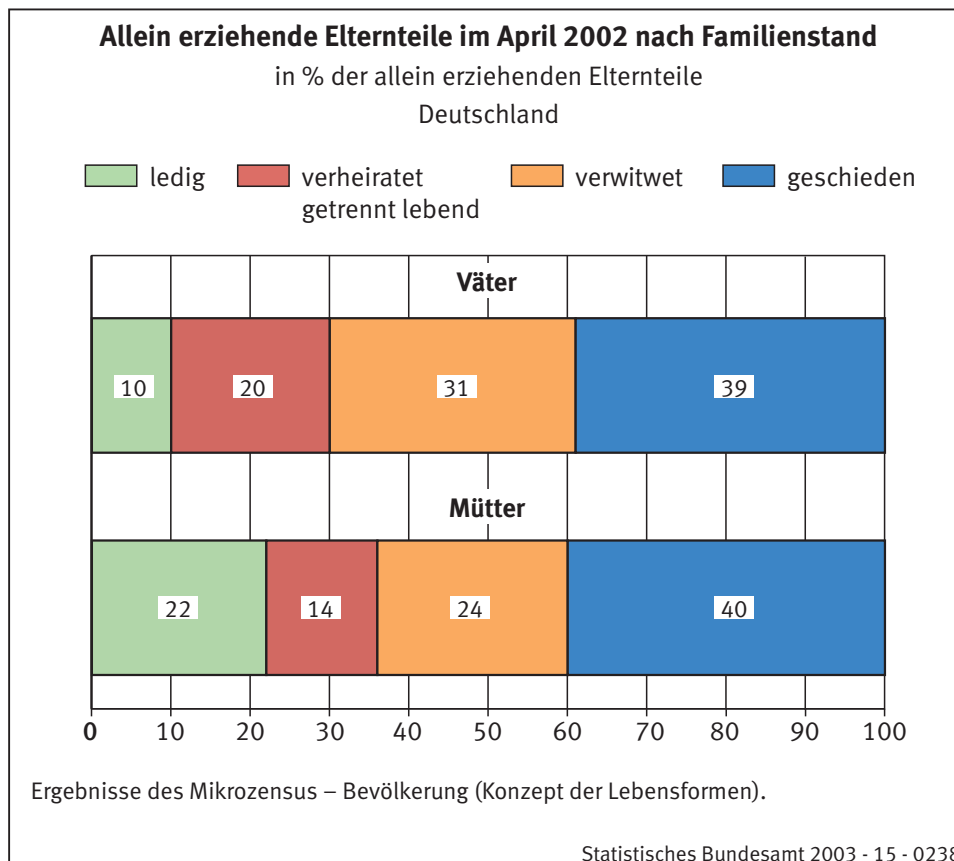
Zu den allein erziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehegatten mit ihren ledigen Kindern zusammen leben. Unerheblich für die Einstufung als „allein erziehend“ ist dabei, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht im Mikrozensus vielmehr der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Mit der 1996 eingeführten Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist es möglich, zwischen allein erziehenden Elternteilen mit und allein erziehenden Elternteilen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner (allein Erziehende im engen Sinn) zu unterscheiden. Erstere werden in der vorliegenden Pressebroschüre – gemäß dem hier zu Grunde gelegten Konzept der Lebensformen – nicht separat als allein Erziehende mit Lebenspartnerin oder Lebenspartner, sondern gemeinsam mit den nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgewiesen (vgl. 3.1.2 und 3.1.3). Die allein Erziehenden im engen Sinn – im Nachfolgenden als "allein erziehende Elternteile mit Kindern" bezeichnet – stehen im Mittelpunkt der weiteren Betrachtungen.

Unter den allein Erziehenden überwiegen in Deutschland nach wie vor die Mütter, mit einem – gegenüber 1996 unveränderten – Anteil von 84% im April 2002. Auch hinsichtlich des Familienstandes weisen die allein Erziehenden geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Während im April 2002 ein Zehntel (10%) der allein erziehenden Väter ledig war, lag der entsprechende Anteil bei den Müttern mehr als doppelt so hoch (22%). Bei den verwitweten und den verheiratet getrennt lebenden allein Erziehenden war die Situation umgekehrt: Zu den verwitweten allein Erziehenden zählte im April 2002 etwa jede vierte Mutter (24%) und etwa jeder dritte Vater (31%). Jede siebte allein erziehende Mutter und jeder fünfte allein erziehende Vater waren verheiratet, aber lebten getrennt (14% bzw. 20%). Auf nahezu gleichem Niveau liegen bei den Müttern und Vätern dagegen die Anteile der Geschiedenen. Jeweils zwei Fünftel der allein erziehenden Mütter und Väter waren im April 2002 geschieden (40% bzw. 39%). Somit waren die Geschiedenen unter beiden Geschlechtern am häufigsten vertreten (vgl. Schaubild 14).

Fünf von sechs allein Erziehenden sind nach wie vor Mütter.

Schaubild 14



Über drei Fünftel (62%) der 2,4 Mill. allein erziehenden Elternteile zogen im April 2002 in Deutschland minderjährige Kinder groß. Unter den allein erziehenden Eltern teilen mit minderjährigen Kindern war der Anteil der Mütter mit 87% im April 2002 noch höher als bei allen allein erziehenden Elternteilen (84%). Verwitwete waren unter den allein Erziehenden mit minderjährigen Kindern deutlich seltener vertreten als bei allen allein Erziehenden: 7% der allein erziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern und 14% der entsprechenden Väter waren im April 2002 in Deutschland verwitwet. Diese Anteile lagen um jeweils 17 Prozentpunkte unter den entsprechenden Anteilen für alle allein erziehenden Mütter (24%) bzw. Väter (31%). Ledige, geschiedene und verheiratet getrennt lebende Elternteile sind – für Mütter und Väter – unter

Drei von fünf allein Erziehenden versorgen Minderjährige.

Jeder zehnte allein Erziehende und etwa jeder siebte allein Erziehende mit minderjährigen Kindern lebt überwiegend von Sozialhilfe.

den allein erziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern ausnahmslos häufiger verbreitet als unter allen allein erziehenden Elternteilen. Dies gilt vor allem für ledige Mütter und geschiedene Väter. Im April 2002 lag der Anteil der Ledigen an allen allein erziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern in Deutschland bei 31%, 9 Prozentpunkte über dem Wert für alle allein erziehenden Mütter (22%). Der Anteil der Geschiedenen an allen allein erziehenden Vätern mit minderjährigen Kindern betrug 46%; er lag damit um sieben Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert für alle allein erziehenden Väter.

Einen wichtigen Hinweis auf die sozioökonomische Lage der allein Erziehenden gibt im Mikrozensus u.a. die Quote des überwiegenden Lebensunterhalts durch Sozialhilfe (im Folgenden kurz als „Sozialhilfequote“ bezeichnet), die als prozentualer Anteil der allein Erziehenden mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Sozialhilfe an allen allein Erziehenden definiert ist.

In Deutschland betrug die Sozialhilfequote im April 2002 für die 2,4 Mill. allein Erziehenden 10%. Für die 1,5 Mill. allein erziehenden Elternteile mit minderjährigen Kindern lag sie bei 15%. Während jeder zehnte allein Erziehende seinen Lebensunterhalt überwiegend durch Sozialhilfe bestritt, war bereits rund jeder siebte allein erziehende Elternteil mit minderjährigen Kindern auf Sozialhilfe angewiesen. Dabei waren deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu beobachten.

Im Osten Deutschlands lag die Sozialhilfequote deutlich unter dem gesamtdeutschen Niveau. Im April 2002 lebten dort 6% aller 535 000 allein Erziehenden und 8% der 345 000 allein erziehenden Elternteile mit minderjährigen Kindern überwiegend von Sozialhilfe. Die allein Erziehenden machten dort 22% aller Eltern-Kind-Gemeinschaften bzw. 21% aller Eltern-Kind-Gemeinschaften mit minderjährigen Kindern aus.

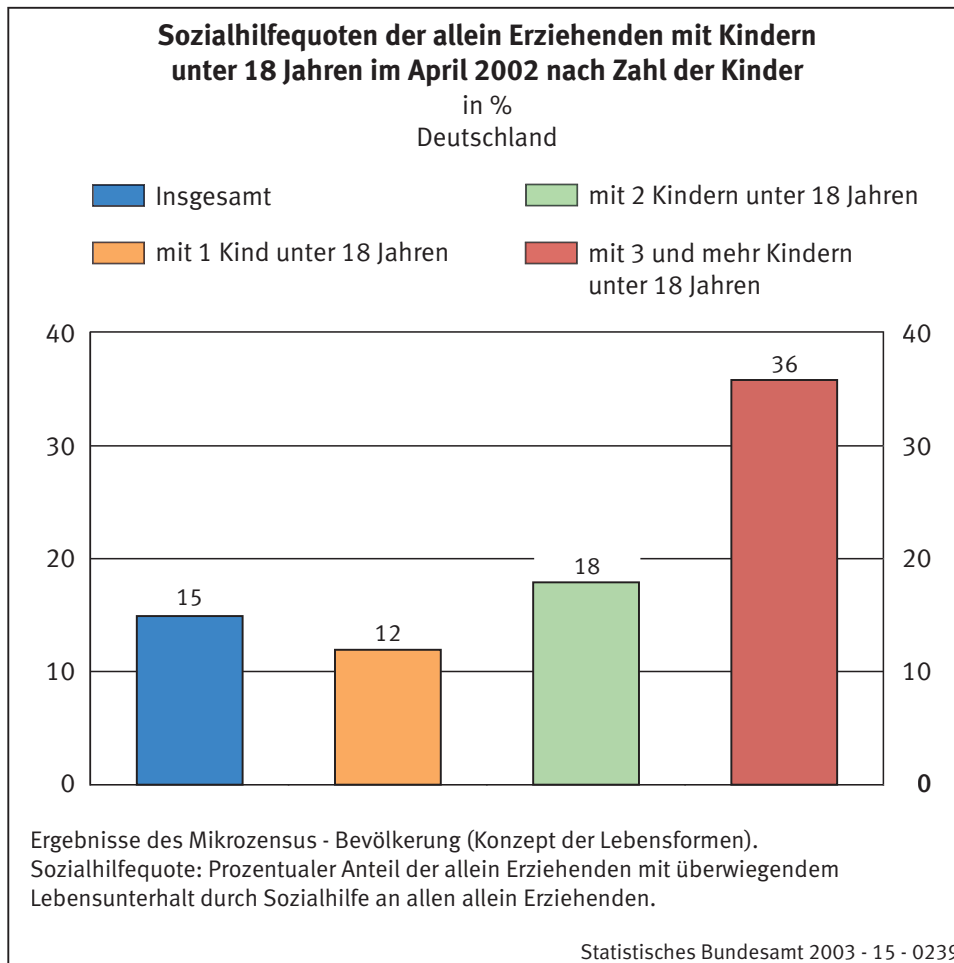
Im Vergleich zum Osten lag die Sozialhilfequote im Westen Deutschlands auf etwa doppeltem Niveau. 12% aller 1,9 Mill. westdeutschen allein Erziehenden und 17% der 1,1 Mill. westdeutschen allein erziehenden Elternteile mit minderjährigen Kindern finanzierten ihren Lebensunterhalt im April 2002 vornehmlich durch Sozialhilfe. Im früheren Bundesgebiet stellten die allein Erziehenden zu diesem Zeitpunkt 18% aller Eltern-Kind-Gemeinschaften bzw. 15% aller Eltern-Kind-Gemeinschaften mit minderjährigen Kindern.

Von den allein Erziehenden mit drei und mehr minderjährigen Kindern ist bereits jeder Dritte überwiegend auf Sozialhilfe angewiesen.

Die Sozialhilfequote der allein erziehenden Elternteile mit minderjährigen Kindern steigt mit der Zahl der minderjährigen Kinder stark an. Benötigte im April 2002 in Deutschland von den Elternteilen mit einem minderjährigen Kind nur etwa ein Achtel (12%) Sozialhilfe zur überwiegenden Bestreitung des Lebensunterhalts, war es von den Elternteilen mit zwei minderjährigen Kindern etwa ein Fünftel (18%) und von den allein Erziehenden mit drei und mehr minderjährigen Kindern bereits deutlich über ein Drittel (36%) (vgl. Schaubild 15).

Auch im Zusammenhang mit dem Bezug von Sozialhilfe werden geschlechtsspezifische Unterschiede unter den allein Erziehenden sichtbar. Während im April 2002 in Deutschland mehr als jede zehnte Mutter (11%) bzw. mehr als jede sechste Mutter minderjähriger Kinder (17%) auf Sozialhilfe als überwiegenden Lebensunterhalt angewiesen war, galt dies nur für jeden 25. allein erziehenden Vater (4%) bzw. jeden 17. allein erziehenden Vater minderjähriger Kinder (6%).

Schaubild 15



3.3 Allein Lebende

Mit seinen Angaben zu den allein Lebenden stellt der Mikrozensus Informationen zu einem bedeutenden Teil der Bevölkerung bereit, der unter dem Stichwort „Singles“ in den letzten Jahren breite öffentliche Beachtung gefunden hat. Wohnt und wirtschaftet eine Person für sich allein, gilt sie im Mikrozensus als allein lebend. Im April 2002 traf diese Definition in Deutschland auf 17% der am Hauptwohnsitz lebenden Menschen zu. Für Frauen lag der prozentuale Anteil der allein Lebenden an der Bevölkerung (Alleinlebendenquote) mit 19% um vier Prozentpunkte über der Alleinlebendenquote für Männer. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt rund jede fünfte Frau, dagegen nur rund jeder siebte Mann alleine lebte.

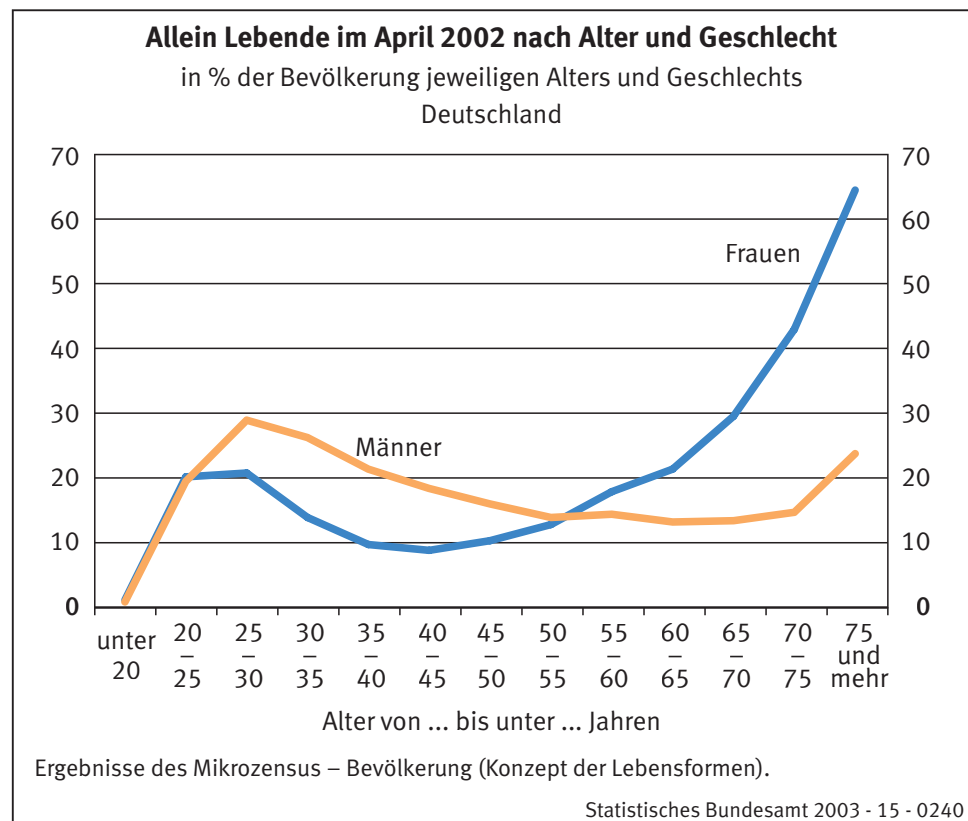
Während im April 2002 in Deutschland Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis unter 55 Jahre) seltener allein lebten als Männer gleichen Alters, waren ältere Frauen (55 Jahre und älter) wesentlich häufiger allein lebend als ältere Männer (vgl. Schaubild 16). Für ältere Frauen steigt die Alleinlebendenquote mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für Männer bleibt sie dagegen bis zum 75. Lebensjahr auf relativ konstantem Niveau und nimmt erst dann deutlich zu. So lag die Alleinlebendenquote für Frauen jüngeren und mittleren Alters mit 12% um acht Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert für Männer. Besonders stark waren dabei die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen. Dort war die Alleinlebendenquote der Frauen mit 10% nicht halb so hoch wie die der Männer

Jede fünfte Frau und jeder siebte Mann lebt allein.

Männer jüngeren und mittleren Alters leben wesentlich häufiger allein als Frauen vergleichbaren Alters.

(21%). Unter den älteren Frauen lag die Alleinlebendenquote bei 38% und damit auf 2,5-fachem Niveau der Quote älterer Männer (15%). Für Frauen im Alter von 75 Jahren und mehr erreichte die Alleinlebendenquote mit 65% das 2,7-fache Niveau des entsprechenden Vergleichswertes für Männer diesen Alters (24%). Ausschlaggebend für das starke Auseinanderdriften der weiblichen und männlichen Alleinlebendenquoten im höheren Alter ist u.a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen.

Schaubild 16

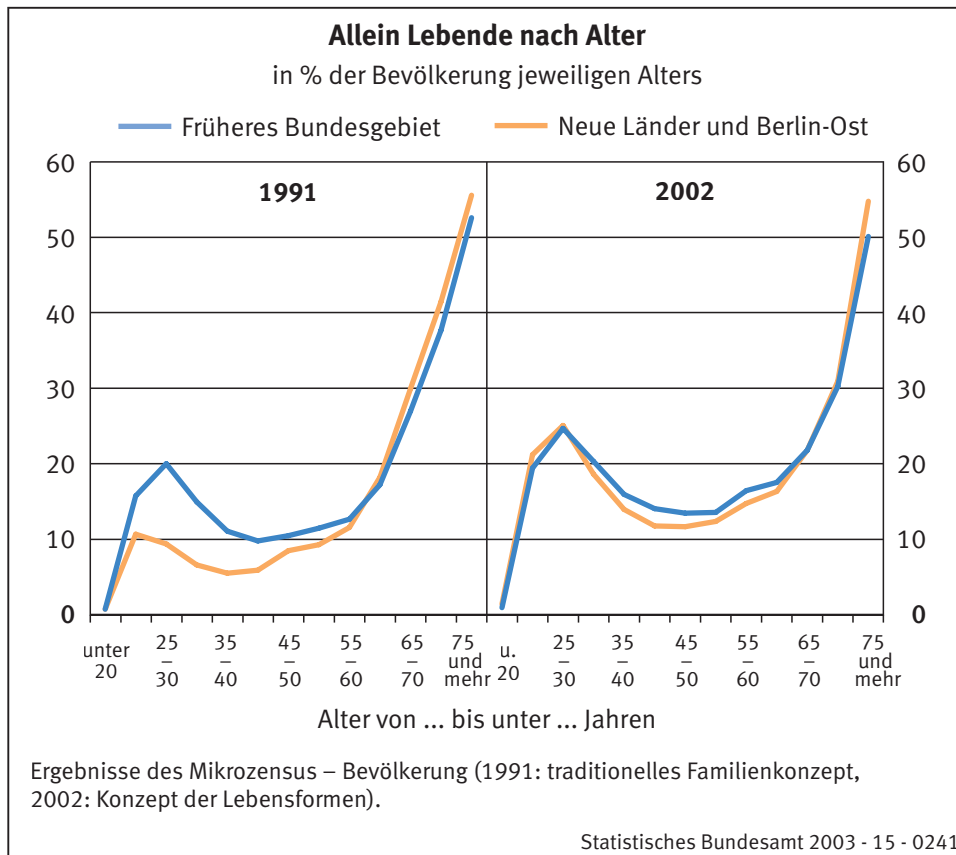


Alterspezifische Alleinlebendenquoten in Ostdeutschland nähern sich den westdeutschen Werten an.

Im früheren Bundesgebiet lag die Alleinlebendenquote im April 2002 bei 17%, zwei Prozentpunkte höher als 1991. Mit 17% entsprach die Alleinlebendenquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost im April 2002 dem westdeutschen Wert. Ihre Zunahme gegenüber 1991 fiel mit sechs Prozentpunkten jedoch merklich höher als dort aus. Lebte 1991 im Osten Deutschlands fast jede neunte Person allein, war es 2002 bereits etwa jede sechste Person.

Die Erhöhung der Alleinlebendenquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost resultiert vor allem aus starken Veränderungen unter den allein lebenden Männern. Deren Alleinlebendenquote hat sich seit 1991 um acht Prozentpunkte auf 15% im April 2002 erhöht und für alle Altersgruppen – abgesehen von Männern im Alter von 75 Jahren und mehr – zugelegt (vgl. Schaubild 17). Am stärksten war der Zuwachs unter den Männern jüngerer und mittleren Alters (25 bis unter 55 Jahre). Für sie nahm die Alleinlebendenquote um elf Prozentpunkte auf 20% im Jahr 2002 zu. Im Vergleich zur Alleinlebendenquote für ostdeutsche Männer erhöhte sich die der ostdeutschen Frauen seit 1991 um lediglich vier Prozentpunkte auf 19%. Unter den jüngeren Frauen (25 bis unter 40 Jahre) wuchs die Alleinlebendenquote mit sieben Prozentpunkten auf 10% am kräftigsten. Als Ergebnis dieser Entwicklungen haben sich die altersspezifischen Alleinlebendenquoten in Ost- und Westdeutschland, die 1991 noch beachtliche Unterschiede aufwiesen, im Jahr 2002 weitgehend angeglichen.

Schaubild 17



4. Wie leben unsere Kinder?

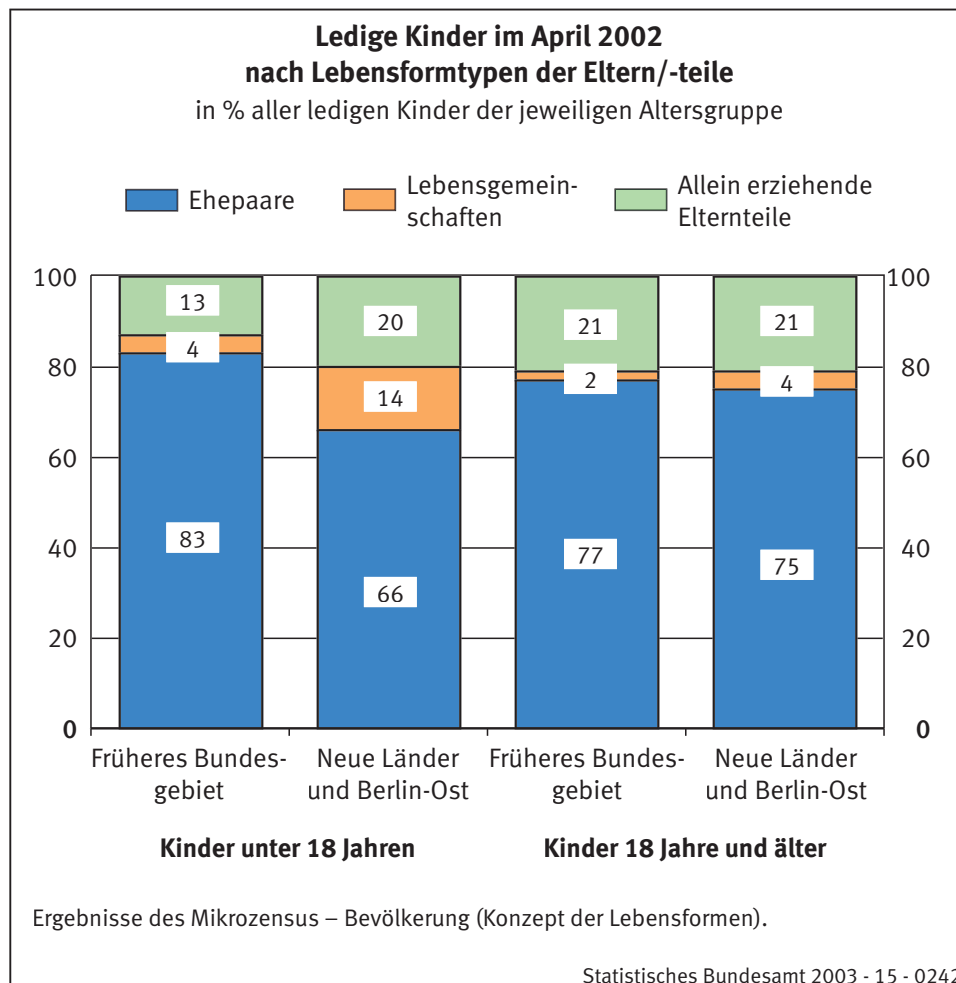
Im Jahr 2002 lebten in Deutschland 21,1 Mill. Kinder im elterlichen Haushalt, darunter waren mit gut 15,0 Mill. Kindern weit über zwei Drittel (71%) noch minderjährig. Fünf von sechs Kindern (83%) lebten im früheren Bundesgebiet und eines von sechs Kindern (17%) in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die Mehrzahl der Kinder wächst bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern auf.

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen, die mit ihren Stief-, Adoptiv- oder Pflegeeltern bzw. einem Elternteil in einem Haushalt zusammen leben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht dabei prinzipiell nicht. Da unter familien- und sozialpolitischen Gesichtspunkten die Lebenssituation minderjähriger Kinder besonders interessant ist, wird bei den folgenden Ergebnissen eine zusätzliche Unterscheidung nach minder- und volljährigen Kindern vorgenommen.

Im früheren Bundesgebiet wurden im April 2002 fünf von sechs (83%) der 12,7 Mill. minderjährigen Kinder bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern – also bei einem Ehepaar – groß. Jedes 25. Kind (4%) lebte bei einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft und mehr als jedes achte Kind (13%) wuchs bei einem allein erziehenden Elternteil auf. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden dagegen lediglich zwei von drei (66%) der 2,4 Mill. minderjährigen Kindern bei einem Ehepaar groß. Jedes siebte Kind (14%) lebte bei einer Lebensgemeinschaft und jedes fünfte Kind (20%) wuchs bei einer allein erziehenden Mutter oder einem allein erziehenden Vater heran (vgl. Schaubild 18).

Schaubild 18



Anteile der Kinder bei allein Erziehenden und Lebensgemeinschaften steigen.

Im Westen und im Osten Deutschlands entwickelte sich die Zahl der minderjährigen Kinder seit 1996 gegenläufig. In Westdeutschland stieg sie seitdem um 1% auf 12,7 Mill. im Jahr 2002. Anders in Ostdeutschland: Dort verringerte sie sich um fast ein Viertel (23%) auf 2,4 Mill. im April 2002.

Mit Blick auf die Lebensform verlief die Entwicklung der Kinderzahlen in beiden Teilen Deutschlands jedoch einheitlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Während seit 1996 weniger Kinder bei Ehepaaren groß wurden, wuchsen mehr Kinder bei Lebensgemeinschaften und allein erziehenden Müttern oder Vätern heran. So ging der Anteil der minderjährigen Kinder bei westdeutschen Ehepaaren seit 1996 um drei Prozentpunkte zurück. Noch deutlicher war diese Entwicklung im Osten: Dort reduzierte sich der Anteil minderjähriger Kinder bei Ehepaaren mit neun Prozentpunkten um das Dreifache. Gleichzeitig erhöhten sich in beiden Teilen Deutschlands die Anteile der minderjährigen Kinder bei allein Erziehenden und bei Lebensgemeinschaften. Im Vergleich zu 1996 stieg der Anteil der Kinder bei allein Erziehenden im früheren Bundesgebiet um zwei Prozentpunkte, der Anteil der Kinder bei Lebensgemeinschaften um einen Prozentpunkt. Etwas kräftiger erhöhten sich diese Anteile im gleichen Zeitraum in den neuen Ländern und Berlin-Ost; der Anteil der Kinder bei allein Erziehenden wuchs um fünf Prozentpunkte und der Anteil der minderjährigen Kinder bei Lebensgemeinschaften stieg um vier Prozentpunkte.

Anders als minderjährige Kinder leben volljährige Kindern häufiger bei allein erziehenden Elternteilen. Im April 2002 machte der Anteil der Kinder von 18 Jahren und mehr bei allein Erziehenden ein Fünftel (21%) aus; über drei Viertel (77%) lebten bei Ehepaaren und etwa jedes 50. volljährige Kind (2%) wohnte bei einer Lebensgemeinschaft.

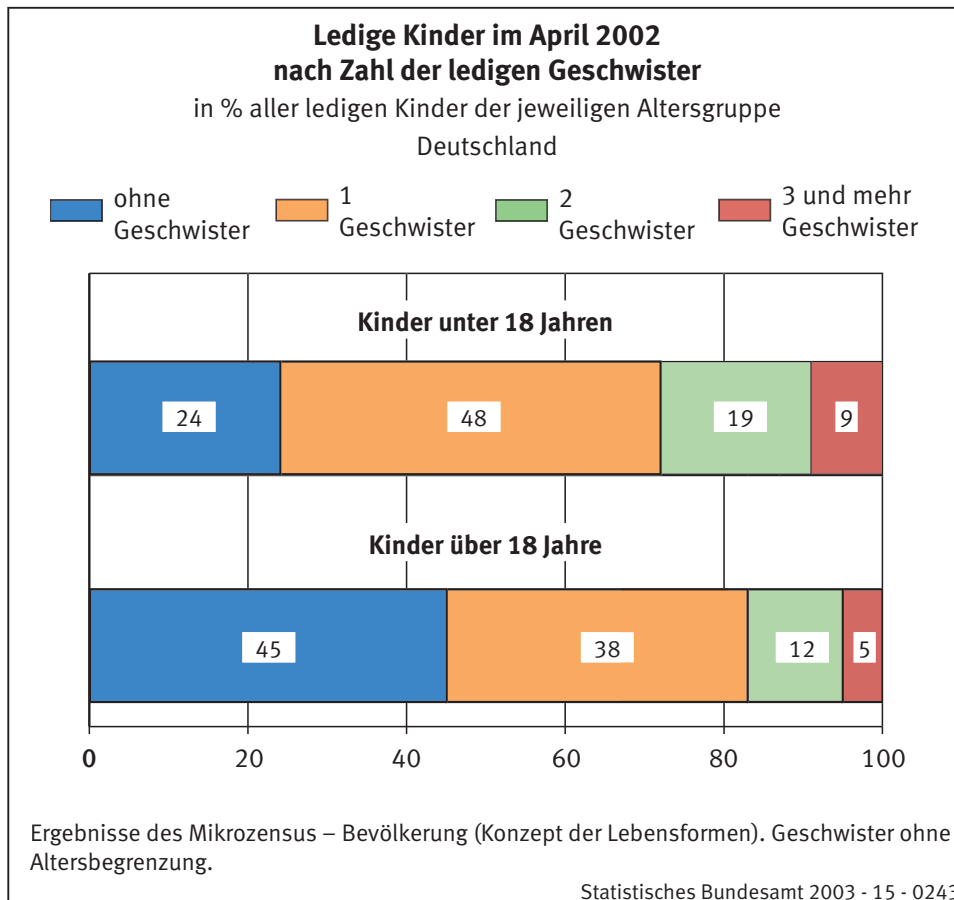
Drei Viertel der Kinder werden mit Geschwistern groß gezogen.

Das Gros der Kinder in Deutschland lebt mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind, also wenigstens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder gemeinsam in einem Haushalt. Als Haushaltsbefragung konzentriert sich der Mikrozensus dabei auf die Betrachtung der „eigenen vier Wände“; daher bleiben eventuell vorhandene Geschwister, die bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sind, außer Acht. Ohne Geschwister im Haushalt wuchs im April 2002 fast jedes dritte (30%) der rund 21,1 Mill. Kinder in Deutschland auf. Von den 15,0 Mill. minderjährigen Kindern wurde nur etwa jedes vierte Kind (24%) zum Zeitpunkt der Erhebung ohne weitere Geschwister im Haushalt groß, rund jedes zweite minderjährige Kind (48%) wuchs gemeinsam mit einer Schwester bzw. einem Bruder heran. Jedes fünfte minderjährige Kind (19%) hatte zwei Geschwister und rund jedes zehnte Kind (9%) teilte den Haushalt mit mindestens drei Geschwistern (vgl. Schaubild 19).

Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei Ehepaaren leben. Im April 2002 hatten in Deutschland vier Fünftel (80%) der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren Geschwister. Im Vergleich dazu wurden drei Fünftel (60%) der minderjährigen Kinder bei allein erziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Am seltensten Geschwister haben die minderjährigen Kinder, die bei Lebensgemeinschaften leben. Dort wuchs im April 2002 nur gut die Hälfte der minderjährigen Kinder (55%) mit Geschwistern im Haushalt auf.

Im Vergleich dazu leben relativ viele volljährige Kinder, sofern sie noch im elterlichen Haushalt wohnen, ohne weitere Geschwister. So wuchs mit 45% rund die Hälfte der volljährigen Kinder im April 2002 ohne Geschwister im Elternhaus auf. 38% dieser Kinder hatten entweder eine Schwester oder einen Bruder, 12% hatten zwei Geschwister und nur 5% drei oder mehr Geschwister.

Schaubild 19



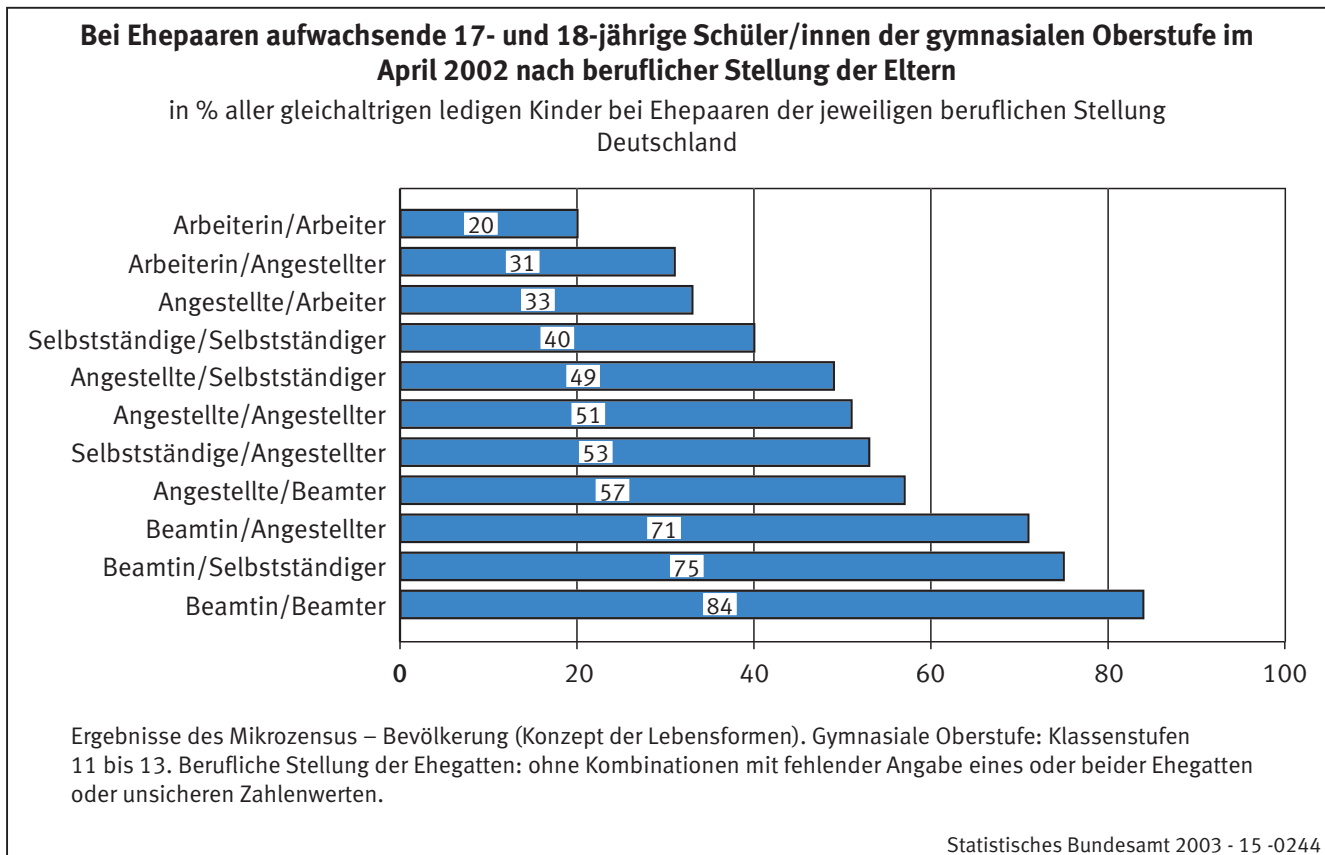
Die Ausbildung der Kinder prägt deren gegenwärtige und vor allem zukünftige Lebenssituation. Den Einfluss der sozialen Herkunft auf die Bildungsbeteiligung der Kinder in Deutschland hat zuletzt die PISA-Studie verdeutlicht.

Berufliche Stellung der Eltern beeinflusst die Bildungsbeteiligung der Kinder.

Diese Zusammenhänge bestätigen die Ergebnisse des Mikrozensus zu Gymnasialschülerinnen und Gymnasialschülern, die bei Ehepaaren aufwachsen. Für diese 17- und 18-jährigen Schüler/innen der gymnasialen Oberstufe zeigt der Mikrozensus einen deutlichen Zusammenhang zwischen besuchter Schulform einerseits und beruflicher Stellung bzw. Bildungsniveau der Mütter und Väter andererseits.

Im April 2002 lebten in Deutschland 1,4 Mill. Kinder im Alter von 17 und 18 Jahren gemeinsam mit ihren verheirateten Eltern in einem Haushalt. Etwa zwei Fünftel (38%) dieser Jugendlichen besuchten die 11. bis 13. Klassenstufe eines Gymnasiums (gymnasiale Oberstufe). Dieser Anteil variiert deutlich mit der beruflichen Stellung der Eltern. Besonders prägnant sind die Unterschiede zwischen Kindern von Ehepaaren, bei denen beide Ehegatten Beamte sind, zu den Kindern von Ehepaaren, bei denen Ehefrau und Ehemann Arbeiter sind. Während im April 2002 rund fünf Sechstel (84%) der 17- und 18-jährigen Kinder von Beamtenehepaaren die gymnasiale Oberstufe besuchten, traf dies nur auf ein Fünftel (20%) der Kinder von Arbeiterehepaaren zu. Aus Schaubild 20 geht ferner hervor, dass Kinder von Ehepaaren, bei denen mindestens ein Elternteil Beamter ist, zurzeit am häufigsten und Kinder von Ehepaaren, bei denen wenigstens ein Elternteil Arbeiter ist am seltensten die gymnasiale Oberstufe besuchen.

Schaubild 20



Auch das Bildungsniveau der Eltern steht mit der Bildungsbeteiligung der Kinder in Zusammenhang.

Neben der beruflichen Stellung beeinflusst auch das Bildungsniveau der Eltern die Bildungsbeteiligung der Kinder. Am Beispiel der rund 643 000 17- und 18-jährigen Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe und dem höchsten allgemeinen Schulabschluss ihrer Eltern/-teile – der sich bei Ehepaaren an dem Ehegatten mit dem höheren Abschluss orientiert – wird dieser Einfluss sichtbar.

Je höher der Schulabschluss der Eltern/-teile, desto häufiger besuchen die Kinder die 11. bis 13. Klassenstufe eines Gymnasiums. Von den 17- und 18-jährigen Jugendlichen, deren Eltern/-teile als höchsten Schulabschluss einen Volks- oder Hauptschulabschluss angaben, besuchte in Deutschland im April 2002 nur rund ein Fünftel (21%) die gymnasiale Oberstufe. Im Gegensatz dazu waren rund zwei Drittel (64%) der Jugendlichen, deren Eltern/-teile über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife als höchsten allgemeinen Schulabschluss verfügten, im April 2002 Schüler/innen der gymnasialen Oberstufe. Damit lag der Gymnasiastenteil von Kindern mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss der Eltern/-teile drei Mal so hoch wie für Kinder mit Haupt- oder Volksschulabschluss der Eltern/-teile (vgl. Tabelle 5).

Die mittlere Position nahmen ledige Kinder von Eltern/-teilen mit einem Realschul- oder gleichwertigen Abschluss (z.B. der Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR) als höchstem allgemeinen Schulabschluss ein. Mehr als jedes Dritte (34%) von ihnen war in Deutschland Oberstufenschülerin oder Oberstufenschüler.

Tabelle 5: Ledige Kinder im Alter von 17 und 18 Jahren im April 2002 nach Besuch der gymnasialen Oberstufe und höchstem allgemeinen Schulabschluss der Eltern/-teile Deutschland

Höchster allgemeiner Schulabschluss der Eltern/-teile ¹⁾	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Darunter: Schüler/innen der gymnasialen Oberstufe ²⁾		
				zusammen	männlich	weiblich
1 000						
Zusammen	1 724	892	832	643	297	346
darunter:						
Haupt-(Volks-)schulabschluss	502	262	240	107	49	58
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss ³⁾	630	323	307	213	90	123
Fachhoch-/Hochschulreife	445	231	214	284	140	144

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

1) Die Beantwortung der Fragen zum allgemeinen Schulabschluss ist für Personen im Alter von 51 und mehr Jahren freiwillig.

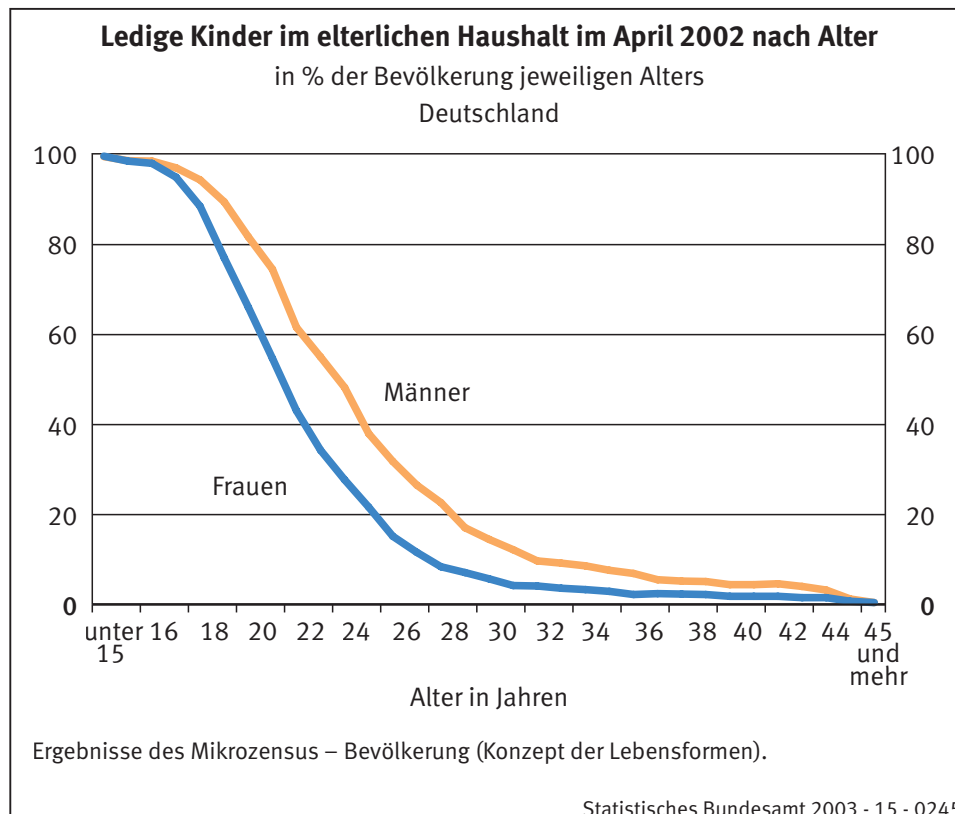
2) Klassenstufen 11 bis 13.

3) Einsch. Abschluss der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR.

Insbesondere die verlängerten Ausbildungszeiten haben dazu geführt, dass die Kinder in Deutschland das Elternhaus durchschnittlich immer später verlassen. Da der Mikrozensus Daten zu allen Kindern – ohne Altersbegrenzung – sammelt, liefert er Informationen zum Auszug der Kinder aus dem Elternhaus.

Männer verlassen das Elternhaus später als Frauen.

Schaubild 21



Danach war im April 2002 über ein Viertel (29%) der Kinder, die noch im Elternhaus lebten, schon volljährig. Prinzipiell verlassen junge Frauen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen (vgl. Schaubild 21). Bereits im Alter von 22 Jahren wohnte weniger als die Hälfte (43%) der weiblichen Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren wohnten nur noch 5% und mit 40 Jahren lediglich 1% dieser Frauen im Elternhaus. Männer ziehen durchschnittlich etwas später aus dem elterlichen Haushalt aus. Dennoch lebte im April 2002 bereits weniger als die Hälfte (48%) der männlichen Bevölkerung im Alter von 24 Jahren noch bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch 14% und mit 40 Jahren immerhin noch 4% als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen die Kinder das Elternhaus immer später. Lebte 1972 erst ein Fünftel (20%) der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet noch bei den Eltern, so traf dies 2002 bereits auf deutlich mehr als ein Viertel (29%) der westdeutschen Bevölkerung im Alter von 25 Jahren zu.

5. Erwerbsarbeit und Elternschaft – Wie beteiligen sich Mütter und Väter am Erwerbsleben?

Im April 2002 gab es in Deutschland 11,8 Mill. Mütter und 10,2 Mill. Väter im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), die mit einem leiblichen, Stief- oder Adoptivkind in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 7,6 Mill. dieser Mütter und 8,8 Mill. dieser Väter waren erwerbstätig. Das heißt, sie standen in einem Arbeitsverhältnis (einschließlich Soldaten und Mithelfende Familienangehörige), betrieben selbstständig ein Gewerbe, eine Landwirtschaft oder übten einen freien Beruf aus. Die Erwerbstätigenquote – der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe – betrug im April 2002 somit für Mütter 64%, während sie für Väter mit 87% deutlich höher lag.

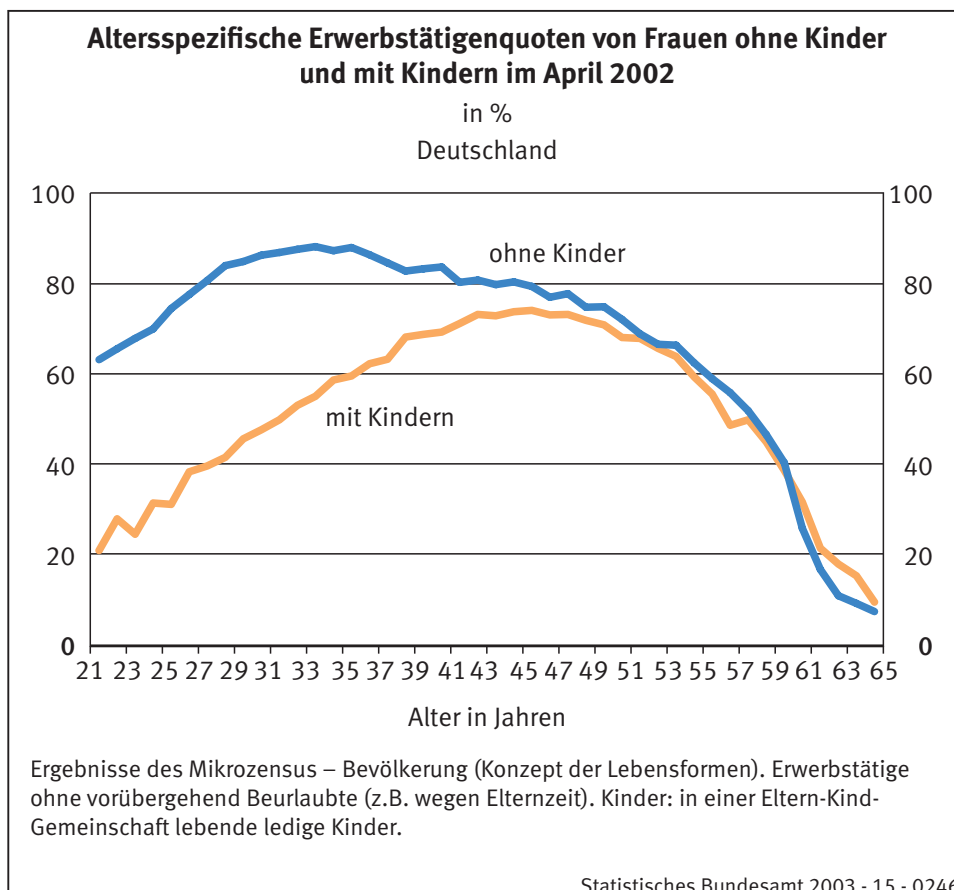
Zwei von drei Müttern und neun von zehn Vätern sind erwerbstätig.

In die Erwerbstätigenquoten fließen in der nationalen und internationalen Praxis auch Personen ein, die vorübergehend beurlaubt sind, z.B. weil sie sich in der Elternzeit (früher: Erziehungsurlaub), befinden. In der „Familiengründungsphase“ sind jedoch vergleichsweise viele Mütter vorübergehend beurlaubt. Von den 25- bis 35-jährigen Müttern waren es im April 2002 rund 9%, und von den Müttern mit unter 3-jährigen Kindern waren es rund 18%. Werden die vorübergehend Beurlaubten aus den Erwerbstätigen herausgerechnet, erhält man die Erwerbstätigenquote der Personen, die ihren Beruf zum Zeitpunkt der Befragung tatsächlich aktiv ausgeübt haben. Für Mütter lag diese Quote der aktiv Erwerbstätigen im April 2002 bei 61% und für Väter bei 86%. Da der vorliegende Abschnitt 5 den Einfluss der Elternschaft auf das Erwerbsverhalten ins Zentrum der Betrachtung rückt, beziehen sich die folgenden Ergebnisse auf die Erwerbstätigenquoten aktiv Erwerbstätiger.

Der Einfluss der Familiengründung lässt sich in Deutschland vorrangig am Erwerbsverhalten der Frauen ablesen. Einen ersten Einblick verschafft eine Betrachtung der altersspezifischen Quoten aktiv Erwerbstätiger (vgl. Schaubild 22). Frauen mit ledigen Kindern im Haushalt schränken die Berufstätigkeit bis zum Alter von 40 Jahren

Unterschiedliches Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern.

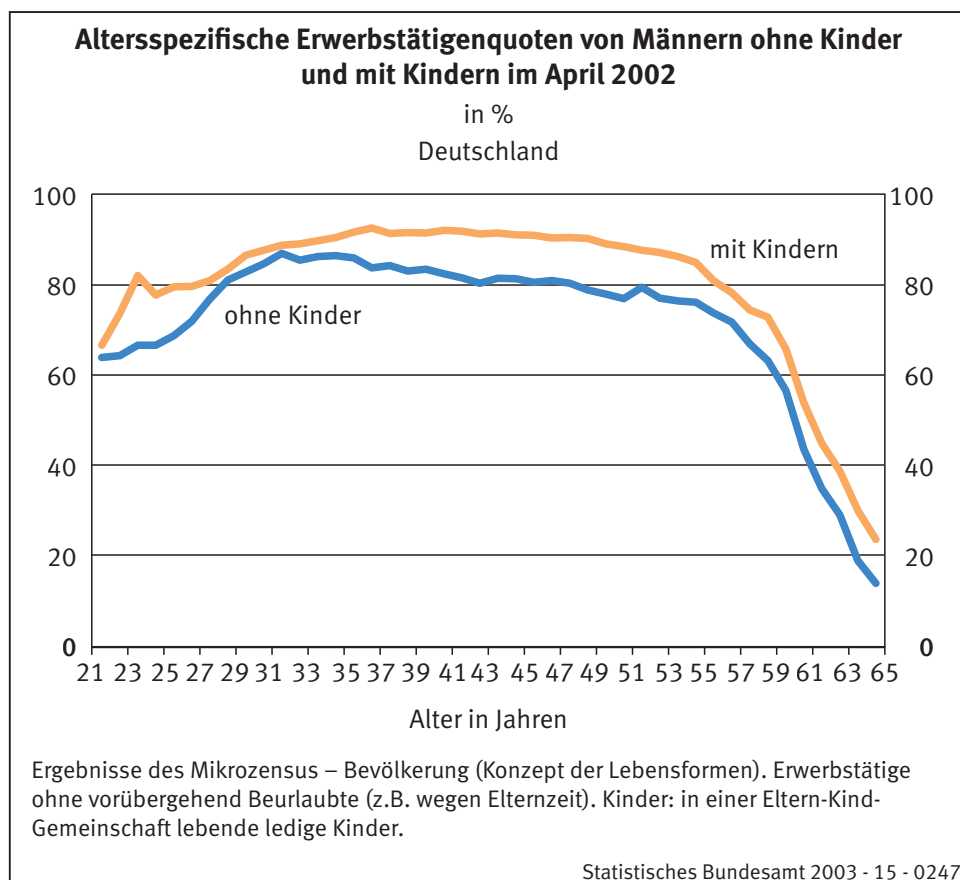
Schaubild 22



merklich ein. Besonders ausgeprägt waren die Unterschiede im April 2002 bei 21- bis 30-jährigen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt, also zu Beginn der sog. „aktiven Familienphase“. In dieser Altersgruppe erreichte die Differenz zwischen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt z.T. über 40 Prozentpunkte. Während die Frauen ohne Kinder im Alter von 33 Jahren am häufigsten erwerbstätig waren (88%), erreichten die Mütter den Höchstwert erst im Alter von 45 Jahren (74%). Nach der aktiven Familienphase nähern sich die Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne und mit Kindern einander an. Für Frauen im Alter von 50 Jahren und mehr sind sie dann – unabhängig von eventuell im Haushalt lebenden Kindern – weitgehend deckungsgleich.

Anders als bei den Frauen liegen die altersabhängigen Erwerbstätigenquoten der Väter durchgängig über den Quoten der Männer ohne Kinder im Haushalt (vgl. Schaubild 23). Beide Quoten wachsen mit zunehmendem Alter rasch an, so dass sie für die Gruppe der 21- bis 30-jährigen Männer jeweils über 80% liegen. Am häufigsten erwerbstätig sind bei den Männern ohne Kinder im Haushalt die 31-jährigen (87%), bei den Vätern die 36-jährigen (93%). Bis zum Alter von Mitte 50 Jahren verbleiben die Erwerbstätigenquoten durchgängig auf hohem Niveau, um dann rasch abzufallen. Die Unterschiede zwischen Vätern und Männern ohne Kinder sind u.a. auf die unterschiedliche Altersstruktur zurückzuführen. So zählen zu den Männern ohne Kinder überdurchschnittlich viele junge Auszubildende, Schüler und Studenten, die (noch) keine Kinder haben sowie überdurchschnittlich viele ältere Männer im Ruhestand, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Dennoch sind die Unterschiede in den Erwerbsverläufen der Männer ohne Kinder und der Väter mit Kindern im Haushalt wesentlich schwächer ausgebildet als bei den Frauen.

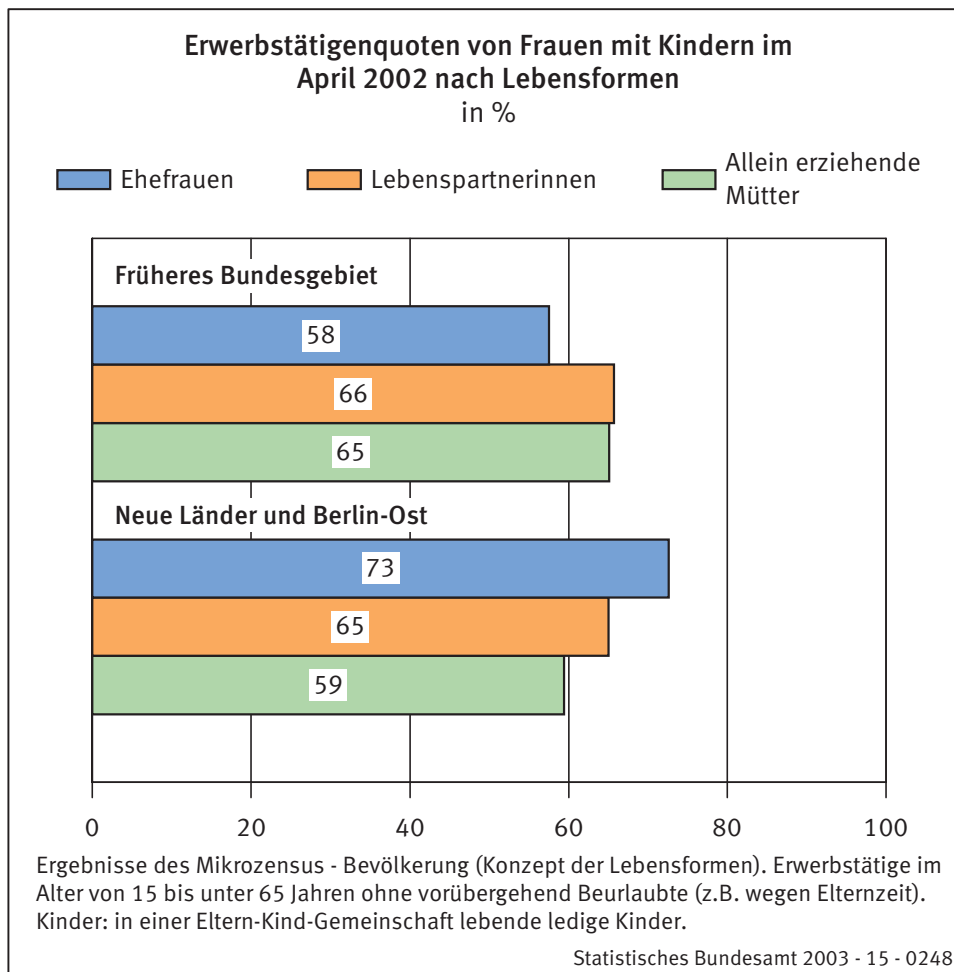
Schaubild 23



Besonders deutlich sind nach wie vor die Unterschiede im Erwerbsverhalten west- und ostdeutscher Mütter. So war die Erwerbstätigenquote der ostdeutschen 15- bis unter 65-jährigen verheirateten Mütter im April 2002 mit 73% am höchsten und übertraf damit den westdeutschen Vergleichswert um 15 Prozentpunkte. In beiden Teilen Deutschlands nahezu gleichauf lagen die Erwerbstätigenquoten der Lebenspartnerinnen, in Ostdeutschland bei 65% und in Westdeutschland bei 66%. Die westdeutsche Quote der allein erziehenden Mütter bewegte sich mit 65% ebenfalls auf diesem Niveau, sechs Prozentpunkte über der Erwerbstätigenquote ostdeutscher allein erziehender Mütter von 59% (vgl. Schaubild 24).

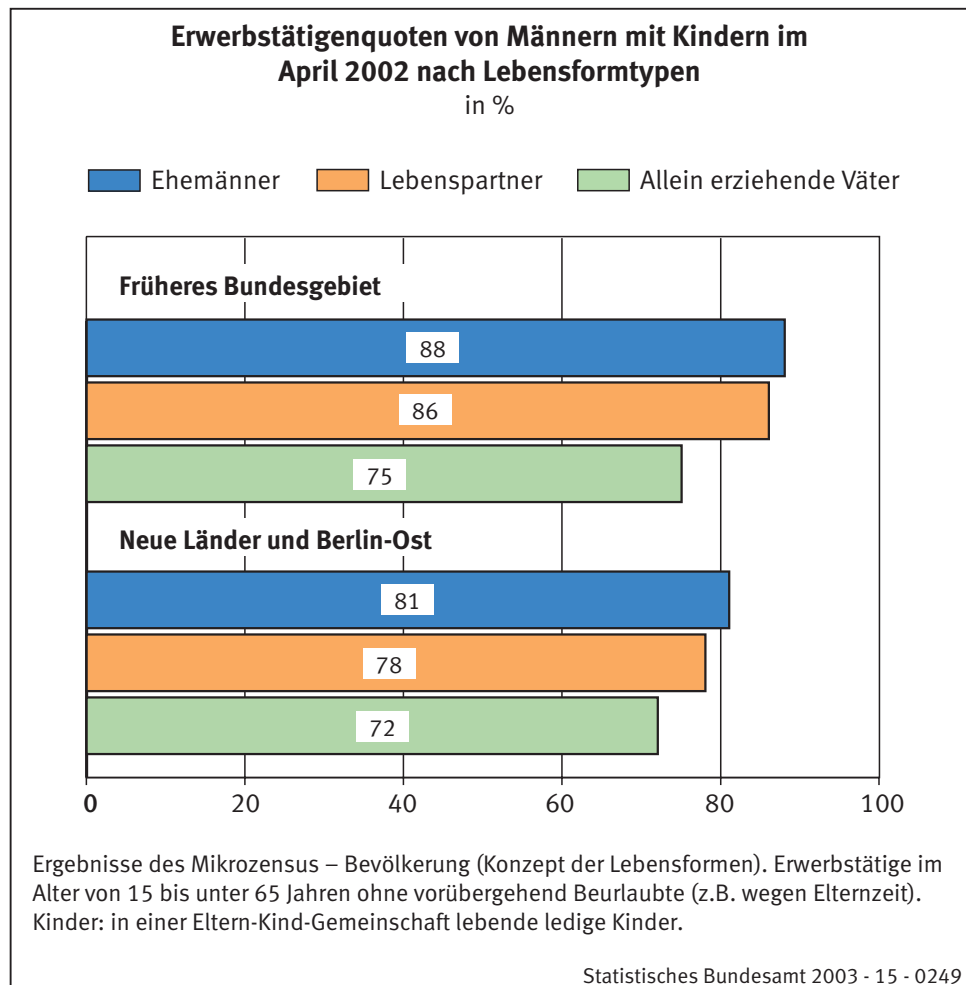
Erwerbsverhalten der Mütter und Väter hängt von ihrer Lebensform ab.

Schaubild 24



Bei den Vätern sind die Unterschiede in der aktiven Erwerbsbeteiligung weniger deutlich: Während die verheirateten Mütter im Osten häufiger erwerbstätig sind als im Westen, ist das Verhältnis bei den Vätern umgekehrt. Die höchste Erwerbstätigenquote realisierten im April 2002 mit 88% die westdeutschen verheirateten Väter. Damit lag sie sieben Prozentpunkte über der Quote ostdeutscher Ehemänner. Die geringsten Werte verzeichneten die allein erziehenden Väter mit 72% in Ost- und 75% in Westdeutschland. Zwischen den verheirateten und den allein erziehenden Vätern bewegen sich die Erwerbstätigenquoten der Väter, die eine Lebensgemeinschaft führen. Im früheren Bundesgebiet lag sie im April 2002 bei 86%, in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei 78% (vgl. Schaubild 25).

Schaubild 25



Anstieg in der Erwerbsbeteiligung westdeutscher Mütter.

Obwohl die Erwerbstätigenquote der westdeutschen verheirateten Mütter im April 2002 am geringsten war, ist sie seit 1996 am kräftigsten gestiegen. Während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost nahezu unverändert blieb, legte sie im früheren Bundesgebiet um acht Prozentpunkte zu. Auch die Partnerinnen von Lebensgemeinschaften mit Kindern gingen gegenüber 1996 verstärkt einer Berufstätigkeit nach. Im früheren Bundesgebiet wuchs ihre Erwerbstätigenquote um vier, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um drei Prozentpunkte. Bei den allein erziehenden Müttern verlief die Entwicklung in gegensätzlicher Richtung. Einem Zuwachs in der Erwerbstätigenquote um fünf Prozentpunkte im Westen stand ein Rückgang um zwei Prozentpunkte im Osten gegenüber (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Erwerbstätige – nach Lebensformtypen

Lebensformtypen	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	insgesamt	Erwerbs-tätigen- quote ¹⁾	insgesamt	Erwerbs-tätigen- quote ¹⁾
	1 000	%	1 000	%
April 1996				
männlich				
Zusammen	8 610	86,6	2 198	84,9
Ehemänner	8 089	87,1	1 921	85,7
Lebenspartner	283	84,1	224	82,1
Allein erziehende Väter	238	71,8	53	66,0
weiblich				
Zusammen	9 746	51,1	2 564	69,5
Ehefrauen	8 250	49,5	1 936	72,2
Lebenspartnerinnen	282	62,1	225	62,2
Allein erziehende Mütter	1 214	59,5	403	61,0
April 2002				
männlich				
Zusammen	8 296	87,5	1 865	80,5
Ehemänner	7 611	88,0	1 533	81,3
Lebenspartner	429	85,5	272	78,3
Allein erziehende Väter	256	75,4	60	71,7
weiblich				
Zusammen	9 548	59,0	2 241	69,2
Ehefrauen	7 765	57,5	1 553	72,6
Lebenspartnerinnen	432	65,7	274	65,0
Allein erziehende Mütter	1 351	65,1	414	59,4

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

1) Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

Während die Mütter im Vergleich zu 1996, trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation, nahezu ausschließlich steigende Erwerbstätigenquoten aufweisen, zeigen sich bei den Vätern auch klare Rückgänge. So gingen die Erwerbstätigenquoten der ostdeutschen Ehemänner und Lebenspartner mit Kindern um fünf bzw. vier Prozentpunkte zurück. Dagegen waren die Veränderungen in Westdeutschland nur gering. Profitieren konnte vor allem die (relativ kleine) Gruppe allein erziehender Väter; im früheren Bundesgebiet erhöhte sich ihre Erwerbstätigenquote um drei, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um sechs Prozentpunkte.

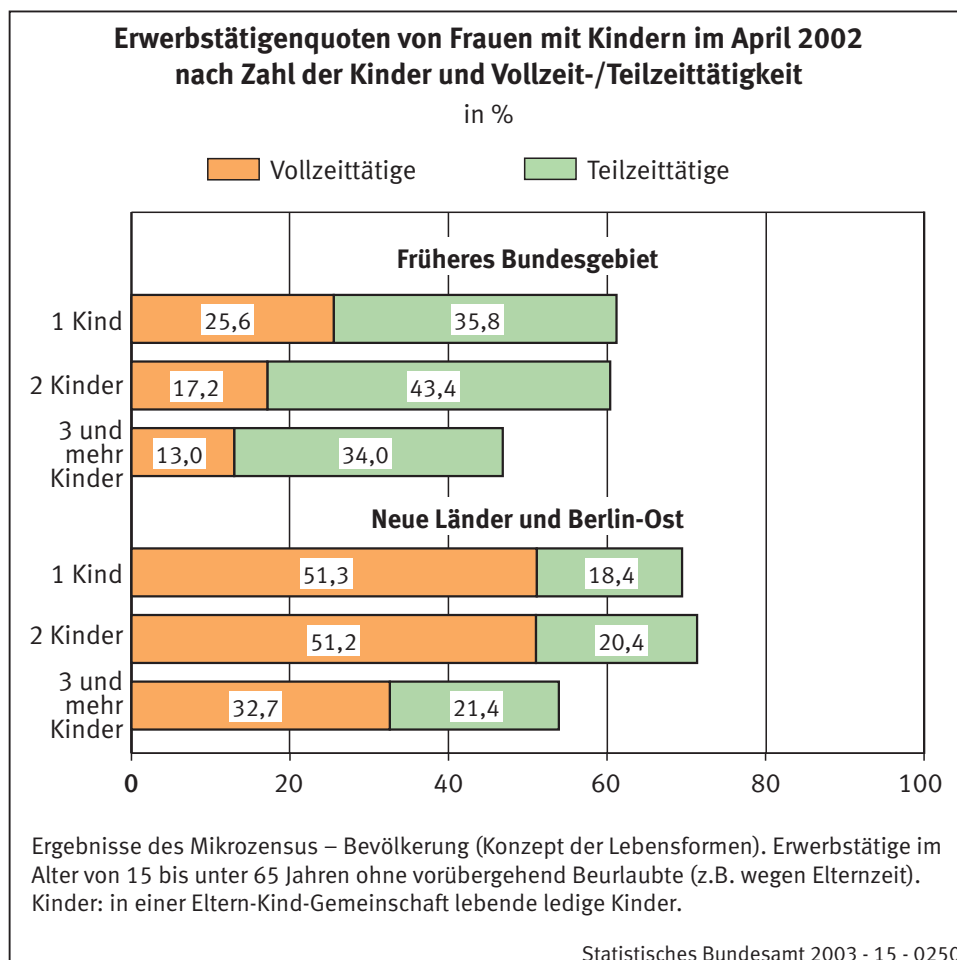
Sind Kinder zu betreuen, so schränken insbesondere westdeutsche Mütter die Erwerbstätigkeit zeitlich ein. Gemeinsam ist beiden Teilen Deutschlands ein Rückgang des Anteils vollzeittätiger zu Gunsten teilzeittätiger Mütter. Nichtsdestotrotz sind die Erwerbsmuster der ost- und westdeutschen Mütter nach wie vor sehr unterschiedlich. So betrug die Teilzeitquote – der Anteil der sich bei der Befragung selbst als aktiv erwerbstätig einstufoenden Mütter an allen erwerbs- und nichterwerbstätigen Müttern – im April 2002 in Westdeutschland rund zwei Fünftel (39%). In Ost-

Jede zweite ostdeutsche und jede fünfte westdeutsche Mutter arbeitet Vollzeit.

deutschland erreichte sie mit rund einem Fünftel (19%) nur die Hälfte. Gleichzeitig lag die Vollzeitquote der ostdeutschen Mütter mit 50% auf 2,5-fachem Niveau der Vollzeitquote westdeutscher Mütter (20%).

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – variiert deutlich mit der Kinderzahl. Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter aktiv erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind im Haushalt gibt ein beträchtlicher Teil der Mütter den Beruf (zumindest vorübergehend) auf. Waren im früheren Bundesgebiet im April 2002 61% der Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig, gingen nur noch 47% der Mütter mit drei und mehr Kindern ihrem Beruf nach. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 72% der Mütter mit zwei Kindern und nur noch 54% der Mütter mit drei und mehr Kindern aktiv erwerbstätig. Dieser Rückgang betrifft vor allem vollzeittätige Mütter. Während die Vollzeitquote in Westdeutschland schrittweise mit jedem weiteren Kind abnimmt, geht sie bei ostdeutschen Müttern erst mit dem dritten Kind deutlich zurück. Dennoch sind ostdeutsche Mütter mit drei und mehr Kindern mit 33% mehr als doppelt so häufig vollzeittätig wie westdeutsche Mütter (13%) (vgl. Schaubild 26).

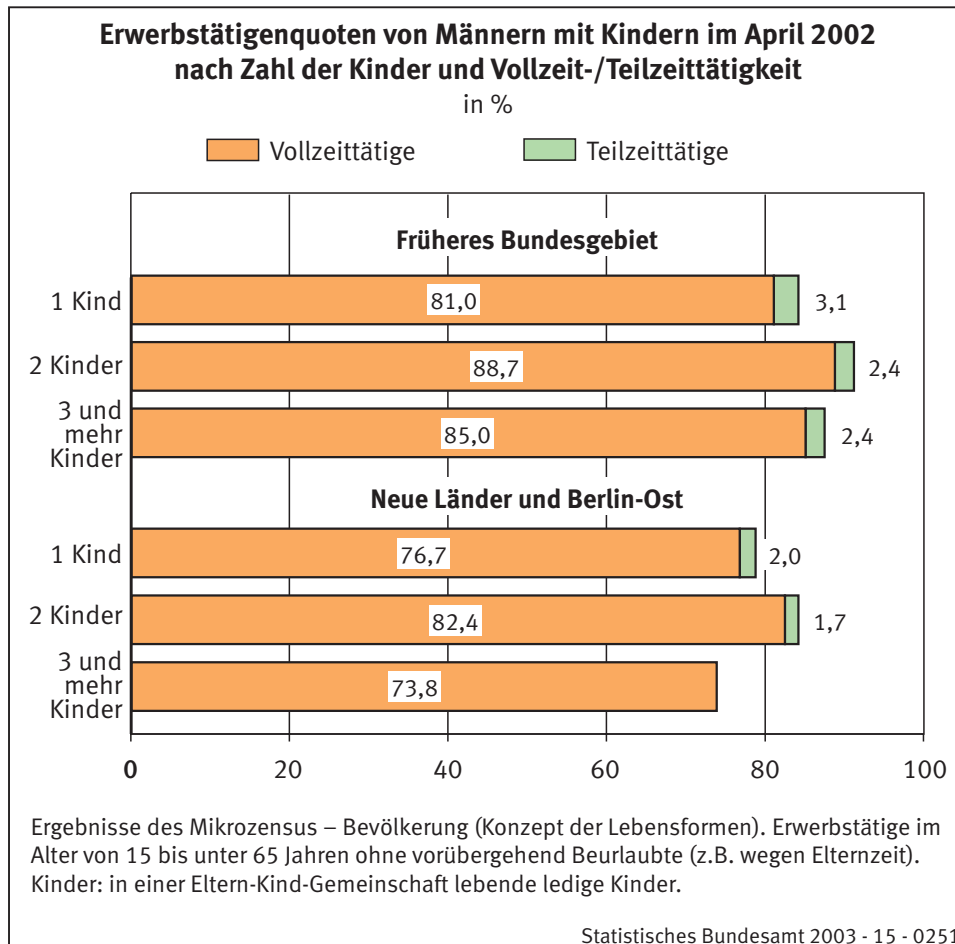
Schaubild 26



Trotz eines leichten Anstiegs bei den Vätern ist die Teilzeitbeschäftigung nach wie vor eine Domäne von Frauen, speziell von (westdeutschen) Müttern. Während die Vollzeitquote der Väter mit 84% im April 2002 vergleichsweise hoch war, lag deren Teilzeitquote bei nur 3%. Im Gegensatz zu Müttern variiert die Erwerbsbeteiligung von Vätern – ob als Voll- oder Teilzeittätigkeit ausgeübt – nur moderat mit der Kinderzahl. Gleichwohl gab es im April 2002 mit rund 260 000 teilzeittätigen Vätern

gut 70 000 mehr als im April 1996. Dennoch lag die Teilzeitquote der Mütter im April 2002 mit 35% mehr als elf Mal so hoch wie die Teilzeitquote der Väter (3%) (vgl. Schaubild 27).

Schaubild 27



Deutschlandweit ist bei den Müttern seit 1996 eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote von sechs Prozentpunkten auf 61% zu beobachten. Zurückzuführen ist dieser Anstieg nahezu ausschließlich auf ein Wachstum der Teilzeitbeschäftigung. Je nach Kinderzahl erhöhte sich die Teilzeitquote in Westdeutschland seit 1996 um sieben bis zehn Prozentpunkte und in Ostdeutschland um fünf bis sieben Prozentpunkte. Vor allem in Ostdeutschland wurde dieser Anstieg durch einen Rückgang der Vollzeitquote wieder aufgehoben. Je mehr Kinder die ostdeutschen Mütter zu versorgen hatten, desto stärker fiel die Abnahme in der Vollzeitquote aus. Betrug sie bei ostdeutschen Müttern mit einem Kind zwischen 1996 und 2002 noch fünf Prozentpunkte, so lag sie bei Müttern mit zwei Kindern bereits bei sieben und bei Müttern mit drei und mehr Kindern bei acht Prozentpunkten. Anders in Westdeutschland: Dort zeigte sich im gleichen Zeitraum lediglich bei Müttern mit zwei sowie mit drei und mehr Kindern jeweils ein Rückgang von zwei bzw. einem Prozentpunkt. Bei westdeutschen Müttern mit einem Kind stieg die Vollzeitquote im gleichen Zeitraum sogar um einen Prozentpunkt an (vgl. Tabelle 7).

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin mehr teilzeittätige Mütter.

Tabelle 7: Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – nach Zahl der Kinder

Zahl der Kinder	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Vollzeitquote ^{1), 3)}	Teilzeitquote ^{2), 3)}	insgesamt	Vollzeitquote ^{1), 3)}	Teilzeitquote ^{2), 3)}
	1 000	%		1 000	%	
April 1996						
männlich						
Zusammen	8 610	84,7	1,9	2 198	83,8	1,2
mit 1 Kind	3 866	80,9	2,1	1 109	80,5	1,3
mit 2 Kindern	3 459	89,0	1,7	898	88,0	1,0
mit 3 Kindern und mehr	1 285	84,7	1,9	191	83,2	/
weiblich						
Zusammen	9 746	21,0	30,1	2 564	55,3	14,3
mit 1 Kind	4 607	24,9	28,6	1 350	55,6	13,3
mit 2 Kindern	3 766	18,6	33,6	996	58,1	15,6
mit 3 Kindern und mehr	1 373	14,3	25,6	218	40,8	14,7
April 2002						
männlich						
Zusammen	8 296	84,8	2,7	1 865	78,6	2,0
mit 1 Kind	3 579	81,0	3,1	1 028	76,7	2,0
mit 2 Kindern	3 442	88,7	2,4	692	82,4	1,7
mit 3 Kindern und mehr	1 275	85,0	2,4	145	73,8	/
weiblich						
Zusammen	9 548	20,4	38,6	2 241	49,8	19,4
mit 1 Kind	4 372	25,6	35,8	1 282	51,3	18,4
mit 2 Kindern	3 793	17,2	43,4	791	51,2	20,4
mit 3 Kindern und mehr	1 383	13,0	34,0	168	32,7	21,4

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

1) Prozentualer Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

2) Prozentualer Anteil der Teilzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

3) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

Im Vergleich zu 1996 macht sich bei den ostdeutschen Vätern die generell rückläufige aktive Erwerbsbeteiligung bemerkbar. Mit steigender Kinderzahl geht dabei insbesondere die Vollzeitquote zurück. Seit 1996 hat die Vollzeitquote der ostdeutschen Väter mit einem Kind um vier Prozentpunkte, mit zwei Kindern bereits um sechs Prozentpunkte und mit drei oder mehr Kindern um neun Prozentpunkte eingebüßt. Im früheren Bundesgebiet sind die Vollzeitquoten der Väter dagegen stabil geblieben; bei den teilzeittätigen Vätern ist sogar ein leichter Zuwachs von einem Prozentpunkt zu verbuchen.

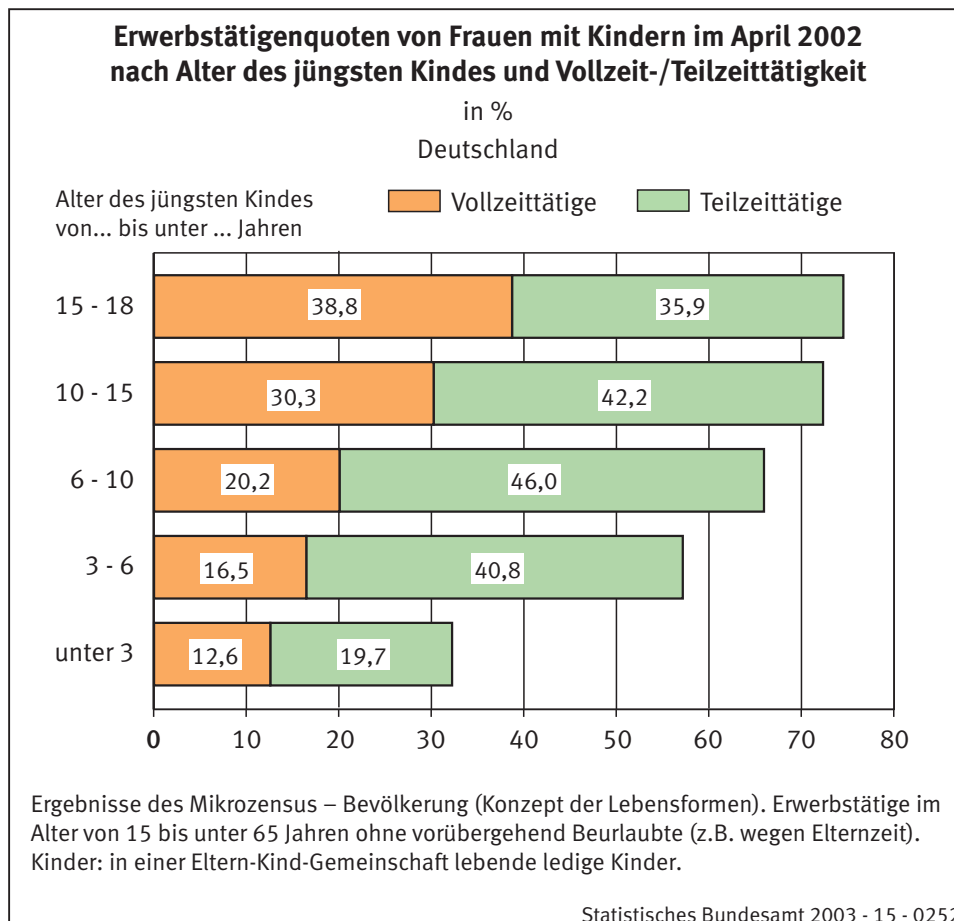
Mit einer Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter den Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das aktive Erwerbsleben zurück. Ist das jüngste minderjährige Kind im Haushalt im Krippenalter (jünger als drei Jahre), so war im April 2002 in Deutschland nur knapp ein Drittel (32%) der Mütter aktiv erwerbstätig. Gleichzeitig lag der

Je älter die Kinder, desto häufiger sind Mütter erwerbstätig, bei Vätern bleibt das Erwerbsverhalten mit Heranwachsen der Kinder unverändert hoch.

Anteil vorübergehend Beurlaubter (z.B. wegen Elternzeit) unter den Müttern bei 18%. Mit dem Heranwachsen des jüngsten Kindes nimmt auch die aktive Erwerbstätigkeit wieder zu und der Anteil vorübergehend Beurlaubter ab. Die höchste Erwerbstätigenquote von 75% erreichten Mütter, deren Kinder bereits zwischen 15 und 18 Jahre alt sind. Zugleich ist der Anteil vorübergehend Beurlaubter unter diesen Müttern so gering, dass er unter der Nachweisgrenze von 5 000 Personen liegt (vgl. Schaubild 28).

Erreichen die Kinder das Kindergartenalter (zwischen drei und sechs Jahre), so entscheiden sich besonders viele erwerbstätige Mütter für eine Teilzeittätigkeit. War im April 2002 das jüngste Kind im Haushalt im Krippenalter, so war nur ein Fünftel (20%) der Mütter teilzeittätig. Im Vergleich dazu lag die Teilzeitquote von Müttern mit Kindern im Kindergartenalter (von drei bis unter sechs Jahre) doppelt so hoch (41%). Bei Müttern mit Kindern im Grundschulalter (von sechs bis unter zehn Jahre) lag die Teilzeitquote noch einmal fünf Prozentpunkte darüber bei 46%. Für Mütter mit älteren Kindern, ging die Teilzeitquote wieder zurück. Für die Altersklassen der 10- bis unter 15-jährigen Kinder lag sie im April 2002 bei 42% und für 15- bis unter 18-jährige Kinder bei 36%.

Schaubild 28



Bei den Vätern ist die aktive Beteiligung am Erwerbsleben vom Heranwachsen des jüngsten minderjährigen Kindes dagegen weitestgehend unabhängig. Die Erwerbstätigenquote von Vätern verblieb im April 2002 – auch mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes – relativ unverändert auf hohem Niveau zwischen 87% und 91%. Dabei übt auch in dieser Betrachtung nur eine Minderheit der Väter eine Teilzeittätigkeit aus. Die Teilzeitquote der Väter lag – je nach Alter des jüngsten minderjährigen Kindes im Haushalt – im April 2002 durchgängig bei 2 % bis 3% (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8: Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern im April 2002 nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Alter des jüngsten Kindes
Deutschland

Alter des jüngsten ledigen Kindes (von ... bis unter ... Jahren)	Zusammen	Darunter:	
		Vollzeit Erwerbstätige ^{1), 2)}	Teilzeit Erwerbstätige ^{1), 2)}
		1 000	
Zusammen	7 818	6 769	201
unter 3	1 843	1 579	50
3 – 6	1 362	1 192	39
6 – 10	1 451	1 277	39
10 – 15	2 017	1 756	46
15 – 18	1 145	965	27

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

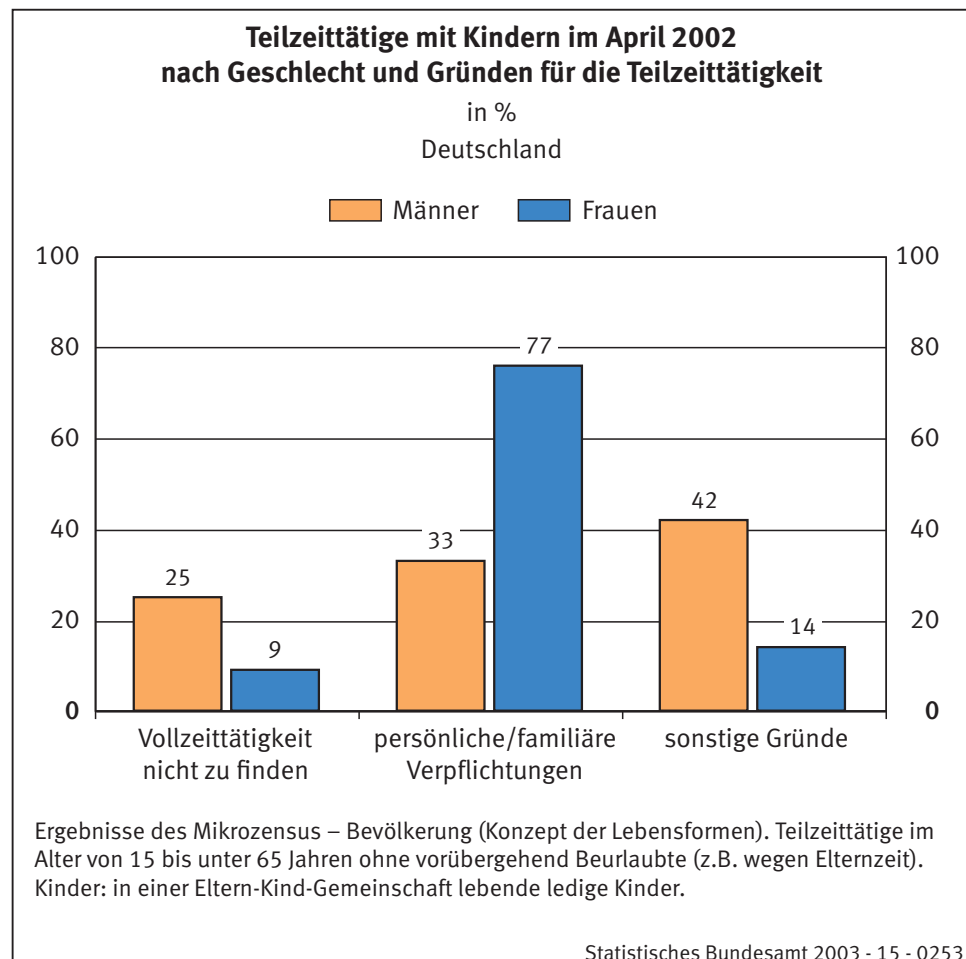
1) Erwerbstätige ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit).

2) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

Gut drei Viertel der Mütter und ein Drittel der Väter aus persönlichen bzw. familiären Gründen teilzeittätig.

Entsprechend unterschiedlich fallen bei Müttern und Vätern die Motive für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit aus. Auf Grund persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen schränkten im April 2002 gut drei Viertel (77%) der teilzeittätigen Mütter mit Kindern im Haushalt den Beschäftigungsumfang ein. Bei den Vätern spielt dieses Motiv eine eher untergeordnete Rolle. Ein Drittel (33%) der teilzeittätigen Väter führte im

Schaubild 29

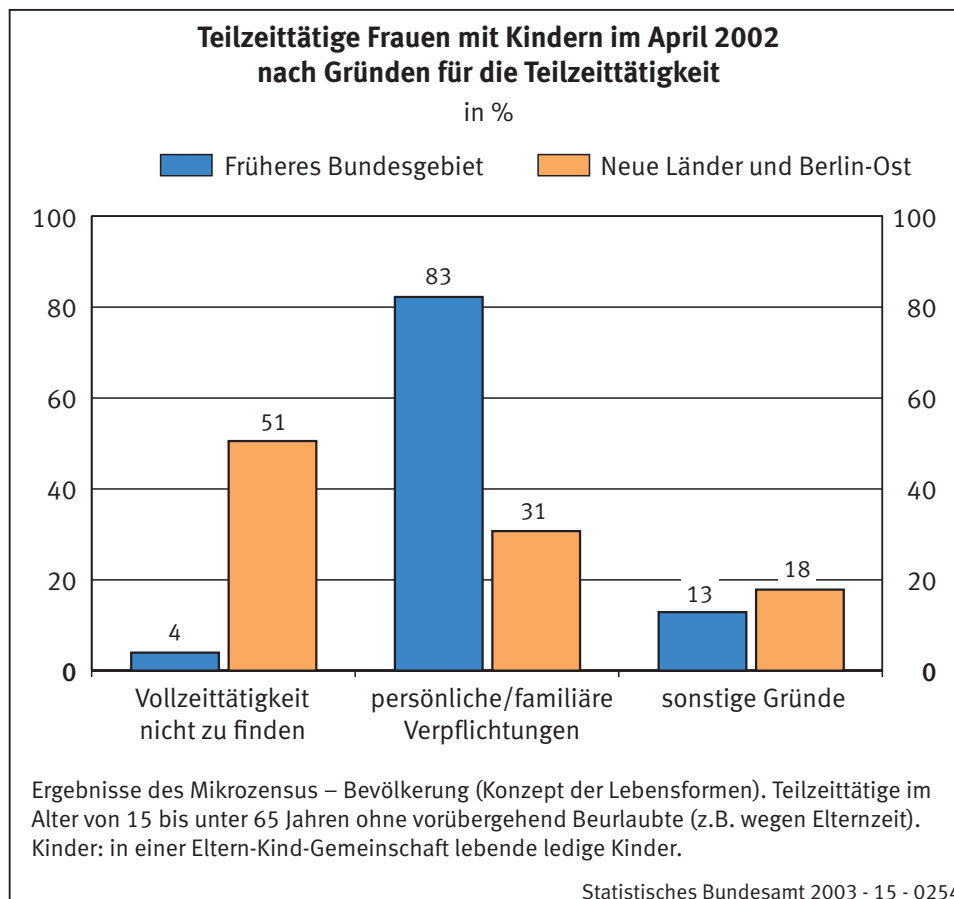


Jahr 2002 als Grund für die Teilzeitbeschäftigung persönliche bzw. familiäre Gründe an, ein Viertel (25%) schränkte den Beschäftigungsumfang notgedrungen ein, weil eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden war und mehr als zwei Fünftel (42%) gaben andere Gründe, z.B. Krankheit oder Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, an (vgl. Schaubild 29).

Ein weiteres Indiz auf die angespannte Arbeitsmarktsituation im Osten – unter Vätern wie Müttern – liefert ein Ost-West-Vergleich zu den Gründen für eine Teilzeittätigkeit. Hier geben noch weniger ostdeutsche Mütter als Väter an, die Teilzeitbeschäftigung auf Grund persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen auszuüben; der Hauptgrund für die Einschränkung des Beschäftigungsumfangs liegt vielmehr in einem Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen. Jede zweite teilzeittätige ostdeutsche Mutter (51%) gab im April 2002 an, keine Vollzeitstelle zu finden. In Westdeutschland war davon lediglich jede 25. teilzeittätige Mutter (4%) betroffen. Fast jede dritte ostdeutsche (31%) und fünf von sechs westdeutschen teilzeittätigen Müttern (83%) schränkten den Beschäftigungsumfang wegen persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen ein. Sonstige Gründe gaben im April 2002 jede achte westdeutsche (13%) und knapp jede fünfte ostdeutsche Mutter (18%) an (vgl. Schaubild 30).

Teilzeittätigkeit bei westdeutschen Müttern überwiegend aus familiären Gründen, bei ostdeutschen Müttern überwiegend aus Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen.

Schaubild 30

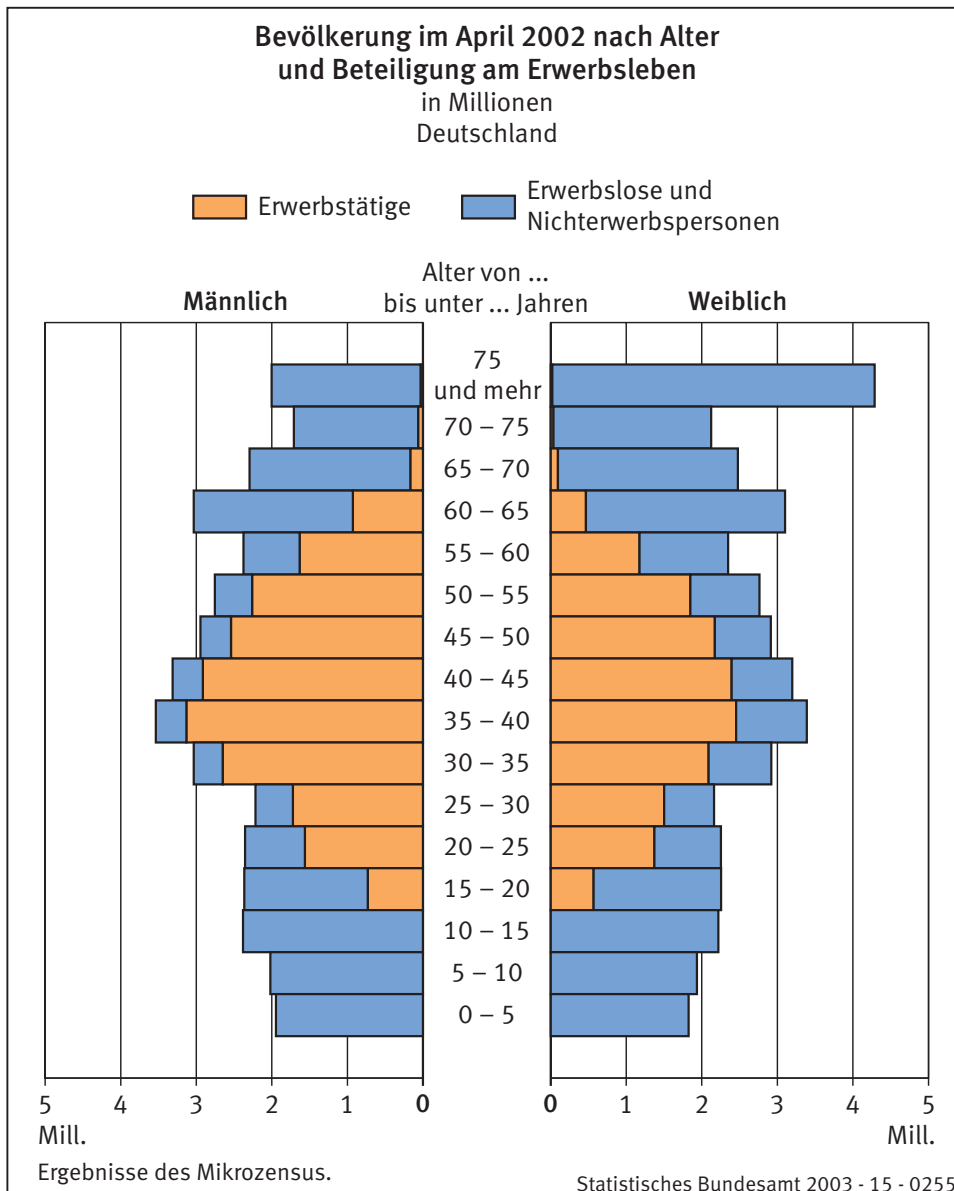


6. Erwerbstätige und Wandel der Erwerbsformen

Im April 2002 zählten in Deutschland 83,6 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung, davon lebten 1,1 Mill. Menschen am Ort der Nebenwohnung und 82,5 Mill. Menschen am Hauptwohnsitz (im folgenden kurz „Bevölkerung“ genannt). Unter der letztgenannten Bevölkerungsgruppe gab es 36,5 Mill. Erwerbstätige, von denen 10,9 Mill. – fast ein Drittel (30%) – den geburtenstarken Jahrgängen der zum Zeitpunkt der Erhebung 35- bis unter 45-Jährigen angehörten. Überproportional stark vertreten waren auch die Altersgruppen der 30- bis unter 35-Jährigen und der 45- bis unter 50-Jährigen mit jeweils 4,7 Mill. Erwerbstätigen. Damit zählte die Mehrheit der Erwerbstätigen (20,4 Mill. bzw. 56%) im April 2002 zu den mittleren Altersgruppen der 30- bis unter 50-Jährigen. Aus diesem Altersaufbau resultiert eine Alterspyramide, die eine auch für die Gesamtbevölkerung typische urnenförmige Gestalt aufweist (vgl. Schaubild 31).

Erwerbstätige immer älter.

Schaubild 31



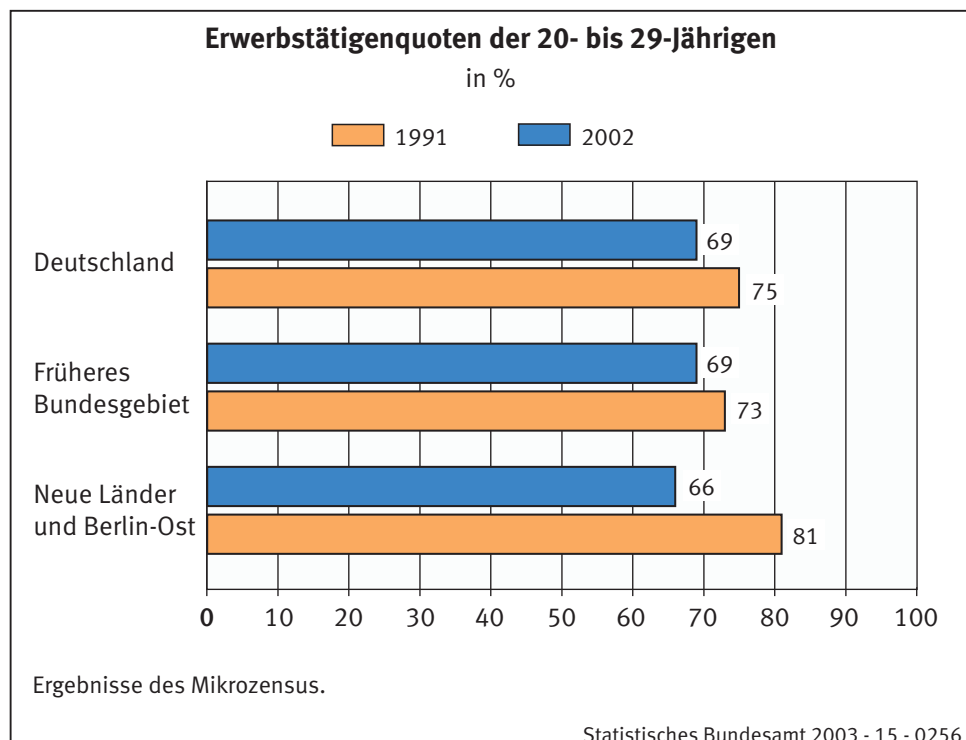
Seit Anfang der 1990er Jahre ist das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen in Deutschland um fast zwei Jahre angestiegen, und zwar von 38,3 Jahren im April 1991 auf 40,1 Jahre im April 2002. Grund dafür ist der sinkende Anteil jüngerer Erwerbstätiger: 1991 waren noch 30% aller Erwerbstätigen jünger als 30 Jahre; im April 2002 lag nur ein Fünftel (20%) der Erwerbstätigen unterhalb dieser Altersgrenze. Geringen Einfluss auf das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen hatten hingegen die 50- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen hat sich seit 1991 trotz zunehmender Alterung der Gesellschaft kaum verändert (1991: 22%, 2002: 23%). Dafür sind zwei Faktoren verantwortlich: der allgemeine Trend zu Frühverrentungen bzw. -pensionierungen und die gestiegene Erwerbslosigkeit unter den älteren Menschen (vgl. Abschnitt 7).

Die in den Abschnitten 6 und 7 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Individualebene ohne Bezug zum Haushalts- und Lebensformkontext basieren auf der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung, im Nachfolgenden kurz "Bevölkerung" genannt. Dazu gehören alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort der Hauptwohnung. Dieser Bevölkerungsbegriff, der sich an § 12 des Melderechtsrahmengesetzes orientiert, berücksichtigt nicht die Personen am Ort der Nebenwohnung, bezieht jedoch die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften ein. Seine Anwendung gewährleistet, dass bei Auswertungen zu Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen (Erwerbslose und Nichterwerbspersonen) einerseits Mehrfachzählungen vermieden und andererseits alle Bevölkerungsgruppen erfasst werden.

**Späterer Eintritt
in das Berufsleben.**

Die Verschiebung der Altersstruktur zu Ungunsten der jüngeren Erwerbstätigen ist nicht nur eine Folge des demographischen Wandels, sondern auch des verzögerten Eintritts junger Erwachsener in das Berufsleben. Ein Indikator dafür ist die – als prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der entsprechenden Bevölkerungsgruppe definierte – Erwerbstätigenquote, die bei den 20- bis 29-Jährigen zwischen 1991 und 2002 in Deutschland von 75% auf 69% gesunken ist (vgl. Schaubild 32). Dieser Rückgang beruht in erster Linie auf der Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Hier fiel die Erwerbstätigenquote der 20- bis 29-Jährigen seit 1991 um 15 Prozentpunkte auf 66%; im früheren Bundesgebiet ging sie um vier Prozentpunkte auf 69% zurück.

Schaubild 32

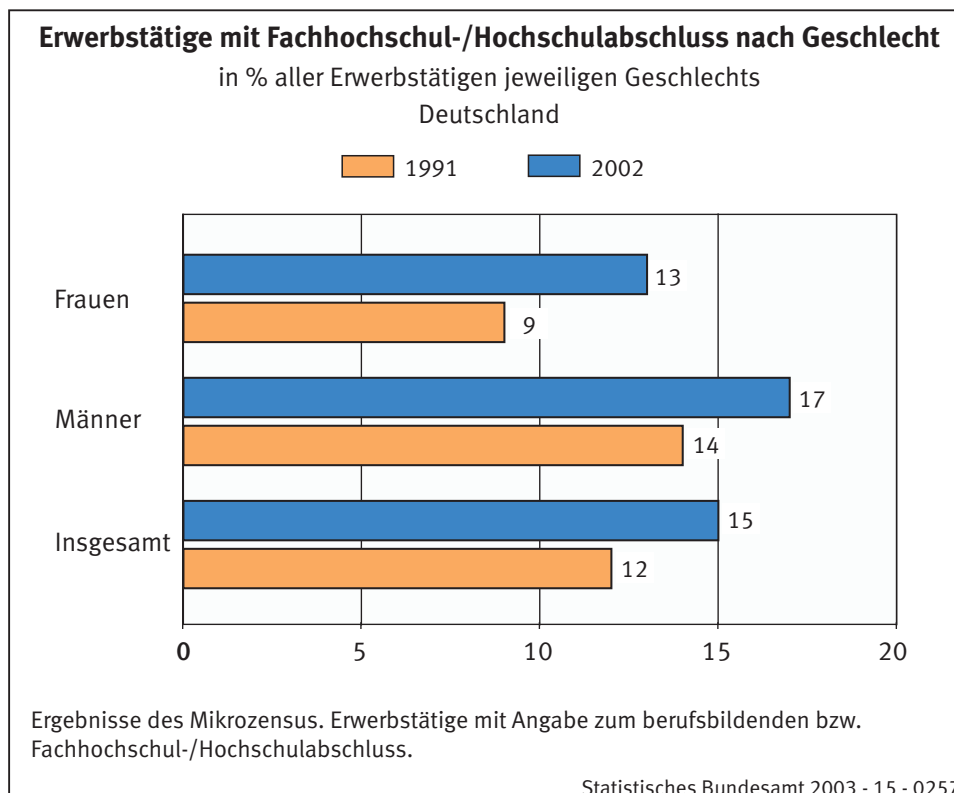


Der Rückzug der jüngeren Generation von der aktiven Teilnahme am Erwerbsleben ist u.a. auf die gestiegene Verweildauer in allgemein bildenden und beruflichen Bildungssystemen zurückzuführen: In den neuen Ländern und Berlin-Ost kletterte in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen der Anteil der Nichterwerbspersonen in schulischer oder universitärer Ausbildung von April 1991 bis April 2002 um fast zehn Prozentpunkte auf 15%. Wesentlich moderater veränderte sich die entsprechende Quote im früheren Bundesgebiet: Ausgehend von einem höheren Niveau stieg sie nur noch leicht um zwei Prozentpunkte auf ebenfalls 15%. Die in diesen Entwicklungen zum Ausdruck kommende Anpassung an das Bildungsverhalten der westdeutschen Altersgenossen ist jedoch nicht der einzige Grund für die stark rückläufige Erwerbstätigenquote der 20- bis 29-Jährigen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Zu berücksichtigen sind auch die tief greifenden Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die zu steigender Erwerbslosigkeit auch unter den jüngeren Menschen führten (vgl. Abschnitt 7).

Die längeren Ausbildungszeiten gehen einher mit einer zunehmenden Akademisierung der Erwerbstätigen. Im April 2002 gaben 5,2 Mill. Erwerbstätige einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss (ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule) an; das waren 15% aller Erwerbstätigen mit Auskunft zum beruflichen Bildungsabschluss. Im April 1991 betrug der entsprechende Anteil nur 12% (vgl. Schaubild 33). Von den erwerbstätigen Männern konnten 17% (1991: 14%), von den erwerbstätigen Frauen 13% (1991: 9%) einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss vorweisen. Ähnlich entwickelte sich der Anteil der erwerbstätigen Akademikerinnen und Akademiker seit 1991 in den beiden Teilgebieten Deutschlands: Einem Anstieg von knapp drei Prozentpunkten auf 15% in Westdeutschland steht ein Zuwachs um vier Prozentpunkte auf ebenfalls 15% in Ostdeutschland gegenüber.

Höherer Anteil akademisch ausgebildeter Erwerbstätiger.

Schaubild 33



Akademikerinnen und Akademiker mit Universitätsabschluss arbeiten besonders häufig auf der Grundlage befristeter Arbeitsverträge: 14% der abhängig beschäftigten Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit Angaben zur Art des Berufsabschlus-

13% aller abhängig Beschäftigten mit befristetem Arbeitsvertrag.

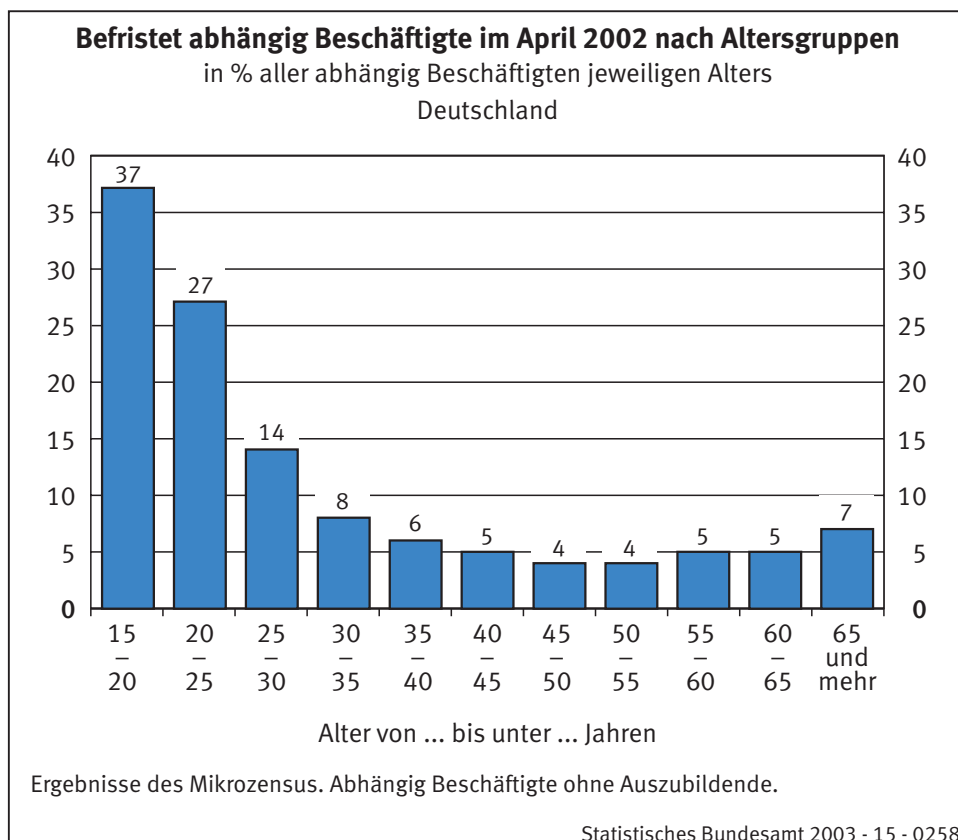
ses standen im Frühjahr 2002 in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Demgegenüber betrug die Befristungsquote aller abhängig Beschäftigten in Deutschland lediglich 13%, d.h. 4,1 Mill. der insgesamt 32,5 Mill. abhängig Beschäftigten hatten im April 2002 einen befristeten Arbeitsvertrag. Dabei lag der Verbreitungsgrad der an einen Zeitvertrag gebundenen Erwerbstätigen in den neuen Ländern und Berlin-Ost (18% der 5,8 Mill. abhängig Beschäftigten) höher als im früheren Bundesgebiet (11% der 26,6 Mill. abhängig Beschäftigten).

Die Ursachen für die Befristung von Arbeitsverträgen sind vielfältiger Natur. 45% der im Frühjahr 2002 abhängig Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen befanden sich in einer Ausbildung, 10% in einer Probezeit. Weitere 10% gaben an, dass eine Dauerstelle nicht zu finden sei. Diesen unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten besonders interessanten Befristungsgrund nannten in Ostdeutschland 18%, in Westdeutschland nur 8% der befristet Beschäftigten.

Mehr als jeder dritte unter 20-Jährige (ohne Auszubildende) mit befristetem Arbeitsvertrag.

Auf Grund des immer schwieriger werdenden Einstiegs in das Beschäftigungssystem gehen vor allem Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger zeitlich begrenzte Arbeitsverträge ein. In der Gruppe der unter 20-Jährigen hatte in Deutschland im April 2002 mehr als jeder Dritte (37%) einen befristeten Arbeitsvertrag. Dabei wurden die Auszubildenden in diese Betrachtung nicht eingeschlossen, da die Ausbildungsverträge stets nur für eine bestimmte Dauer abgeschlossen werden. Bei den 20- bis 24-jährigen belief sich die Befristungsquote auf 27%, bei den 25- bis 29-jährigen auf 14%. Die mit 4% niedrigste Quote wiesen die Altersgruppen der 45- bis 49-jährigen und 50- bis 54-jährigen auf (vgl. Schaubild 34). Über alle Altersjahre hinweg ergab sich unter Ausklammerung der Auszubildenden eine gesamtdeutsche Befristungsquote von 8%, wobei im Westen 7% und im Osten 12% aller abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) einer durch einen befristeten Arbeitsvertrag geregelten Tätigkeit nachgingen.

Schaubild 34



Neben der zeitlich befristeten Beschäftigung trägt auch die Teilzeitbeschäftigung dazu bei, dass das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ (abhängige Vollzeitbeschäftigung von unbefristeter Dauer) in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung verloren hat. Im Frühjahr 2002 stufen 6,9 Mill. abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein, 2,2 Mill. bzw. 46% mehr als 1991. Damit stieg die Teilzeitquote der abhängig Erwerbstätigen – der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten – gegenüber April 1991 um gut sieben Prozentpunkte auf 21%. Die Zahl der abhängig Vollzeitbeschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 14% auf 25,5 Mill. Dadurch erreichte die zur Teilzeitquote spiegelbildliche Vollzeitquote im April 2002 nur noch einen Wert von 79%; im April 1991 betrug sie noch 86%.

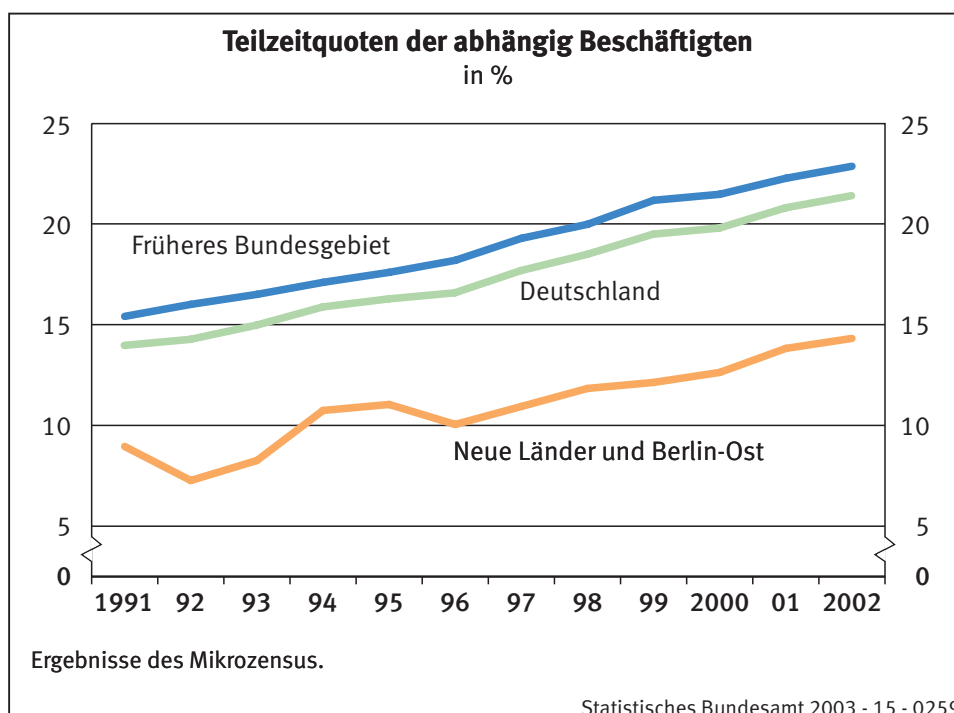
6,9 Mill. abhängig Teilzeitbeschäftigte in Deutschland.

Teilzeitarbeit wird überwiegend von Frauen praktiziert: Bei einer Teilzeitquote von 40% (1991: 30%) stellten sie im April 2002 fast sechs Mill. abhängig Teilzeitbeschäftigte (1991: 4,3 Mill.), das waren 86% aller Teilzeittätigen in abhängiger Beschäftigung. Bei den Männern gewinnt die Teilzeitarbeit jedoch allmählich an Bedeutung: Seit April 1991 stieg ihre Teilzeitquote um drei Prozentpunkte auf gut 5% an; im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihr Anteil an allen abhängig Teilzeitbeschäftigten von 8% auf 14%. Somit gab es im April 2002 rund 960 000 abhängig erwerbstätige Männer, deren Beschäftigungsumfang nach eigenen Angaben nicht dem Vollzeitstandard entsprach.

Im früheren Bundesgebiet ist die abhängige Teilzeitbeschäftigung deutlich stärker verbreitet als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Zwar kletterte die Teilzeitquote in Ostdeutschland von April 1991 bis April 2002 um gut fünf Prozentpunkte auf rund 14%; mit einem Zuwachs von fast acht Prozentpunkten auf 23% im gleichen Zeitraum fiel die Steigerung der Teilzeitquote in Westdeutschland allerdings noch höher aus (vgl. Schaubild 35). Insgesamt gingen im früheren Bundesgebiet 6,1 Mill. abhängig Erwerbstätige im April 2002 einer Teilzeitbeschäftigung nach, dies entspricht einer Zuwachsrate gegenüber 1991 von knapp 50%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ordneten sich im April 2002 830 000 Personen als abhängig Teilzeitbeschäftigte ein, das waren 26% mehr als im April 1991.

Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten seit 1991 im Westen stärker gestiegen als im Osten Deutschlands.

Schaubild 35



**Höchste Teilzeitquoten
abhängig Beschäftigter
in den Branchen des
Dienstleistungssektors.**

Teilzeitarbeit ist als klassische Frauenbeschäftigung in den Branchen konzentriert, in denen erwerbstätige Frauen besonders stark vertreten sind. Im Handel und Gastgewerbe waren im April 2002 über 1,7 Mill., im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) fast 2,5 Mill. abhängig Teilzeitbeschäftigte tätig; das waren 60% aller Teilzeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Die Teilzeitquote betrug im Handel und Gastgewerbe 33%, in den Branchen der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) sogar 34%. Die dritthöchste Teilzeitquote mit 29% verzeichnete der Bereich Grundstückswesen, Vermietung und Dienstleistungen für Unternehmen. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe arbeiteten 19% der abhängig Beschäftigten in Teilzeit, in der öffentlichen Verwaltung waren es 15%, im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung 14%. Am niedrigsten lagen die Quoten abhängiger Teilzeitbeschäftigung im von Männern dominierten Produzierenden Gewerbe, nämlich 10% im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und jeweils 7% in der Energie- und Wasserversorgung und im Baugewerbe.

**Flexible Arbeitszeiten
auf dem Vormarsch:
Wochenend-, Nacht- und
Schichtarbeit.**

Neben der Teilzeit gewinnen Arbeitszeiten an Bedeutung, die an üblicherweise freien Tagen, außerhalb der gängigen Büroarbeitszeiten oder in zeitlich wechselnden Schichten anfallen. Die Rede ist von Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit, auf die Betriebe zunehmend zurückgreifen, um eine Entkoppelung der Betriebs- und Öffnungszeiten von den individuellen Arbeitszeiten zu erreichen.

In der Zeit von Februar bis April 2002 arbeiteten in Deutschland 17,1 Mill. Erwerbstätige ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende, in der Nacht und/oder in Wechselschichten. Damit ist der Anteil der Erwerbstätigen mit solchen für die Gesundheit und die Teilhabe am familiären Leben ungünstigen Arbeitszeiten seit 1991 um fünf Prozentpunkte auf 47% angestiegen. In erster Linie verantwortlich für diesen Zuwachs war der Anpassungsprozess, der sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost vollzog: Hier gaben im Frühjahr 2002 49%, 1991 hingegen nur 36% der Erwerbstätigen an, ständig, regelmäßig oder gelegentlich Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit ausgeübt zu haben. Damit waren 2002 im Osten sogar relativ mehr Erwerbstätige an diese von der klassischen Regelarbeitszeit abweichenden Arbeitszeiten gebunden als im Westen Deutschlands (46%).

**Höchster Verbreitungsgrad
der Wochenend-, Nacht-
und/oder Schichtarbeit im
Handel und Gastgewerbe.**

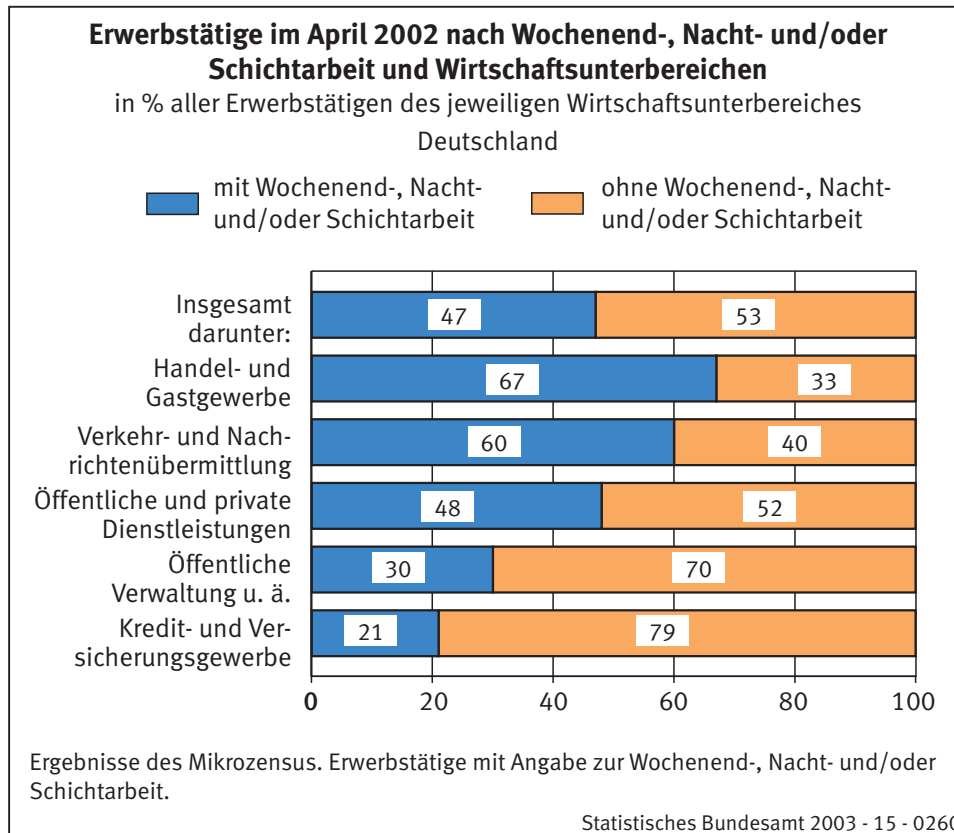
Am weitesten verbreitet war die Arbeit am Wochenende, in der Nacht oder in Wechselschichten im Handel und Gastgewerbe: Zwei von drei Erwerbstätigen (67%) hatten zumindest gelegentlich im Zeitraum Februar bis April 2002 zu diesen nicht mehr als ungewöhnlich zu bezeichnenden Zeiten gearbeitet (vgl. Schaubild 36). Auch in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (60%) sowie öffentliche und private Dienstleistungen (48%, ohne öffentliche Verwaltung) sah sich ein Großteil der Erwerbstätigen wenigstens hin und wieder mit Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit konfrontiert. Der geringste Verbreitungsgrad zeigte sich in der öffentlichen Verwaltung (30%) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (21%). Der Bedarf an Arbeitszeitflexibilisierung wird hier offenbar über andere Instrumente wie z.B. Arbeitszeitkonten gedeckt.

Unter den genannten flexiblen Arbeitszeitformen spielte die Wochenendarbeit die größte Rolle. Beinahe jeder vierte Erwerbstätige (23%) hatte in den Monaten Februar bis April 2002 ständig oder regelmäßig samstags gearbeitet. Gut jeder Zehnte (12%) musste üblicherweise an Sonn- und/oder Feiertagen den Weg zur Arbeit antreten. Jeder fünfte Erwerbstätige gab gelegentlich ausgeübte Samstagarbeit an; gelegentliche Sonn- und/oder Feiertagsarbeit nannten 12% der Erwerbstätigen.

**Zahl der Selbstständigen
ohne Beschäftigte
gegenüber 1991 um ein
Drittel gestiegen.**

Mit einer hohen Arbeitszeitflexibilität verbunden sind in der Regel auch die selbstständigen Erwerbsformen, die in Deutschland seit 1991 an Bedeutung gewonnen haben. Im April 2002 gingen 3,7 Mill. Erwerbstätige einer selbstständigen Berufstätigkeit nach, rund 620 000 bzw. 20% mehr als im April 1991. Der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen – die Selbstständigenquote – stieg im gleichen

Schaubild 36



Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 10%. Auffallend ist die starke Zunahme der Zahl Selbstständiger ohne Beschäftigte von 1,4 Mill. im April 1991 auf 1,9 Mill. im April 2002; dies entspricht einem Zuwachs im genannten Zeitraum um ein Drittel (34%). Eine Erklärung für diesen beachtlichen Anstieg könnte sein, dass sich die Marktchancen von Kleinstunternehmen in bestimmten Bereichen dank moderner und preiswerter Informationstechnologie verbessert haben. Inwieweit in diesen Zahlen auch Selbstständige enthalten sind, die auf Grund ihrer Abhängigkeit von einem Auftraggeber arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer einzuordnen wären („Scheinselbstständigkeit“), lässt sich mit Hilfe des Mikrozensus nicht beantworten.

Die neuen Länder und Berlin-Ost zeichneten sich durch eine nachholende Entwicklung aus: Seit April 1991 stieg hier die Selbstständigenzahl um 59% auf rund 550 000 im April 2002. Die Selbstständigenquote erreichte mit knapp 9% (1991: gut 4%) jedoch noch nicht ganz das westdeutsche Niveau, das im April 2002 bei 10% lag (1991: 9%). Eine besonders dynamische Entwicklung vollzog sich in Ostdeutschland bei den Selbstständigen ohne Beschäftigte. Ihre Zahl stieg gegenüber 1991 um 68% auf 270 000; dagegen fiel der entsprechende Zuwachs in Westdeutschland (um 30% auf 1,6 Mill.) wesentlich moderater aus (vgl. Tabelle 9).

Die Zahl selbstständiger Frauen hat sich in Deutschland zwischen 1991 und 2002 um fast 250 000 bzw. 30% auf 1 Mill. erhöht. Dabei fiel die Zuwachsrate in den neuen Ländern und Berlin-Ost (71%) höher aus als im früheren Bundesgebiet (24%). Deutlich zulegen konnten die Frauen insbesondere bei den Selbstständigen ohne Beschäftigte: Im April 2002 zählten in Deutschland 610 000 Frauen zu diesem Personenkreis, 42% mehr als im April 1991. Damit arbeiteten weit mehr als die Hälfte (60%) der selbstständigen Frauen im April 2002 ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; bei den Männern erreichte dieser Anteil nur eine Größenordnung von 47%.

Immer mehr Frauen werden unternehmerisch tätig – aber ihr Anteil an den Selbstständigen ist weiterhin gering.

Tabelle 9: Selbstständige ohne und mit Beschäftigte(n)

Geschlecht	2002			1991		
	Erwerbs- tätige insgesamt	dar.: Selbstständige		Erwerbs- tätige insgesamt	dar.: Selbstständige	
		ohne Beschäf- tigte	mit Beschäf- tigten		ohne Beschäf- tigte	mit Beschäf- tigten
1 000						
Deutschland						
Männer	20 336	1 247	1 382	21 875	953	1 304
Frauen	16 200	611	415	15 570	430	350
Zusammen	36 536	1 858	1 796	37 445	1 383	1 654
Früheres Bundesgebiet						
Männer	16 880	1 067	1 182	17 719	845	1 162
Frauen	13 252	522	330	11 965	378	304
Zusammen	30 132	1 589	1 513	29 684	1 223	1 466
Neue Länder und Berlin-Ost						
Männer	3 456	180	199	4 156	108	142
Frauen	2 948	89	84	3 605	52	46
Zusammen	6 404	269	284	7 761	160	188

Ergebnisse des Mikrozensus.

Obwohl immer mehr Frauen unternehmerisch tätig wurden, war ihr Anteil an allen Selbstständigen mit 28% im April 2002 weiterhin gering (1991: 26%). Vergleichsweise gering war auch die Selbstständigenquote der Frauen, die mit gut 6% im April 2002 nur etwa halb so hoch ausfiel wie bei den Männern (13%). Die ebenfalls angestiegene Zahl männlicher Selbstständiger (seit 1991 um 16% auf 2,6 Mill.) und die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen haben dafür gesorgt, dass die Frauen bei den Selbstständigen im Frühjahr 2002 nach wie vor unterrepräsentiert waren.

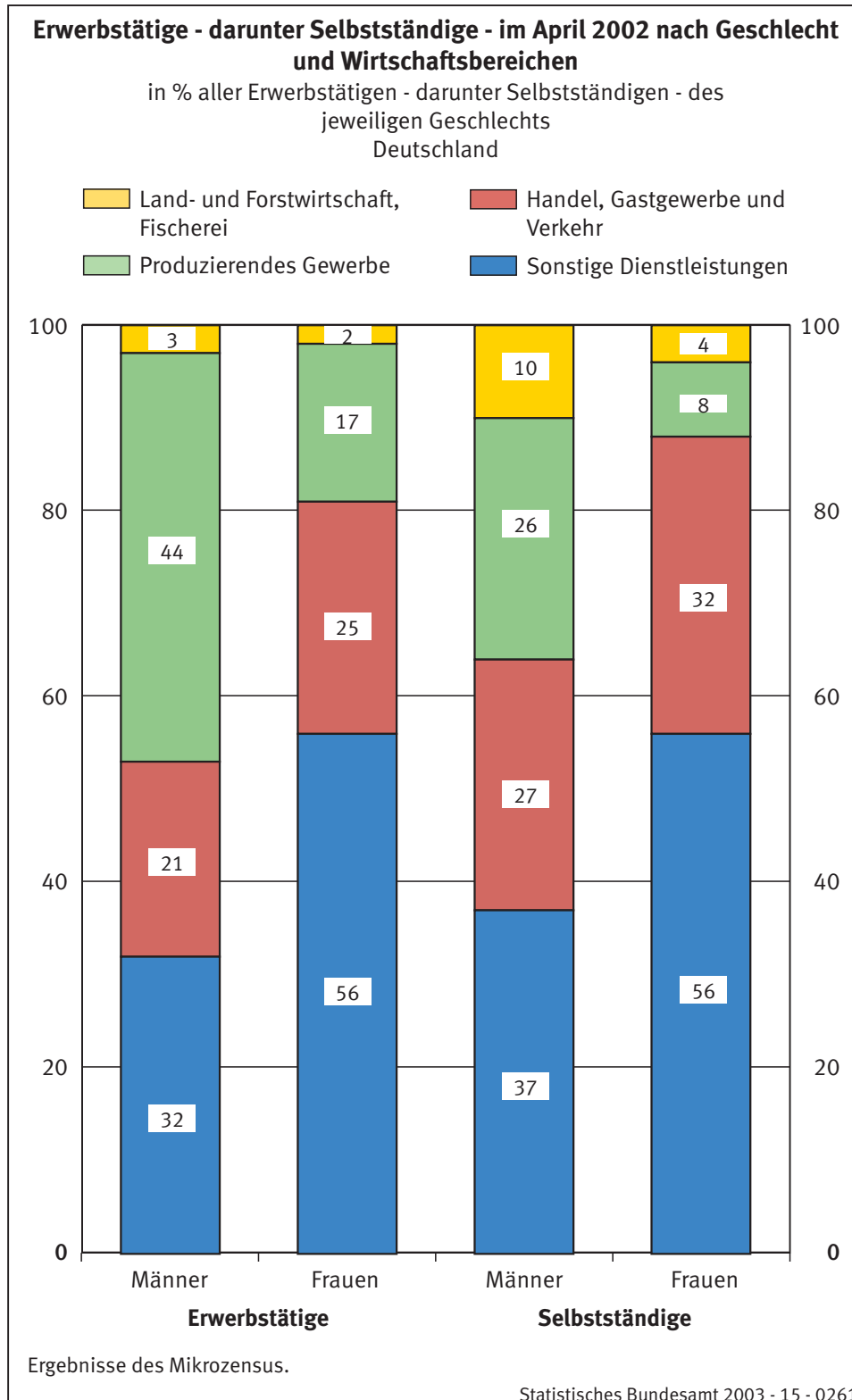
***Selbstständige Frauen
überwiegend im
Dienstleistungssektor.***

Frauen gehen ihrer Selbstständigkeit bevorzugt im Dienstleistungssektor nach: Im April 2002 arbeitete ein Drittel (32%) der weiblichen Selbstständigen im Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Mehr als die Hälfte aller selbstständigen Frauen (56%) übten ihre Tätigkeit im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (u.a. Grundstücks-wesen, Vermietung sowie Dienstleistungen für Unternehmen, Erziehung und Unter-richt, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen) aus. Von geringer Bedeutung waren die übrigen Wirtschaftsbereiche: Im produzierenden Gewerbe entfalteten 8% der selbstständigen Frauen unternehmerische bzw. freiberufliche Aktivitäten, in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei waren es nur 5%. Hier dominierten die selbstständigen Männer, von denen 26% im Produzierenden Gewerbe und 10% in den Branchen des primären Sektors berufstätig waren (vgl. Schaubild 37). Hinsicht-lich der Gründe für die eingeschränkte Branchenwahl ist zu vermuten, dass sich viele selbstständige Frauen in einem Markt niederlassen, den sie bereits auf Grund ihrer vorzugsweise im Dienstleistungssektor angesiedelten „frauentypischen“ Ausbildung bzw. früheren Berufstätigkeit kennen gelernt haben.

Ein Vergleich mit der Verteilung aller erwerbstätigen Frauen nach Wirtschaftsberei-chen zeigt, dass die Selbstständigenquote der Frauen im Handel, Gastgewerbe und Verkehr im April 2002 überdurchschnittlich hoch war. Mit einem Wert von 8% lag sie um zwei Prozentpunkte über der gesamtwirtschaftlichen Selbstständigenquote

der Frauen. Wird nur der Teilbereich Handel und Gastgewerbe betrachtet, so ergibt sich sogar eine Quote von 9%. Damit gehörte in diesem für die unternehmerische Tätigkeit von Frauen besonders bedeutsamen Wirtschaftsunterbereich jeder dritte Selbstständige (34%) dem weiblichen Geschlecht an.

Schaubild 37



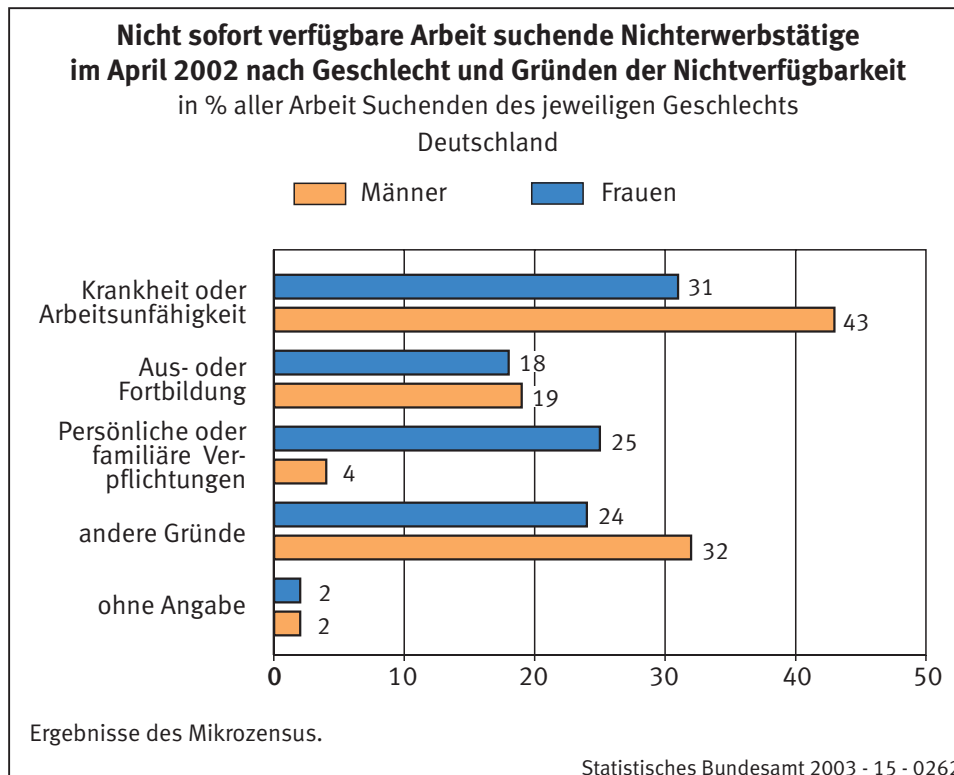
7. Strukturen der Erwerbslosigkeit

Im April 2002 gab es in Deutschland 4,1 Mill. Arbeit suchende Nichterwerbstätige. Davon waren knapp 590 000 oder 14% nicht in der Lage, in den auf die Berichtswoche folgenden 14 Tagen ein eventuell vorliegendes Arbeitsangebot anzunehmen. Mithin bleiben 3,5 Mill. Personen, die nach den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im April 2002 als Erwerbslose einzustufen waren. Davon entfielen 2,1 Mill. auf das frühere Bundesgebiet und 1,4 Mill. auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Als Hinderungsgründe nannten die nicht sofort verfügbaren Arbeit Suchenden insbesondere Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit (37%), Aus- oder Fortbildung (19%) und persönliche oder familiäre Verpflichtungen (14%).

Jeder siebte Arbeit suchende Nichterwerbstätige für den Arbeitsmarkt kurzfristig nicht verfügbar.

Bei der Abgrenzung der Erwerbslosen folgt der Mikrozensus den international geltenden Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Als Erwerbslose gelten danach nicht erwerbstätige Personen, die sich in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche bzw. in der Berichtswoche (Mikrozensus 2002: 22. bis 28. April 2002) aktiv um eine Erwerbsarbeit bemüht haben. Bei enger Verfolgung des ILO-Konzepts müssen Erwerbslose darüber hinaus sofort bzw. innerhalb von zwei Wochen für eine neue Tätigkeit verfügbar sein.

Schaubild 38



Zwischen den Geschlechtern existierten im April 2002 nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes der Nichtverfügbarkeit: 13% der männlichen und 16% der weiblichen Arbeit suchenden Nichterwerbstätigen in Deutschland war es nicht möglich, kurzfristig eine Arbeitsstelle anzutreten. Stark unterschiedlich waren hingegen die Gründe der Nichtverfügbarkeit (vgl. Schaubild 38): Bei einem Viertel der nicht sofort verfügbaren Arbeit suchenden nicht erwerbstätigen Frauen standen persönliche oder familiäre Verpflichtungen einer kurzfristigen Arbeitsaufnahme entgegen; bei den Männern betrug der entsprechende Anteil nur 4%. Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit gaben 43% der kurzfristig nicht verfügbaren Arbeit suchenden nicht erwerbstätigen Männer als Hinderungsgrund für eine sofortige Arbeitsaufnahme an. Demgegenüber antworteten nur ein knappes Drittel (31%) der betroffenen Frauen, dass gesundheitliche Probleme einen Eintritt in den Arbeitsmarkt innerhalb von 14 Tagen verhindern würden.

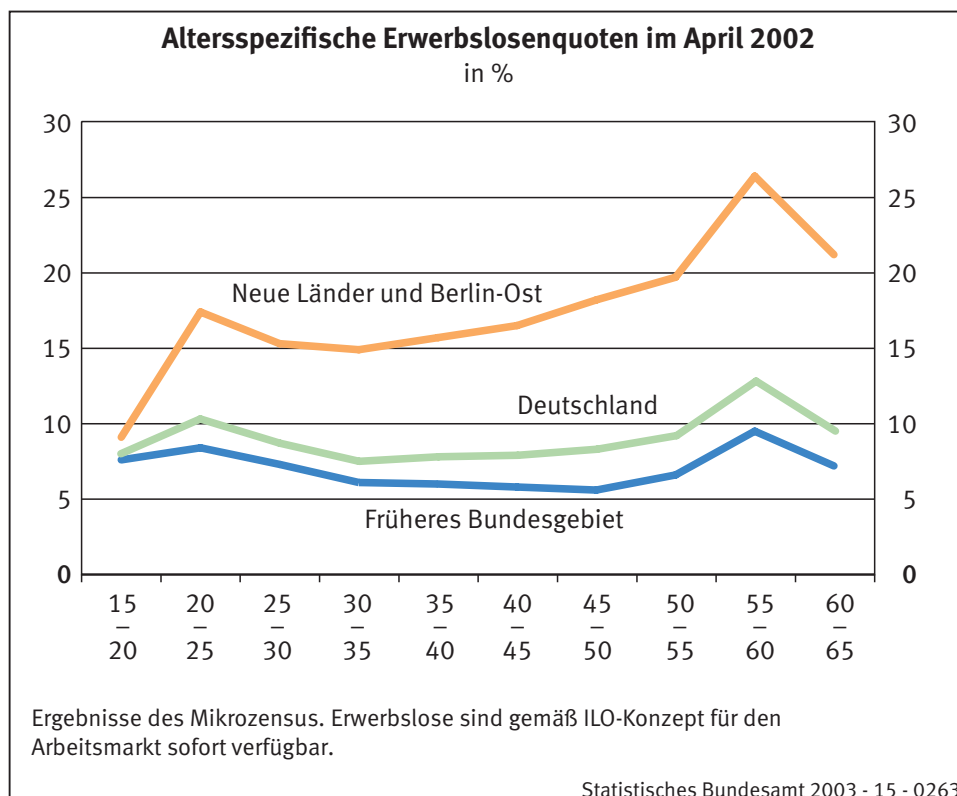
Gründe für Nichtverfügbarkeit sind bei Männern und Frauen unterschiedlich.

Mit 16% lag die Nichtverfügbarkeitsquote der Arbeit suchenden Nichterwerbstätigen im Westen um fünf Prozentpunkte höher als im Osten Deutschlands. Dabei fällt auf, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Aus- und Fortbildung mit einem Anteil von einem Viertel (24%) als Grund für die Nichtverfügbarkeit bedeutsamer war als im früheren Bundesgebiet (16%). Umgekehrt waren die Verhältnisse in Bezug auf die Kategorie Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, die 40% der westdeutschen, aber nur 32% der ostdeutschen kurzfristig nicht verfügbaren Arbeit Suchenden als Hinderungsgrund für einen umgehenden Arbeitsantritt anführten.

Junge und ältere Menschen besonders häufig erwerbslos.

Jüngere und ältere Menschen sind in Deutschland besonders häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Gradmesser dafür ist die als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen gemessene Erwerbslosenquote, die im April 2002 in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen bei 10,3%, in der Altersgruppe der meist kurz vor dem (vorzeitigen) Ruhestand stehenden 55- bis 59-Jährigen sogar bei 12,8% lag. Die auf die Gesamtheit der Erwerbspersonen bezogene Erwerbslosenquote belief sich hingegen nur auf 8,7%.

Schaubild 39

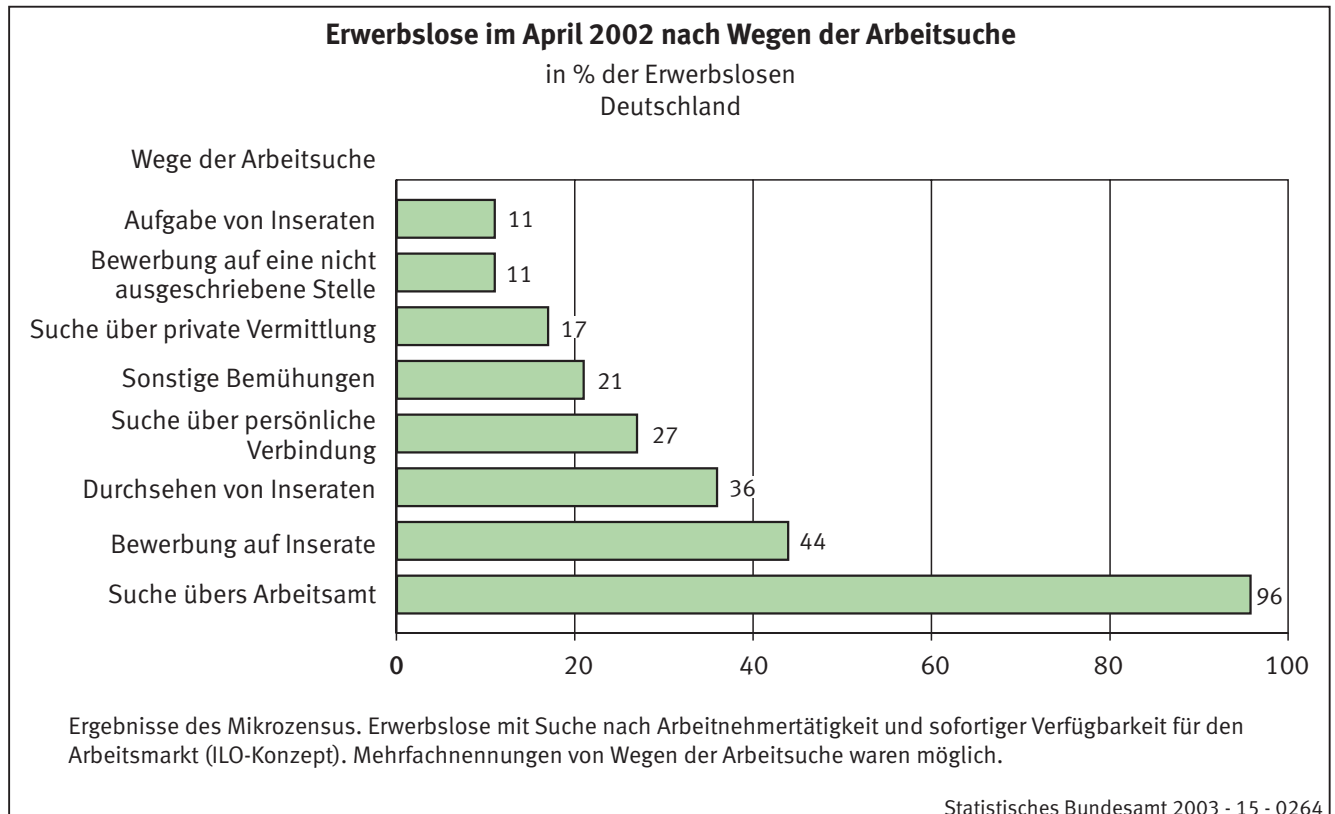


Gerade für junge Menschen ist die Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung, da sie die wirtschaftliche Loslösung vom Elternhaus ermöglicht und die soziale Integration in die Erwachsenenwelt erleichtert. Solche an die Berufstätigkeit gekoppelten Ereignisse dürften insbesondere für junge Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost problematisch sein. Hier waren im April 2002 17,4% (1991: 10,5%) der 20- bis 24-jährigen und 15,3% (1991: 9,8%) der 25- bis 29-jährigen Erwerbspersonen erwerbslos; im früheren Bundesgebiet betrug die entsprechenden Quoten nur 8,4% (1991: 3,5%) bzw. 7,3% (1991: 3,9%). Die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in Ost und West ist jedoch nicht auf die jüngeren Erwerbslosen beschränkt: Für alle Altersgruppen lagen die Erwerbslosenquoten im April 2002 in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (vgl. Schaubild 39).

96% der eine Arbeitnehmertätigkeit suchenden Erwerbslosen (3,2 Mill.) bedienten sich im April 2002 der klassischen Arbeitsuche über das Arbeitsamt (vgl. Schaubild 40). Private Vermittlungsdienste wurden von 17% dieser Erwerbslosen in Anspruch genommen. Viele Arbeit Suchende wurden auch auf vielfältige Weise selbst aktiv: 44% bewarben sich im April 2002 auf Stellenanzeigen, 27% suchten über persönliche Verbindungen nach einer Beschäftigung und jeweils jeder Zehnte (11%) gab an, sich auf eine nicht ausgeschriebene Stelle beworben bzw. eigene Inserate aufgegeben zu haben.

Erwerbslose suchen nicht nur über das Arbeitsamt.

Schaubild 40

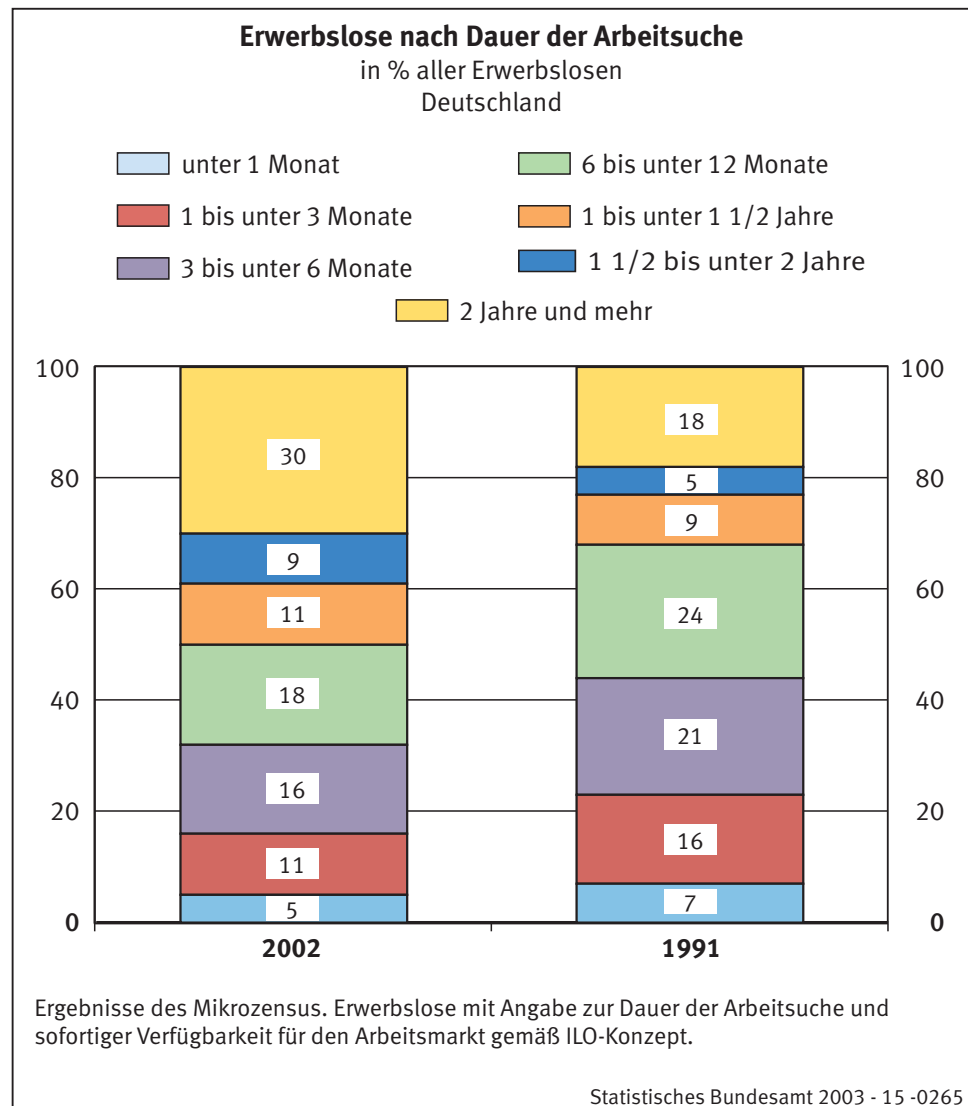


Rund 2,3 Mill. Erwerbslose in Deutschland suchten im April 2002 ausschließlich eine Vollzeitarbeitnehmertätigkeit, das waren 70% aller Erwerbslosen, die in abhängiger Beschäftigung arbeiten wollten. Etwa jeder zwölfte Erwerbslose (fast 9%) strebte nur eine Teilzeittätigkeit an. Die übrigen Erwerbslosen nannten beide Arbeitszeitformen, wobei 18% in erster Linie eine Vollzeit- und 3% eher einer Teilzeittätigkeit verfolgten. Im Hinblick auf die unterschiedliche Bedeutung der Teilzeit in den beiden Teilgebieten Deutschlands (vgl. Abschnitt 6) verwundert es nicht, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost 94% der Erwerbslosen angaben, ausschließlich oder vorwiegend eine Vollzeitarbeit zu suchen; im früheren Bundesgebiet betrug dieser Anteil lediglich 84%.

Auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind insbesondere Erwerbslose, die schon seit längerer Zeit nicht mehr im Beruf stehen. In Deutschland bemühte sich im Frühjahr 2002 jeder zweite Erwerbslose seit einem Jahr oder länger um einen Arbeitsplatz; 1991 zählte nur jeder dritte Erwerbslose (32%) zu diesem als langzeitarbeitslos eingestuftem Personenkreis (vgl. Schaubild 41). Der Anteil der Erwerbslosen, die schon zwei Jahre und länger auf Arbeitsuche waren, erhöhte sich ebenfalls, und zwar von 18% im April 1991 auf 30% im April 2002. Fast ein Drittel (32%) der Erwerbslosen gaben im Frühjahr 2002 an, seit weniger als sechs Monaten Ausschau nach einer Erwerbstätigkeit zu halten (1991: 44%), weniger als drei Monate nannten 16% der Erwerbslosen (1991: 23%).

Jeder zweite Erwerbslose seit einem Jahr oder länger auf Arbeitsuche.

Schaubild 41



In den neuen Ländern und Berlin-Ost war das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im Frühjahr 2002 größer als im früheren Bundesgebiet. Der Anteil der seit einem Jahr oder länger Arbeit suchenden Erwerbslosen belief sich auf 44% im Westen (1991: 45%) und 57% im Osten Deutschlands (1991: 10%). Besonders stark betroffen von Langzeitarbeitslosigkeit waren die ostdeutschen Frauen, von denen zwei Drittel (65%) seit einem Jahr oder länger nach einer Erwerbstätigkeit suchten. Gerade für diese Erwerbslosengruppe dürfte die Gefahr der Verfestigung der Erwerbslosigkeit besonders groß sein.

Beruflicher Bildungsstand der Erwerbslosen: Deutliche Unterschiede zwischen West und Ost.

Länger andauernde Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitsuche entwertet die berufliche Qualifikation der Betroffenen. Diese stellt wiederum einen wichtigen individuellen Einflussfaktor für Erwerbslosigkeit dar. Im April 2002 hatte in Deutschland ein Viertel aller Erwerbslosen (26%), die Angaben zur beruflichen Qualifikation machten, keinen beruflichen Abschluss. Die Mehrheit der Erwerbslosen (59%) absolvierte eine Lehre, ein Praktikum oder eine Anlernausbildung. Einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss gaben nur 7% der erwerbslosen Personen an. Deutliche Unterschiede hinsichtlich des beruflichen Bildungsstandes bestanden zwischen West und Ost: Während im früheren Bundesgebiet 36% der Erwerbslosen mit Angaben zur beruflichen Bildung keinen Abschluss besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost

nur 11%. Offensichtlich bietet eine Berufsqualifikation im Osten weniger Schutz vor Erwerbslosigkeit als im Westen Deutschlands. Das gilt insbesondere für Erwerbslose mit Lehrausbildung, Praktikum oder Anlernausbildung, die beinahe drei Viertel aller Erwerbslosen (73%) in den neuen Ländern und Berlin-Ost stellten (früheres Bundesgebiet: 50%).

Ein Vergleich mit dem Qualifikationsprofil der Erwerbstätigen gibt Hinweise darauf, in welchem Maße die Erwerbslosen am Arbeitsmarkt benachteiligt sind (vgl. Schaubild 42). Unter den Erwerbstätigen verfügten im April 2002 17% über keinen beruflichen Abschluss, das waren rund neun Prozentpunkte weniger als bei den Erwerbslosen (26%). Demgegenüber war die Akademikerquote (ohne Verwaltungsfachhochschule) der Erwerbstätigen mit 15% mehr als doppelt so hoch wie die der Erwerbslosen (7%). Auch bei den Meister- und Technikerabschlüssen u.Ä. waren die Erwerbstätigen (11%) relativ häufiger vertreten als die Erwerbslosen (6%). Damit ergibt sich in der Gesamtbetrachtung für die Erwerbslosen im Vergleich zu den Erwerbstätigen eine wesentlich ungünstigere berufliche Qualifikationsstruktur.

Erwerbslose geringer qualifiziert als Erwerbstätige.

Wissenschaftsprognosen gehen davon aus, dass die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten zukünftig weiter steigen werden und immer weniger Arbeitsplätze durch Ungelernte besetzt werden können. Diese Auswirkungen werden vor allem die heute jungen Menschen mit geringer Qualifikation betreffen. Von den 15- bis 24-jährigen Erwerbslosen in Deutschland mit Angaben zum beruflichen Bildungsstand erklärten im Frühjahr 2002 mehr als die Hälfte (53%), über keinen Berufsabschluss (einschließlich Anlernausbildung und Praktikum) zu verfügen. Bei den 20- bis 24-Jährigen, die die Phase der Berufsausbildung häufig schon hinter sich gelassen haben, betrug der Ungelerntenanteil unter den Erwerbslosen 42%. Etwa jeder Zweite (52%) in dieser Altersgruppe konnte mit einer Lehrausbildung aufwarten.

Mehr als die Hälfte der erwerbslosen 15- bis 24-jährigen ohne beruflichen Abschluss.

Wie schon bei den Erwerbslosen insgesamt zeigten sich auch bei den erwerbslosen Jugendlichen unter 25 Jahren erhebliche Unterschiede in der Qualifikationsstruktur zwischen West und Ost (vgl. Tabelle 10): Im früheren Bundesgebiet gaben 52% der erwerbslosen 20- bis 24-Jährigen im Frühjahr 2002 an, die für den Beginn der individuellen Berufskarriere so wichtige Berufsausbildung nicht vorweisen zu können; bei den 15- bis 19-Jährigen betrug die entsprechende Quote 90%. Besser qualifiziert zeigten sich die erwerbslosen Jugendlichen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Hier hatte nur ein Viertel (26%) der von Erwerbslosigkeit betroffenen jungen Menschen im Alter von 20 bis 24 Jahren noch keine berufliche Qualifizierung. Immerhin mehr als zwei Drittel der Erwerbslosen (68%) dieser Altersklasse waren trotz abgeschlossener Lehre ohne Arbeit. Von den Erwerbslosen im Alter von 15 bis 19 Jahren gaben drei Viertel (74%) an, einen Berufsabschluss noch nicht erreicht zu haben.

Einblicke in die Unterhaltsstruktur der Erwerbslosen liefern die Daten des Mikrozensus zur überwiegenden Quelle des Lebensunterhalts. Ihr kommt eine besondere Bedeutung zu, weil nicht alle Erwerbslosen Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung geltend machen können oder – falls Ansprüche bestehen – Entgeltersatzleistungen in Form von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe nicht unbedingt die vorherrschende Quelle des Lebensunterhalts sein müssen.

Drei Viertel der Erwerbslosen leben überwiegend von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe.

Im Frühjahr 2002 lebten fast 2,6 Mill. Erwerbslose in Deutschland überwiegend von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, das waren rund drei Viertel (74%) aller Erwerbslosen (1991: 68%). Weitere 98 000 Erwerbslose hatten Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bezogen, ohne dass dieses Einkommen die wichtigste Unterhaltsquelle darstellte. Unterhalt durch Angehörige gaben 16% der Erwerbslosen (1991: 20%) als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts an; jeder zehnte Erwerbslose in Deutschland (1991: 9%) lebte hauptsächlich von staatlichen Transferzahlungen wie Rente, Pension, Sozialhilfe, Leistungen aus der Pflegeversicherung oder sonstige Unterstützungen (z.B. BAföG, Stipendium).

Schaubild 42

Erwerbslose und Erwerbstätige im April 2002 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss

Deutschland

Erwerbslose

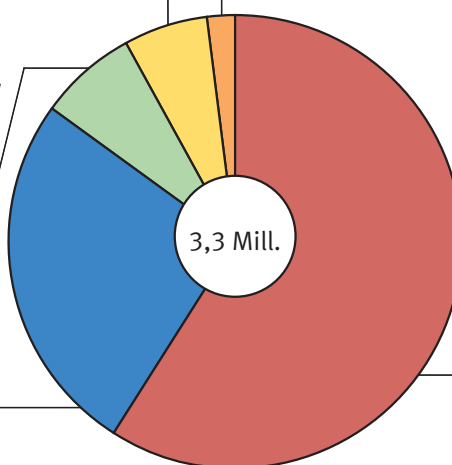
Meister-/Technikerausbildung,
Fachschulabschluss ⁴⁾
6 %

mit Abschluss, aber ohne
Angabe zur Art des Abschlusses
2 %

Fachhochschul-/
Hochschulab-
schluss/
Promotion ³⁾
7 %

ohne Abschluss
26 %

Lehre,
Praktikum ^{1) 2)}
59 %



Erwerbstätige

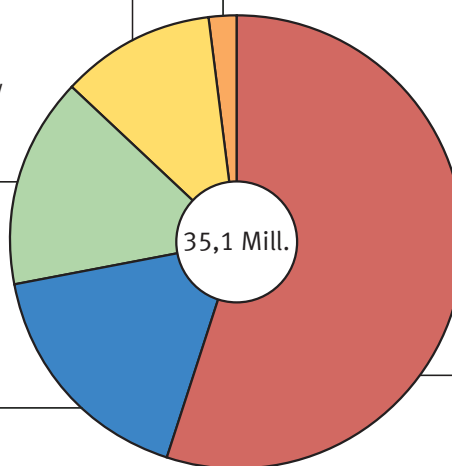
Meister-/Technikerausbildung,
Fachschulabschluss ⁴⁾
11 %

mit Abschluss, aber ohne
Angabe zur Art des Abschlusses
2 %

Fachhochschul-/
Hochschulab-
schluss/
Promotion ³⁾
15 %

ohne Abschluss
17 %

Lehre,
Praktikum ^{1) 2)}
55 %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Erwerbslose, die gemäß ILO-Konzept für den Arbeitsmarkt sofort verfügbar waren und Erwerbstätige mit Angabe zu einem berufsbildenden bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss/Promotion. – 1) Einschließlich Anlernausbildung. – 2) Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 3) Auch Ingenieurschulabschluss, ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule. – 4) Einschließlich Abschluss der Fachschule in der ehem. DDR und einschließlich Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule.

Statistisches Bundesamt 2003 - 15 -0266

Tabelle 10: Erwerbslose im April 2002 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss und ausgewählten Altersgruppen

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren		Insgesamt	Darunter im Alter von ... bis unter ... Jahren	
		15 - 20	20 - 25		15 - 20	20 - 25
		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost	
1 000						
Erwerbslose	2 136	82	215	1 350	32	122
darunter:						
Mit Angabe zum beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhoch-/Hochschulabschluss	2 011	78	206	1 313	31	120
davon:						
keinen Abschluss	714	70	107	146	23	31
Berufliches Praktikum ¹⁾	42	/	/	29	/	/
Lehrausbildung ²⁾	979	7	88	948	8	82
Meister-/Techniker-ausbildung, Fachschulabschluss ³⁾	75	/	/	42	–	/
Abschluss der Fachschule in der ehem. DDR	6	–	–	62	–	–
Verwaltungsfachhochschulabschluss	/	–	–	/	–	/
Fachhochschulabschluss ⁴⁾	63	–	/	38	–	/
Hochschulabschluss/Promotion	89	–	/	33	–	/
ohne Angabe zur Art des Abschlusses	39	/	/	13	/	/

Ergebnisse des Mikrozensus – Erwerbslose sind gemäß ILO-Konzept für den Arbeitsmarkt sofort verfügbar.

1) Einschl. Anlernausbildung.

2) Einschl. Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegenschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

3) Einschl. Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder einer Berufsakademie.

4) Auch Ingenieurschulabschluss, ohne Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule.

Bei den erwerbslosen Männern spielte der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe für den Lebensunterhalt im Frühjahr 2002 eine gewichtigere Rolle als bei den erwerbslosen Frauen: Während 79% der knapp 2,0 Mill. erwerbslosen Männer in Deutschland ihren Lebensunterhalt vornehmlich aus Leistungen der Arbeitslosenversicherung bestritten, waren es bei den 1,5 Mill. erwerbslosen Frauen lediglich zwei Drittel (66%). Dies ist darauf zurückzuführen, dass erwerbslose Frauen relativ häufiger als erwerbslose Männer in erster Linie von Unterhaltsleistungen durch Angehörige lebten. Beinahe ein Viertel (23%) der von Erwerbslosigkeit betroffenen Frauen gaben an, dass Familienmitglieder größtenteils für ihren Lebensunterhalt aufkommen; demgegenüber deckte von den erwerbslosen Männern nur jeder Zehnte (10%) seine Lebenshaltungskosten hauptsächlich aus dieser Einkunftsquelle. Die Betrachtung der Erwerbslosen nach dem Familienstand legt offen, dass insbesondere dem

Bei fast einem Viertel der erwerbslosen Frauen kommen Angehörige zum größten Teil für den Lebensunterhalt auf.

Ehemann als Unterhaltsträger eine besondere Bedeutung zukommt: Von den rund 840 000 erwerbslos eingestuften verheirateten Frauen gaben 29% an, dass Unterhaltsleistungen angehöriger Personen für ihre wirtschaftliche Situation maßgeblich sind; das waren 56% aller überwiegend von dieser Unterhaltsquelle lebenden erwerbslosen Frauen. Bei den verheirateten erwerbslosen Männern betrug der Anteil derer, die hauptsächlich durch Angehörige versorgt wurden, nur 7%.

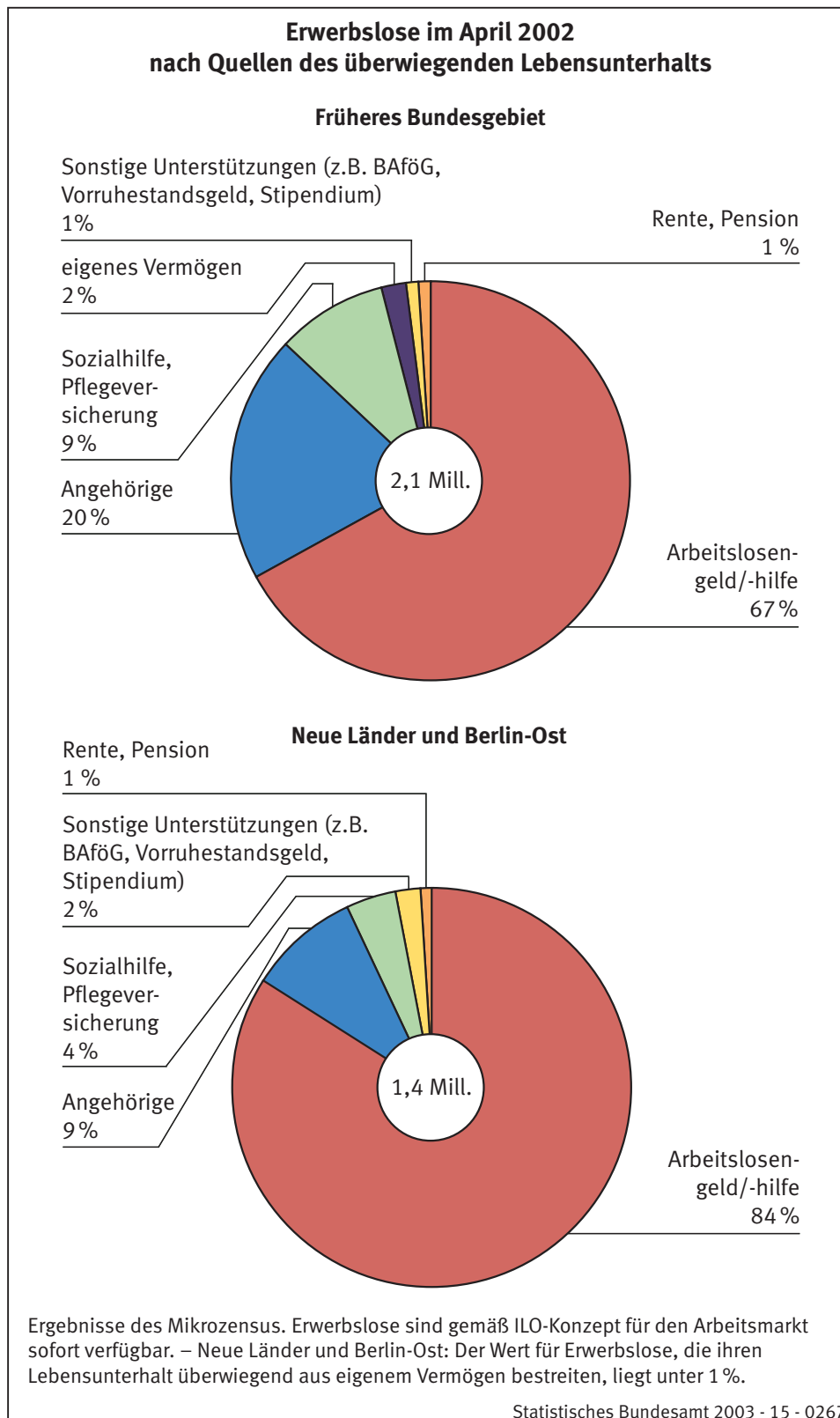
Unter den Erwerbslosen waren neben den verheirateten Frauen auch ledige Männer und Frauen relativ häufig auf den Unterhalt durch Angehörige angewiesen. Sie gehörten zu einem Großteil der – in der Regel noch stark vom elterlichen Unterhalt abhängigen – Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen an. Unter den erwerbslosen ledigen 15- bis 24-Jährigen bezogen 42% der Frauen und 33% der Männer den überwiegenden Lebensunterhalt durch Angehörige. Hierbei dürfte es sich insbesondere um Schulabgänger handeln, die die Voraussetzungen zur Gewährung von Arbeitslosengeld oder -hilfe im Frühjahr 2002 noch nicht erfüllt hatten. Für die ledigen Männer insgesamt bezifferte sich der Anteil derjenigen, die Unterhaltsleistungen durch Angehörige als wichtigste Einkommensquelle nannten, auf 16%, bei den ledigen Frauen waren es 22%.

Erwerbslose im Osten noch häufiger als im Westen auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe als wichtigste Unterhaltsquelle angewiesen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Anteil der überwiegend von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe lebenden Erwerbslosen im Frühjahr 2002 mit 84% deutlich höher als im früheren Bundesgebiet, wo nur gut zwei Drittel (67%) der Erwerbslosen diese Transferzahlungen des Arbeitsamtes zur Bestreitung des überwiegenden Lebensunterhalts einsetzten (vgl. Schaubild 43). Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, dass insbesondere im früheren Bundesgebiet viele Erwerbslose Arbeitslosenhilfe auf Grund vorhandener anderer Einkunftsquellen nicht beziehen konnten. Zu diesen zählt auch der Unterhalt durch Angehörige, den 20% der westdeutschen, aber nur knapp 9% ostdeutschen Erwerbslosen als überwiegende Unterhaltsquelle angaben.

Einen besonders hohen Stellenwert besaß der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe für die erwerbslosen Männer in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Von ihnen gaben 88% an, beim Lebensunterhalt größtenteils auf diese staatlichen Transferleistungen angewiesen zu sein. Im früheren Bundesgebiet war dies nur bei knapp drei Viertel (72%) aller erwerbslosen Männer der Fall. Noch deutlicher waren die West-Ost-Unterschiede bei den erwerbslosen Frauen, von denen 56% im Westen und 80% im Osten Deutschlands Arbeitslosengeld bzw. -hilfe als die wichtigste Quelle ihres Lebensunterhalts bewerteten. 31% der westdeutschen erwerbslosen Frauen deckten das Notwendige zur Lebenshaltung zum größten Teil aus Unterhaltsleistungen Angehöriger; in dieser Situation befanden sich hingegen nur 12% der erwerbslos eingestuften ostdeutschen Frauen.

Schaubild 43



Was beschreibt der Mikrozensus?

Anhang A

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Er liefert statistische Informationen u.a. über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, den Haushalts- und Familienzusammenhang, den Arbeitsmarkt, die Aus- und Fortbildung, die Wohnverhältnisse und die Gesundheit der Bevölkerung. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union (Arbeitskräfteerhebung der EU) ist in den Mikrozensus integriert.

Die Mikrozensusergebnisse gehen ein in Regierungsberichte, in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bilden die Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung werden unter anderem herangezogen für die Verteilung der Mittel aus den Regional- und Sozialfonds der Europäischen Union.

Wie wird der Mikrozensus erhoben?

Der Mikrozensus ist eine dezentrale Statistik, d.h. seine organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt beim Statistischen Bundesamt, die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung der Daten obliegt den Statistischen Landesämtern. Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz – MZG) vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34). Einmal jährlich werden 1% aller Haushalte in Deutschland, das sind insgesamt rund 390 000 Haushalte mit 830 000 Personen befragt; darunter etwa 150 000 Personen in rund 72 000 Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Im früheren Bundesgebiet gibt es ihn bereits seit 1957, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991.

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Dazu werden aus dem Bundesgebiet Flächen (Auswahlbezirke) ausgewählt, in denen alle Haushalte und Personen befragt werden. Im Mikrozensus wird jährlich ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (bzw. Auswahlbezirke) ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe (Verfahren der partiellen Rotation).

Das Frageprogramm des Mikrozensus besteht aus einem festen Grund- und Ergänzungsprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen, das überwiegend mit Auskunftspflicht belegt ist. Darüber hinaus gibt es in vierjährigem Rhythmus Zusatzprogramme (u.a. zur Wohnsituation, Gesundheit und Altersvorsorge der Bevölkerung), die teilweise von der Auskunftspflicht befreit sind. Der Mikrozensus ist überwiegend eine persönliche Befragung aller Personen im Haushalt durch Interviewer. Allerdings steht den Befragten auch offen, die Auskünfte schriftlich zu erteilen. Fremdauskünfte für andere Haushaltsmitglieder sind unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Die Angaben – insbesondere zur Erwerbstätigkeit – beziehen sich jeweils auf eine festgelegte Berichtswoche. In der Regel ist dies die letzte feiertagsfreie Woche im April (Berichtswochenkonzept).

Wann werden die Mikrozensusergebnisse veröffentlicht?

Erste Bundesergebnisse des Mikrozensus werden üblicherweise ein Jahr nach der Erhebung als Online-Produkte im Statistik-Shop und in den verschiedenen Fachserien und Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.

Zu aktuellen Themen werden Ergebnisse in einer Pressekonferenz und Pressemitteilungen bekannt gegeben. Der Veröffentlichungskalender und die Pressemitteilungen sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar. Neben Bundesergebnissen sind auch vielfältige Ergebnisse für die Länder verfügbar, die von den jeweiligen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Wie genau ist der Mikrozensus?

Die Antwortquote im Mikrozensus beträgt regelmäßig 97%; 3% der zu befragenden Haushalte fallen aus, überwiegend weil sie nicht erreichbar sind. Diese so genannten „bekannten Ausfälle“ werden im Mikrozensus durch ein besonderes Verfahren ausgeglichen (Kompensationsverfahren). Bei Fragen mit freiwilliger Auskunftserteilung sind die „Ohne-Angabe“-Quoten je nach Merkmal sehr unterschiedlich.

Aufgrund des Stichprobencharakters des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000, d.h. für weniger als 50 Fälle in der Stichprobe, geht der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus. Solche Ergebnisse haben nur noch einen geringen Aussagewert und sollten deshalb für Vergleiche nicht mehr herangezogen werden. Hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 werden demzufolge in den Veröffentlichungen des Mikrozensus nicht nachgewiesen. Als Querschnittserhebung liefert der Mikrozensus eine „Momentaufnahme“ der Verhältnisse in der Berichtswoche (i.d.R. Ende April). Abweichungen zu den Ergebnissen anderer Quellen der amtlichen Statistik (z.B. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bevölkerungsstatistik) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden, die z.B. den Berichtszeitraum (feste Berichtswoche gegenüber Jahresdurchschnitt), den Berichtsweg (Haushaltsbefragung gegenüber Betriebsmeldungen) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (arbeitsort- gegenüber wohnortbezogen) betreffen.

Weiterführende Informationen:

Telefon 0 18 88 / 6 44 - 89 55
(Mikrozensus-Infoteam)

E-Mail mikrozensus@destatis.de

Internet www.destatis.de/themen/d/thm_mikrozen.htm

www.destatis.de/shop
(Statistik-Shop: Bereich „122“ Mikrozensus)

www-zr.destatis.de
(Zeitreihenservice)

Glossar

Anhang B

Abhängig Erwerbstätige

s. Beamte, Angestellte, Arbeiter und Auszubildende.

Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule

Der Abschluss beinhaltet das Studium an einer Verwaltungsfachhochschule zwecks Ausbildung von Nachwuchskräften für den gehobenen nicht technischen Dienst des Bundes und der Länder.

Aktiv Erwerbstätige

Zu den aktiv Erwerbstätigen zählen alle Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche gearbeitet haben. In der Berichtswoche vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Urlaub (auch Sonderurlaub) oder Elternzeit) zählen dagegen nicht zu den aktiv Erwerbstätigen.

Allein Erziehende

Allein Erziehende sind Väter und Mütter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammen leben. Nach dem hier verwendeten Konzept der Lebensformen werden allein Erziehende im engen Sinn definiert, d.h. als allein Erziehende ohne Lebenspartner/in im Haushalt. Elternteile mit Lebenspartner/in im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Allein Lebende

Alle Personen am Hauptwohnsitz, die allein wohnen und wirtschaften, gehören zu den allein Lebenden.

Alter

Die Darstellung von Ergebnissen nach Altersgruppen erfolgt nach der so genannten Altersjahrmethode. Die Angaben beziehen sich auf den Erhebungszeitpunkt, der in der Regel in der letzten feiertagsfreien Woche im April liegt.

Angestellte

Angestellte sind alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Sie arbeiten überwiegend in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen. Leitende Angestellte ohne Miteigentümerschaft, in das Angestelltenverhältnis übernommene Meister (trotz Zahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter), Gemeindegewerkschaften, Nonnen und andere in ihren kirchlichen Häusern Tätige zählen zu den Angestellten.

Arbeiter/innen

Als Arbeiter/in gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Ebenfalls zu den Arbeiter(n)/innen rechnen die Heimarbeiter/innen und Hausgehilf(en)/innen.

Ausländer/innen

Ausländer/innen sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit. Angaben über Ausländer/innen in den neuen Ländern und Berlin-Ost werden wegen der geringen Besetzungszahlen in den Tabellen und des dadurch bedingten größeren Stichprobenfehlers im Allgemeinen nicht nachgewiesen.

Auszubildende

Auszubildende in anerkannten Ausbildungsberufen sind Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschl. Praktikanten und Volontäre). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter/innen enthalten.

Beamte

Beamte sind Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschl. der Beamtenanwärter und der Beamten im Vorbereitungsdienst), Richter/innen und Soldat(en)/innen (einschl. Wehrpflichtige).

Beruflicher Ausbildungsabschluss

Personen über 50 Jahren ist die Beantwortung freigestellt.

Berufliches Praktikum und Anlernausbildung

Als berufliches Praktikum gilt eine mindestens einjährige (früher sechsmonatige) praktische Ausbildung im Betrieb (z.B. Technisches Praktikum).

Bevölkerung

Für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus auf Individualebene – ohne Bezug zum Haushalts- und Lebensformkontext – wird die „Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung“ zu Grunde gelegt. Zur „Bevölkerung“ gehören nach diesem Bevölkerungsbegriff alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort ihrer Hauptwohnung. Dies ist die vorwiegend genutzte Wohnung einer Person. Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, die diese Unterkünfte beherbergen, als auch in den Gemeinden, in denen sie evtl. einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst. Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

Bevölkerung in Privathaushalten

Für die Darstellung der Haushalte und ihrer Struktur wird die Bevölkerung in Privathaushalten zu Grunde gelegt. Hierzu zählen alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden. Sie werden auch als Haushaltsmitglieder bezeichnet. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften wird nicht berücksichtigt, wohl aber Privathaushalte im Bereich von Gemeinschaftsunterkünften. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Mehrfachzählungen möglich. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson des Haushalts, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Untermieter eine zweite Wohnung hat, Angehöriger von zwei Haushalten. Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter einen Einpersonenhaushalt. Diese Regelung ist dadurch gerechtfertigt, dass Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus auf Lebensformebene, d.h. insbesondere unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und ein oder mehrere Nebenwohnsitze) werden – im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten – nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ zählen alle Mitglieder von Eltern-Kind-Gemeinschaften und Paargemeinschaften ohne Kinder, deren Bezugsperson (s. Bezugsperson der Lebensform) am Ort der Hauptwohnung lebt. Zu ihr zählen ferner alle ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Personen ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in, die am Hauptwohnsitz leben. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig die betrachtete Lebensform als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus nach dem traditionellen Familienkonzept, d.h. ohne Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und ein oder mehrere Nebenwohnsitze) werden – im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten – nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“ zählen alle Mitglieder einer Familie, deren Bezugsperson (s. Bezugsperson der Familie) am Ort der Hauptwohnung lebt. Zur ihr zählen ferner alle ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Personen ohne Kinder, die am Hauptwohnsitz leben. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig Familien als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

Bezugsperson der Familie

Um die Familien statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Familie. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann und bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Familie“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson einer Familie ausgeschlossen.

Bezugsperson der Lebensform

Um die Lebensformen statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Lebensform. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann, bei allein Lebenden und Lebensgemeinschaften die Bezugsperson des Haushalts, bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil und bei ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in lebenden Personen die Person selbst. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Lebensform“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson einer Lebensform ausgeschlossen.

Bezugsperson des Haushalts

Um die Haushalte statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Haushaltsbezugsperson. Das ist die erste im Erhebungsbogen eingetragene Person. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Haus-

halt“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson eines Haushalts ausgeschlossen. Die Reihenfolge im Erhebungsbogen ist: Ehegatten, Kinder, Verwandte, Familienfremde.

Ehepaare

Zu den Ehepaaren gehören laut Definition des Mikrozensus verheiratet zusammen lebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für ihn keinerlei Angaben, so gilt das Ehepaar zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.

Eltern-Kind-Gemeinschaften

Zu den Eltern-Kind-Gemeinschaften zählen im Mikrozensus Ehepaare, Lebensgemeinschaften und allein erziehende Mütter und Väter, die gemeinsam mit ihren Kindern in einem Haushalt leben.

Erwerbslose

Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Erwerbslosenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbslosenquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Erwerbspersonen

Nach dem sog. „Erwerbskonzept“ sind das alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet (Inländerkonzept), die während des Berichtszeitraumes (Berichtswoche) eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Erwerbstätige), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Die Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen.

Erwerbsquote

Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbsquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z.B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich im Erziehungsurlaub befanden, auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen sind als erwerbstätig erfasst, ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbstätigenquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Fachhochschulabschluss

(auch Ingenieurschulabschluss) beinhaltet das Studium an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen). Gleichwertig sind hier auch die früheren Ausbildungsgänge an Höheren Fachschulen für Sozialwesen, Sozialpädagogik, Wirtschaft usw. und an Polytechniken sowie früheren Ingenieurschulen anzusehen.

Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR

Diesen Abschluss haben Personen erworben, die dort eine Fach- und Ingenieurschule, z.B. für Grundschullehrer, Ökonomen, Bibliothekare, Werbung und Gestaltung abgeschlossen haben.

Familie

Als Familie im Sinne der amtlichen Statistik zählen – in Anlehnung an den im Grundgesetz verankerten Familienbegriff – Ehepaare ohne und mit Kindern sowie allein erziehende Väter und Mütter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. Dabei ist unerheblich, ob die allein erziehenden Elternteile mit oder ohne Lebenspartner/in leben.

(Traditionelles) Familienkonzept

Der Nachweis von Ergebnissen in der Abgrenzung des im Grundgesetz verankerten Familienbegriffs wird im Mikrozensus als (traditionelles) Familienkonzept bezeichnet (vgl. auch Konzept der Lebensformen).

Familienstand

Es wird unterschieden zwischen ledig, verheiratet zusammen lebend (Ehepaare), verheiratet getrennt lebend, geschieden und verwitwet. Personen, deren Ehegatte vermisst wird, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet getrennt Lebende sind solche Personen, deren Ehegatte sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten und für den der befragte Ehegatte keine Auskünfte erteilt hat.

Häufigkeit einzelner Sonderformen der Arbeitszeit

Einbezogen ist die Zeit von Februar bis April. Es wird unterschieden zwischen

–	ständig:	normalerweise an jedem Samstag, an jedem Sonn- und/oder Feiertag oder in jeder Nacht,
–	regelmäßig:	nicht ständig, aber in gleich bleibenden Zeitabständen und
–	gelegentlich:	nicht regelmäßig (hin und wieder oder in unregelmäßigen Zeitabständen, auch einmalig).

Bei den so definierten Häufigkeiten ist zu beachten, dass die einzelnen Sonderformen der Arbeitszeit (z.B. gelegentliche Wochenendarbeit) in dem hier relevanten 3-Monats-Bezugsrahmen gehäuft auftreten, als dies bei Einengung auf die Berichtswoche der Fall gewesen wäre. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass z.B. die Wochenendarbeit oder Schichtarbeit saisonalen Schwankungen unterliegt und zu anderen Jahreszeiten ein höheres oder tieferes Niveau aufweisen kann. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass die zu den zeitlichen Arbeitsbedingungen gestellten Fragen ausschließlich auf die individuellen zeitlichen Arbeitsbedingungen abzielten; Rückschlüsse auf betriebs- oder unternehmensspezifische Systeme der Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit sind daher nicht möglich.

Haushalt

Als (Privat)Haushalt zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalt) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalt, z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt (s. Bevölkerung in Privathaushalten).

Haushaltsgröße

Zahl der Haushaltsmitglieder innerhalb eines Haushalts.

Haushaltsmitglieder

s. Bevölkerung in Privathaushalten.

Hochschul-/Universitätsabschluss

Als Hochschul- oder Universitätsabschluss gelten Staatsexamen, Diplom- oder Magisterprüfung und/oder Promotion an Universitäten oder Hochschulen verschiedener Art (z.B. Technische Hochschule, Pädagogische Hochschule, Tierärztliche Hochschule, Musikhochschule usw.) einschließlich Gesamthochschulen und Fernuniversitäten. Als Personen mit Hochschulabschluss gelten auch Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten.

Kinder

Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, z.B. der geschiedenen Mutter, in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben. Als Kinder gelten im Mikrozensus auch ledige Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Die vorliegende Veröffentlichung unterscheidet zwischen minderjährigen Kindern (unter 18 Jahren) und volljährigen Kindern (18 Jahre und älter).

(Neues) Konzept der Lebensformen

Seit dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die freiwillig zu beantwortende Frage nach einer Lebenspartnerschaft mit der Haushaltsbezugsperson gestellt. Damit können neben Ehepaaren auch Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden. Ferner ist es möglich, allein Erziehende im engen Sinn zu definieren, d.h. als ohne Lebenspartner/in lebende allein Erziehende. Der Nachweis von Ergebnissen unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften wird im Mikrozensus als sog. (neues) Konzept der Lebensformen bezeichnet.

Lebensformen

Grundlage für die Bestimmung einer Lebensform sind soziale Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Eine solche Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen der Bevölkerung zählen im Einzelnen Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) mit Kindern, Paare ohne Kinder, allein Erziehende mit Kindern und allein Lebende. Hinzu kommen Personen, die ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in gemeinsam mit anderen verwandten und/oder nicht verwandten Personen in Mehrpersonenhaushalten leben.

Lebensgemeinschaften

Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten (oder verschwägerten) Haushaltsmitgliedern die freiwillig zu beantwortende Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt. Die vor-

liegende Veröffentlichung enthält Angaben sowohl zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Paare unterschiedlichen Geschlechts), als auch zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (Paare gleichen Geschlechts).

Lehrausbildung einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule

Die Lehrausbildung setzt den Abschluss einer mindestens zwei Jahre dauernden Ausbildung voraus. Gleichwertiger Berufsfachschulabschluss ist das Abschlusszeugnis einer Berufsfachschule für Berufe, für die nur eine Berufsfachschulausbildung möglich ist, z.B. Höhere Handelsschule oder einer Kollegschele in Nordrhein-Westfalen sowie einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. Das Berufsvorbereitungsjahr bereitet Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vor.

Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss

Ein Meisterabschluss liegt vor, wenn der (oder die) Befragte eine Meisterprüfung vor einer Kammer (z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer usw.) abgelegt hat. Fach-/Technikerschulen werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung oder praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung, oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine vertiefte berufliche Fachbildung. Einbezogen ist auch der Abschluss an einer zwei- oder dreijährigen Fachakademie oder einer Berufsakademie.

Mithelfende Familienangehörige

Mithelfende Familienangehörige sind Personen, die ohne Arbeitsrechtsverhältnis und Lohn- oder Gehaltsempfang in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungspflichtbeiträge zahlen.

Nachtarbeit

Nachtarbeit ist jede Arbeit, die zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr geleistet wurde, gleichgültig, ob sie vorher begann, später endete oder ob Beginn oder Ende innerhalb der Zeitspanne von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr lag.

Nichterwerbspersonen

sind Personen, die keine – auch keine geringfügige – auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Personen unter 15 Jahren zählen grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen.

Paare

Zu den Paaren zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Im Einzelnen gehören dazu Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paargemeinschaften ohne Kinder

Zu den Paargemeinschaften ohne Kinder zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Haushalt.

Schichtarbeit

Eine Person leistet Schichtarbeit, wenn sie ihre Arbeit zu wechselnden Zeiten ausübt (Frühschicht/Spätschicht, Frühschicht/Spätschicht/Nachtschicht, Tagschicht/Nachtschicht, unregelmäßige Schicht, geteilte Schicht (Teil der Arbeitszeit am Vormittag, anderer Teil am Abend)). Andere Arbeitsformen begründen keine Schichtarbeit.

Schüler/innen und Studierende

Besucher/innen von allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen (Berufsfach- und Fachschule) bzw. Hochschulen, auch wenn sie nebenher erwerbstätig sind. Erwerbstätige Berufsschüler/innen werden nicht zu den Schüler(n)/innen, sondern zu den Erwerbstätigen gerechnet.

Selbstständige

sind Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer/in, Miteigentümer/in, Pächter/in oder selbstständige(r) Handwerker/in leiten sowie selbstständige Handelsvertreter/innen usw., also auch freiberuflich Tätige, nicht jedoch Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbstständig disponieren können (z.B. selbstständige Filialleiter/innen).

Staatsangehörigkeit

Unter Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden. Personen, die nach dem Grundgesetz (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind, werden als Deutsche nachgewiesen. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angeben, werden ebenfalls als Deutsche erfasst.

Teilzeitbeschäftigung

Die Ergebnisse zur Teilzeit beruhen auf einer Selbsteinstufung der Befragten. Alternativ kann im Mikrozensus auch die konkrete Angabe der normalerweise in der Woche geleisteten Arbeitsstunden herangezogen werden.

Überwiegender Lebensunterhalt

Der überwiegende Lebensunterhalt kennzeichnet die Unterhaltsquelle, aus welcher hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezogen werden. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird auf die wesentliche abgestellt.

Wirtschaftszweige

Die wirtschaftliche Gliederung erfolgt im Mikrozensus ab 1995 nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1993 (WZ 1993). Da bis 1994 die „Systematik der Wirtschaftszweige 1979“ in der Fassung für den Mikrozensus eingesetzt wurde, ist ein Zeitvergleich der Ergebnisse – auch bei gleichlautenden Benennungen der einzelnen Kategorien – nur eingeschränkt möglich.

Wohnberechtigte Bevölkerung

Hierzu zählen alle in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten (Mehrfachzählungen). Auch ist es unerheblich, ob sie in Privathaushalten leben oder zur Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften zählen, d.h. dort wohnen und keinen eigenen Haushalt führen.

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, die diese Unterkünfte beherbergen, als auch in den Gemeinden, in denen sie eventuell einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst.

Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

Unser Service für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten aus der amtlichen Statistik und darüber hinaus einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Informationen zum Mikrozensus veröffentlichen wir unter dem gleichnamigen Link auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>). Neben einer Reihe von ausgewählten Tabellen zu den Themenbereichen „Bevölkerung“ und „Erwerbstätigkeit“ sowie „Sozialleistungen“ und „Wohnen“ werden auf dieser Seite Links zu kostenfreien und -pflichtigen Publikationen und weiteren Informationen zum Thema angeboten.

Die vorliegende Publikation kann unter dem Pfad „Online-Publikationen“ aus dem Internet kostenfrei heruntergeladen werden.

Unter <http://www.destatis.de> und dem Link „Presse“ finden Sie alle aktuellen Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes und können nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren. Für Ihre Planung bieten wir in unserem „Wochenkalender“ eine Vorschau auf die Pressemitteilungen der Folgewoche. Über unseren „E-Mail-Presserverteiler“ können Sie sich die Pressemitteilungen auch zumailen lassen.

Informationsservice

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr. Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (06 11) 75-34 44, die Faxverbindung lautet (06 11) 75-39 76 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de. Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zum Mikrozensus, bitte wenden Sie sich an:

Mikrozensus-Info-Team

Telefon: (0 18 88) 6 44 - 89 55

Telefax: (0 18 88) 6 44 - 89 62

E-Mail: mikrozensus@destatis.de

Oder schreiben Sie uns:

Statistisches Bundesamt

Zweigstelle Bonn

Gruppe IX B

Graurheindorfer Straße 198

53117 Bonn

Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservice:

Telefon: (0611) 75-2405, Telefax: (0611) 75-3330, E-Mail: info@destatis.de.

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!